218. Ausgabe · 37. Jahrgang

München, Freitag, 26. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647 Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G.m.b.H. München 11346

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 200 000 000, auswärts M. 300 000 000 Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

100000 Arbeiter an der Ruhr entlassen

Große Plünderungen an der Ruhr — Eine Weltkonferenz in Paris

Tagesspiegel

Die Losreißung der Pfalz wurde im pfälzischen Kreistag abgelehnt.

Die Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Reich und Bayern verliefen ohne positives Ergebnis.

Die rheinischen Hochverräter wieder in Trier und Aachen.

Geßler entschuldigt sich wegen des Vorgehens in Sachsen.

Erbitterte Kämpfe in Krefeld.

Die Berliner Gewerkschaften drohen mit Stillegung der Notenpresse wegen des Verbots der „Roten Fahne".

Der Kommunistenputsch in Hamburg niedergeworfen.

Der marxistische Hochverratsversuch in der Pfalz

Es ist kein Zufall, sondern es liegt sicher System darin, daß zu gleicher Zeit, als in dem besetzten Gebiete die Separatisten in Aachen, Bonn, Koblenz, München-Gladbach und anderen Städten versuchten, die Rheinische Republik zu proklamieren, in der Pfalz ein Vorstoß unternommen wurde, um dieses von den Franzosen okkupierte Gebiet Bayerns von uns loszureißen. Der Versuch scheiterte zunächst an der Treue der Pfälzer, der Kreistag lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf die Loslösung der Pfalz von Bayern und die Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Reiches einstimmig ab, selbst die Marxisten fielen im letzten Augenblicke um, als sie die Stimmung des Kreistages erkannten.

Bei diesem Vorstoß handelte es sich wieder einmal um einen jener hochverräterischen Akte des Marxismus, dessen ganzes politisches Treiben in Deutschland eine Kette ununterbrochener Hochverrätereien darstellt. Schon Bismarck hatte das wahre Gesicht des Marxismus erkannt, sich aber zur Bekämpfung desselben mit dem Sozialistengesetz nicht der richtigen Mittel bedient. Nach dem Sturz des Altreichskanzlers betrieb der Marxismus seine hochverräterische Tätigkeit ungestört weiter, bis er endlich mit der Novemberrevolution sein Ziel erreichte: Die Zertrümmerung des Deutschen Reiches. Aber auch in der auf „Meineid und Hochverrat" begründeten Novemberrepublik schritt der Marxismus von Hochverrat zu Hochverrat; die Auflösung der Einwohnerwehren ist auf seine Denunziationen in Paris und London zurückzuführen, desgleichen die Preisgabe Oberschlesiens, was nur dadurch bewirkt wurde, daß der Marxismus den um Oberschlesien kämpfenden Selbstschutzverbänden hochverräterisch in den Rücken fiel, anstatt ihre Reihen durch die Reichswehr zu verstärken.

Zum Schlusse dieses schamlosen Treibens kam dann noch der Ruhrverrat, der in der Preisgabe des Ruhrgebietes gipfelte. Auch Albert Leo Schlageter und noch eine Reihe von anderen tapferen Deutschen, die in richtiger Erkenntnis der Zwecklosigkeit eines nur passiven Widerstandes zur Aktivität schritten, sind der marxistischen Hochverräterei zum Opfer gefallen. Daß die rheinischen Sonderbündler ihren jüngsten, erfreulicherweise mißglückten umfassenden Putschversuch wagten, war nur eine Folge der Preisgebung des Ruhrgebietes.

Wohl haben wir durch die Veröffentlichung des Geheimberichtes Tirard von den Fäden erfahren, die von Dorten zu den bayerischen Separatisten liefen, allein der Verdacht liegt sehr nahe, daß die rheinländischen Separatisten auch mit dem Marxismus unter einer Decke stecken. Der marxistische Vorstoß in der Pfalz wirft da ein grelles Blitzlicht auf alle die auf die gänzliche Zerstörung des Reiches abzielenden Treibereien. Festgestellt ist heute schon, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz von Marxisten gemacht wird, daß an deren Spitze der 2. Bürgermeister von Ludwigshafen, Kleefort, der frühere sozialdemokratische bayerische Ministerpräsident und Reichstagsabgeordnete Johann Hoffmann (Kaiserslautern) und der Rechtsanwalt Wagner (Ludwigshafen) stehen.

Man wird sich erinnern, daß schon seit geraumer Zeit immer wieder Nachrichten durch die marxistische Presse gingen, daß die Marxisten in der Pfalz mit der Entwicklung der innerpolitischen Lage in Bayern äußerst unzufrieden seien. Die Bestrebungen, die Pfalz von Bayern loszureißen, traten ziemlich gleichzeitig mit der Ausweisung des Regierungspräsidenten von Chlingensperg durch die Franzosen in die Erscheinung. Es zeigte sich damals, daß es die Kommunisten waren, die bei wohlwollender Unterstützung durch die Franzosen eine wüste Propaganda zur Losreißung der Pfalz betrieben. Damals kam es auch zu dem Bildersturm in Speier. Aber da die Kommunisten in den breiten Schichten der Bevölkerung keinen Resonanzboden fanden, so blieb ihre Agitation wirkungslos. **Wir erinnern ferner auch daran, daß bald nach unserem Parteitag, also Ende Januar, die Marxisten in der Pfalz erklärten, daß die Pfalz wegen der Herrschaft der „Hitler-Banden" nicht bei Bayern bleiben könne. Der Minister des Innern, Dr. Schweyer, reiste damals nach der Pfalz, um die aufgeregten marxistischen Gemüter zu beruhigen...** Heute verraten dieselben Marxisten das Bayern, desselben Herrn Schweyer, der damals den Hochverrat in der Pfalz gewähren ließ, und, wenn wir nicht irren, seine ablehnende Stellung uns gegenüber gerade mit der Unzufriedenheit der Marxisten „begründete".

Nun haben jetzt die Marxisten versucht, ihre Drohung wahrzumachen, wozu ihnen der Konflikt zwischen Berlin und München den Vorwand lieferte. In einem sozialistischen Flugblatte, das in der Pfalz verbreitet wurde, heißt es, daß Bayern die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen das Reich befinde. Daher sehe sich die sozialistische Partei genötigt, aus dieser Lage in Bayern die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Pfalz **könne nicht mehr bei Bayern bleiben.** Die Sozialdemokratie der Pfalz habe daher die Initiative zur Loslösung der Pfalz von Bayern und zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Reiches ergriffen. In diesem Sinne war auch der Antrag gehalten, der sich als das Ergebnis der hochverräterischen Verhandlungen darstellt, die zwischen den sozialistischen Führern und dem General De Metz (von dem behauptet wird, daß er Jude sei), gepflogen wurden. Daß der Vertreter der Rheinlandskommission, Major Louis, bei der Sitzung des Kreistages den Auftakt gab und in dasselbe Horn stieß, war nicht anders zu erwarten. Bei dieser Sitzung wollte auch der Marxist Johann Hoffmann das Wort ergreifen, wozu er gar nicht berechtigt war, da er nicht Kreisrat ist.

Der Antrag wurde, wie bereits gesagt, einstimmig abgelehnt. Die Pfälzer haben damit ihre Treue zu Bayern und damit auch zum Reiche aufs neue bekundet. Auch zum Reiche, denn eine selbständige Pfalz wäre doch nur eine Fiktion, genau so wie eine selbständige Rheinrepublik. Unter dem „Schutze" französischer Bajonette gibt es keine Selbständigkeit: eine Losreißung von Bayern wäre gleichbedeutend mit einer Loslösung vom Reiche gewesen!

Auf die niederträchtigen Lügen des vorhin erwähnten Flugblattes näher einzugehen, erübrigt sich, aber aus dem ganzen Vorfall wird der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr hoffentlich die nötigen Folgen ziehen. Es geht nicht an, den Marxismus nur mit halben Maßregeln zu bekämpfen, er muß vielmehr auf das gründlichste aus dem deutschen Volkskörper ausgetilgt werden. Eine bloße Defensive kann dabei nicht zum Ziele führen, es muß zur Offensive geschritten werden. Die Führer der marxistischen Separatisten in der Pfalz werden wir ja kaum vor den bayerischen Gerichten zur Verantwortung ziehen können, denn ihre Verhaftung in der von den Franzosen besetzten Pfalz ist ausgeschlossen. Die uniformierten Mordbrennerbanden Poincarés werden ihre Schützlinge sicher nicht preisgeben. Das Gericht über dieses Hochverräterpack werden wir erst dann abhalten können, wenn wir wieder ein Machtstaat und kein Spielball in der Hand unserer Feinde sind. Aber wenn es heute noch die Marxisten wagen sollten, sich als die patentierten Wahrer der Reichseinheit zu verherrlichen, so braucht man ihnen nur das Donnerwort Pfalz entgegenzuschleudern! Dort haben sie die Maske mit einer geradezu zynischen Offenheit gelüftet. Nicht um die Reichseinheit, sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung ihrer Parteiherrschaft ist es ihnen zu tun, und um dies zu erreichen, geben sie die Reichseinheit jeden Augenblick kaltlächelnd preis. Darum wäre auch ihnen eine Losreißung des nichtmarxistischen Bayern durchaus erwünscht, und in diesem Sinne ist auch der ganze deutsch-marxistische Konflikt letzten Endes zu verstehen.

Nun fragen wir Herrn von Kahr und Herrn von Knilling: Werden die marxistischen Zeitungen in Bayern noch immer ungehindert weiter erscheinen? Bleiben die marxistischen Parteien, die jetzt offenkundigen Hochverrat betreiben, noch immer bestehen? Werden die Auer und Genossen noch weiter frei umherlaufen?

Oder wird der „Kampf gegen den Marxismus" wie bisher weitergeführt — durch Interviews?

Die Vorgeschichte

München, 25. Oktober.

Über die Vorgänge in der Pfalz in den letzten 24 Stunden werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die plötzliche restlose Aufgabe des passiven Widerstandes in der Pfalz und der Konflikt Bayerns mit dem Reich haben begreiflicherweise bei der Bevölkerung der Pfalz eine gewisse politische Unsicherheit ausgelöst. Diesen Zustand suchten unverantwortliche Elemente für ihre Zwecke auszunützen. Der frühere bayerische Ministerpräsident Johannes **Hoffmann (Sozialdemokrat),** der zweite Bürgermeister von Ludwigshafen, **Kleefort (Sozialdemokrat),** und der Rechtsanwalt **Wagner** aus Ludwigshafen **(Sozialdemokrat)** hatten Verhandlungen mit dem französischen General de Metz angeknüpft, um die Regierung der Pfalz an sich zu reißen. Die Pfalz sollte von Bayern gelöst werden und als autonomer Staat im Reichsverband bleiben. Dies jedoch nur so lange, als das Reich **seinen Verpflichtungen gegen Frankreich nachkomme.** (Also auch hier wieder die schamlose echt marxistische Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands aus der sich daraus ergebenden „Verpflichtung".) Nach Abschluß dieser Verhandlungen berief General de Metz auf den 24. Oktober vormittags den Kreistag der Pfalz nach Speyer. In dieser Sitzung gab in seinem Auftrag Major **Louis** folgende Erklärung ab:

In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute an die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der hohen interalliierten Rheinlandkommission, mit ihr in Gegenwart und Zukunft in strengster Loyalität zu arbeiten für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.

Nach dieser Erklärung beantragte der Vorsitzende, Geheimrat **Bayersdörfer,** Vertagung zur Beratung der Stellungnahme der Parteien. Vor dem Auseinandergehen meldete sich der Vorsitzende der **sozialdemokratischen Fraktion,** Gastwirt **Ober,** zum Wort und bat, daß Reichstagsabgeordneter Johann **Hoffmann,** der mit dieser Erklärung in Verbindung stehe, im Kreistag das Wort ergreifen dürfe. Dieser könne mehrere Erläuterungen zu den Umständen geben, die zu der Erklärung geführt hätten. Dieser Antrag wurde vom Kreistag mit **einer Mehrheit von 13 Stimmen abgelehnt.**

Dr. Dorten

der separatistische Schuft im Rheinland, stand, laut dem Tirardschen Bericht, in engen Beziehungen zu Dr. Heim, dem Führer der Bayerischen Volkspartei

In der Nachmittagssitzung gab Geheimrat **Bayersdörfer** im Namen der Parteien folgende Erklärung ab: In der vorliegenden Frage ist der Kreistag der Pfalz nach den geltenden Reichsgesetzen (Art. 18 d. Reichsverfassung) in keiner Weise zuständig. Damit ist der Antrag vorläufig für uns erledigt. — Es meldete sich niemand zum Wort. — Die Erklärung des Geheimrats Bayersdörfer wurde von den anwesenden Vertretern der Parteien und dem Publikum mit jubelndem Beifall begrüßt. — Wie mitgeteilt wird, hat auch die Sozialdemokratie geschlossen gegen die Abgabe der Erklärung gestimmt, da in der Erklärung nicht ausgedrückt ist, daß die Pfalz ein autonomer Staat innerhalb des Reiches werden sollte.

Die Stimmung des Hochverrates.

Die „Pfälzische Post" in Ludwigshafen, das Hauptorgan der Pfälzischen Sozialdemokratie, hatte vorgestern einen Aufruf veröffentlicht, der betonte, daß die Stunde gekommen sei, **in der die Pfalz sich von Bayern lossagen müsse,** nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die vereinigte sozialdemokratische Partei der Pfalz habe die Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbande des Reiches, damit die durch das Vorgehen der bayerischen Machthaber schwer gefährdete Pfalz dem Deutschen Reiche erhalten bleibe. Die Partei sei bemüht, die anderen politischen Parteien der Pfalz zu bewegen, sich an der Bildung der neuen provisorischen Regierung zu beteiligen.

Der „Berliner Vorwärts" meldet aus Kaiserslautern, daß dort alle Vorbereitungen getroffen worden seien, um noch im Laufe des heutigen Tages die Gründung einer Pfalzrepublik im Verband des Deutschen Reiches zu vollziehen, da die Geduld der reichstreuen republikanischen Bevölkerung der Pfalz gegenüber dem Verhalten Münchens erschöpft sei. Die Gründung der Pfalzrepublik sei ein Akt der Abwehr gegen den reaktionären Separatismus und ein Akt der Treue zum Reich. (Welche niederträchtige Verlogenheit dieses Hauptorgans der marxistischen Hochverräter!)

Im Anschluß an die gestrige Sitzung des Kreistages in Speier, der sich übrigens als unzuständig bezeichnete über die Erklärung des Majors Louis zu entscheiden, fanden mehrere Besprechungen zwischen den politischen Parteien sowie mit der Besatzungsbehörde statt. Um 4 Uhr nachmittags waren die Kreise der Wirtschaft, die Vertreter der landwirtschaftlichen und Angestelltenverbände, der Industrie, des Handels und Gewerbes zu General de Metz geladen worden. Diese Einladung war schon vor der gegenwärtigen Zuspitzung der politischen Lage ergangen und sollte hauptsächlich die Frage der Währung und die damit zusammenhängenden Probleme zum Gegenstand haben. Bei dieser Besprechung wurde auch die Frage der Selbständigmachung der Pfalz berührt, über die dem Kreistag am Vormittag von der Besatzungsbehörde eine Frist zur Entscheidung bis Freitag, nachmittags 4 Uhr, bewilligt worden war.

General de Metz erklärte in der erwähnten Besprechung mit den Wirtschaftsvertretern, der Sinn der Darlegung des Majors Louis sei durch ein bedauerliches Versehen des Übersetzers entstellt worden. Der General stellte fest, daß die Erklärung des Majors nicht identisch sei mit der Willensäußerung der sozialdemokratischen Unterhändler, die ausdrücklich verlangt hätten, die Pfalz solle im Falle ihrer Verselbständigung im Verbande des deutschen Reiches verbleiben. Hierzu führte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Kaiserslautern, der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann, aus, die Sozialdemokraten würden niemals für die Autonomie der Pfalz zu haben sein, wenn diese nicht als zum Deutschen Reich gehörig betrachtet werde. (Heuchelei!)

Wie die „Pfälzische Post" in ihrer heutigen Ausgabe über die erwähnte Versammlung noch berichtet, wurde bezüglich der Währungsfrage von General de Metz von einem Projekt Kenntnis gegeben, das eine wertbeständige Währung auf der Grundlage des Grund- und Sachbesitzes errichtet würde. Die Vertreter der Wirtschaft werden sofort in Beratungen über diese Frage eintreten.

Speyer, 25. Okt. Der pfälzische Kreistag hat gestern den Antrag, die Pfalz zu einem selbständigen Staat zu erklären, einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie, in der zweiten Nachmittagsstunde nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden des Kreistages, Geheimrat Dr. Baiersdorfer, abgelehnt.

tu. Speyer, 25. Okt. Der „Deutschen Allgemeinen Ztg." wird von hier gemeldet: Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, dürfte die Pfälzer Angelegenheit noch nicht erledigt, sondern nur verschoben sein. Die Franzosen streben mit allen Mitteln den neuen Staat an. Der jüdische General de Metz erklärte kategorisch, daß er diesen Staat haben wolle und ihn auch schaffen werde. Auch der sozialdemokratische Abg. Hoffmann erklärte, daß er in seiner Bemühung, die Pfalz von Bayern zu trennen, fortfahren werde.

Mannheim, 25. Okt. Nach den Beratungen der Parteien über die Erklärung des Vertreters der Rheinlandskommission, Major Louis, trat der Kreistag wieder zusammen. Der Vorsitzende verlas nochmals die Erklärung des Vertreters der Rheinlandskommission und bemerkte, daß der Kreistag nach den geltenden Bestimmungen des § 18 der Reichsverfassung in der vorliegenden Frage in keiner Weise zuständig sei; der Antrag gelte für ihn vorläufig als erledigt. Zum Schlusse gab der Vorsitzende eine vorher eingelaufene Mitteilung bekannt, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichskabinett sowohl wie die bayerische Regierung sich mit der Frage eingehend beschäftigt haben. **Die Reichsregierung sowohl wie die bayerische Regierung haben die Bildung eines neuen Staates in jeglicher Form als Landesverrat abgewiesen.**

tu. **Speyer,** 25. Okt. Da General de Metz trotz stärksten Druckes gestern keine Zustimmung zu seinem „autonomen Pfalzstaat" finden konnte, vertagte er die Entscheidung auf Freitag. Die „Frankfurter Zeitung" meldet dazu weiter, daß der General die Spitzen der Berufsverbände und Korporationen sowie die Vertreter der Städte zu sich gebeten hatte, und zwar ausdrücklich in Gehrock und Zylinder. Er selbst und sein ganzer Stab trugen Galauniform. So feierlich sollte der neue Staat eingeweiht werden, und um so größer wird die Enttäuschung des vorläufigen Mißlingens sein.

Der Kampf um die Rheinlande

Mainz, 24. Okt. Gestern spät abends räumten die Separatisten das Regierungsgebäude (Kreisamt), nachdem schon vorher die Fahne der sogenannten Rheinischen Republik heruntergeholt war. Zwischen Arbeitern und Separatisten, die auf dem Weg zum Bahnhof waren, kam es heute erneut zu Prügeleien, wobei eine Anzahl Sonderbündler verletzt worden sein soll. Heute vormittag war die Lage wieder normal. Die Geschäfte sind zum Teil wieder geöffnet; gearbeitet wird überall. Der Handstreich der Separatisten gilt als vollkommen gescheitert.

Schwere Kämpfe in Krefeld

tu. Krefeld, 25. Okt. Die Sonderbündler haben gestern nachmittags 4 Uhr nach schwerem Kampfe mit der im Rathaus stationierten Schutzpolizei das Rathaus gestürmt. Der Kampf setzte bereits am Dienstagabend, 8 Uhr, ein. Die Sonderbündler erhielten immer wieder große Verstärkungen aus benachbarten Städten, vorwiegend aus Hamborn, Düsseldorf und Oberhausen, unter denen sich sehr zweifelhafte Elemente befanden. Nach den bisherigen Feststellungen sind mehrere Personen verletzt, zwei sollen getötet sein. Das Rathaus hat unter den Kämpfen schwer gelitten. Nachts wurde eine Verhandlung mit dem im Rathaus anwesenden Oberbürgermeister von den Führern der Sonderbündler eingeleitet, die aber ohne Ergebnis verlief, da der Oberbürgermeister in seiner Stellung verharrte. Nach kurzer Kampfpause begann das Gefecht wieder. Die Schutzmannschaft, die auf eine so lange Dauer des Kampfes nicht vorbereitet war, mußte mangels Munition vorzeitig die Waffen strecken. Der Führer der Schutzmannschaft, Polizeioberkommissar Schneider, wurde schwer verwundet und ins Krankenhaus geschafft. Während des Transportes griffen Separatisten den Transport an und feuerten auf den Schwerverwundeten, wobei er einen Bauchschuß erhielt.

Neuer erfolgreicher Vorstoß der Hochverräter in Trier

tu. **Trier,** 25. Okt. Die Sonderbündler haben gestern nachmittag gegen 4 Uhr einen neuen Vorstoß unternommen. Die öffentlichen Gebäude sind wieder in ihrem Besitz. Die Druckerei der „Trierer Landeszeitung" und der sozialdemokratischen „Volkswacht" wurde vollständig zerstört. Bei der „Volkswacht" wurde ein junger Mann getötet. In der ganzen Stadt herrscht größte Aufregung. Am Abend durchzog eine Abteilung Spahis die Straßen der Stadt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Aachen erneut besetzt

tu. Aachen, 25. Okt. Die Sonderbündler sind wieder in die Stadt eingezogen. Für letzte Nacht waren schwere Zusammenstöße erwartet worden.

*

Achen, 25. Okt. Auf eine Nachricht, daß das Regierungsgebäude verhältnismäßig schwach von Sonderbündlern besetzt sei, beschloß die Polizei, von dem Regierungsgebäude Besitz zu ergreifen. Morgens gelang es ihr auch, ohne daß ein Schuß fiel, in das Regierungsgebäude einzudringen. Ein Teil der Sonderbündler wollte sich der eingedrungenen Polizei mit hocherhobenen Händen ergeben, als plötzlich mehrere belgische Soldaten und Gendarmen hinter den Polizisten herkamen und sie aufforderten, das Gebäude zu verlassen. Der Gewalt weichend, verließen die Polizisten das Gebäude. An der Ecke der Hindenburgstraße bei der Landesbank fielen gleich darauf von hinten mehrere Schüsse, die einen der Polizisten verwundeten. Das Regierungsgebäude ist jetzt wieder von Sonderbündlern besetzt, wie es scheint, in größerer Anzahl. Die Absperrung um das besetzte Gebäude wird von den Belgiern vorgenommen. Belgische Gendarmen schlagen mit Gummiknüppeln auf die Passanten ein. Die Polizei ist im Gebäude des Polizeipräsidiums versammelt und erwartet den Angriff. Die Besatzung tritt unverhüllt für di eSonderbündler ein.

Die Selbsthilfeaktion gegen den Hochverrat in München-Gladbach u. Aachen

tu. **München-Gladbach,** 25. Okt. Hier stürmten die Arbeiter zusammen mit der Polizei das Rathaus. Die Sonderbündler flüchteten über die Dächer. Der hochverräterische Bürgermeister ist ums Leben gekommen. Die Arbeiter bilden zusammen mit der Polizei einen Selbstschutz, der das Rathaus besetzt hält. Gestern nachts verhafteten die Belgier hundert Mann dieses Selbstschutzes. Die Verhafteten mußten mit erhobenen Händen nach dem Bahnhof gehen, von wo aus sie wahrscheinlich nach Aachen befördert werden.

Die Einheit des Reiches

„Haltet das Reich", — „man zerstöre doch nicht den letzten Rest der deutschen Stärke, die Reichseinheit!" — „was der Feind mit Krieg und Nachkriegszeit nicht fertig brachte, die Zerreißung des Reiches, das tun jetzt die Vaterländischen in Bayern", — das sind so die wichtigsten Redensarten, die jetzt dort und da laut werden, mit einem Tone der Entrüstung bei den „Demokraten" und sonstigen Patrioten, mit einem Unterton der Schadenfreude bei den Roten und Röteren.

Es ist nämlich tatsächlich eine Phrase geworden, wenn jemand heute noch von der Reichseinheit spricht und dabei an das Bismarcksche Reich denkt. Das Reich Bismarcks ist längst untergegangen und zerschlagen, — nicht zerschlagen durch die Waffengewalt der Feinde, sondern ausschließlich zerschlagen durch das, was wir mit dem Gesamtnamen und Begriff der Novemberverbrecher bezeichnen. Das Bismarcksche Reich war aufgebaut nach außen auf die Stärke der deutschen Waffen, mit dem Zweck, für das deutsche Volk eine außenpolitisch geachtete Weltstellung zu schaffen und zu erhalten. Dieser außenpolitische Zweck des Reiches, der seinen sichtbarsten Höhepunkt im Berliner Kongreß erreicht hatte, den in der Vorkriegszeit jeder Deutsche spürte, der im Ausland irgendwo etwas zu tun hatte, sei es geschäftlich oder behördlich, ist vernichtet, unmöglich gemacht worden durch den Erzbergerfrieden und die Waffenablieferung. Ein bloß verlorener Krieg, bei dem ein Volk seine Rüstung behielt, ermöglichte diesem und gewährleistete für es noch immer in der Geschichte eine gewisse, wenn auch geschwächte Stellung im Rate der Völker. Nur die Waffenablieferung und was darauf folgte, hat dem Reich jede außenpolitische Betätigungsmöglichkeit, jede Möglichkeit genommen, sich, wenn auch nur in bescheidenem Maße, Geltung im Rate der Völker zu schaffen. Man muß daran erinnern, daß die Revolution und die Waffenablieferung ein ausschließliches Werk des Marxismus ist, dem die „arbeitenden Massen" Stütze und Gefolgschaft bildeten.

Innenpolitisch war das Bismarcksche Reich aufgebaut auf der Verfassung, die geschickt und sorgfältig die bundesstaatlichen Eigenarten und Bedürfnisse der einzelnen Teile des Deutschen Reiches berücksichtigte, und die vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht das Prinzip der Dezentralisation der Gebiete anerkannte, so daß also die Möglichkeit bestand, von den Landesregierungen aus, wo man sein Gebiet und dessen Bedürfnisse und gesamte Unterlagen einer Regierung kannte, die Wirtschaft zu leiten und zu fördern. Es soll durchaus nicht behauptet werden, daß Bismarck bei Redaktion und Verfassung in jedem einzelnen Punkte diese Folgen überblickte und planmäßig und bewußt die Verfassung so einrichtete, um all das zu ermöglichen, was sich hernach als so wohltätig und vernünftig herausgestellt hat; man wird im Gegenteil zugeben müssen, daß manches ein Produkt des einfachen Bestrebens war, die Verfassung überhaupt unter Dach zu bringen, also den Bundesstaaten soweit entgegenzukommen, als eben nötig war, um die Einheit zu erreichen: darin liegt aber eben der Beweis für politischen Instinkt und politisches Genie, daß das auch für unvorhergesehene Verhältnisse Richtige getroffen wird, sozusagen aus unterbewußtem Empfinden für das, was vereinheitlicht und das, was nicht vereinheitlicht werden durfte. Die Bismarcksche Verfassung wurde über den Haufen geworfen und an deren Stelle das Produkt von Weimar gesetzt, — es wurde also klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das alte Bismarcksche Reich erledigt war und daß ein neues Reichsgebilde, nämlich das zentralistische, vereinheitlichte, novemberrepublikanische an dessen Stelle getreten war.

Die Abschaffung von Schwarzweißrot war nicht bloß das Wechseln eines Anzuges, das Wechseln des Namens einer Firma oder eines Firmenzeichens, wie etwa ein bankrott gegangenes Unternehmen von denselben Leuten mit denselben Zielen hernach wieder neu weiter geführt wird, sondern man ersetzte Schwarzweißrot durch eine neue Farbe, nicht, weil diese als solche einen Sinn und inneren Zusammenhang hatte (mit der alten burschenschaftlichen Schwarzrotgold-Bewegung hat das neue Reich wahrlich nichts gemein), sondern, um eben das Aufhören des alten Reichs und der alten Firma zu dokumentieren.

Der Kurs des neuen Reiches war der eines parlamentarisch regierten Staates mit stark rotem Einschlag. Nach der Revolution kamen unfähigste Leute aus Parteikreisen in Ämter und Würden, von unten bis in die obersten Staatsstellen und Ministerien. Die massenweise Versorgung von „Anhängern" im Staatsdienst hat zur Korruption und zur jetzigen Notwendigkeit eines empfindlichen Abbaues des Beamtenapparates beigetragen. Indem man den Beamten immer neue Papiermengen mit immer höheren Nullen draufgedruckt hinwarf, hoffte man auch die antirepublikanischesten dem neuen Staatswesen hold gesinnt zu machen. Die „Rechte der Arbeiter" wurden „ausgebaut", unbekümmert darum, wie weit die Wirtschaft und die einzelnen Unternehmungen dies vertrugen. „Notwendige Umschichtung" nannte man den Vorgang, wenn allgemach die Unternehmer die Betriebsmittel verloren, weil Arbeitsleistung einerseits und Lohn und steuerliche Belastungen des Betriebes andererseits ins umgekehrte Verhältnis gegen früher kamen.

Die marxistischen Hetzer haben alles getan, um die Wirtschaft und das Volk vollständig zu ruinieren. Mit der Phrase: Nie wieder Krieg, Kampf gegen die Ausbeutung des Kapitals hetzten sie nach wie vor die Arbeiterschaft gegen das produktive Unternehmertum, das an der Erhaltung der Volkswirtschaft und deshalb an der Erhaltung des Staates ein positives Interesse hatte. Mit diesen Phrasen zwang man Deutschland in das Joch des Versailler Vertrages, mit derselben Phrase unterband man die Möglichkeit eines aktiven Widerstandes un**mittelbar nach dem Ruhreinbruch, als die na-**

tionalen Instinkte selbst der mit marxistischen Irrlehren durchseuchten Arbeitermassen erneut zu erwachen drohten.

Deutschland aber besteht nicht nur aus Marxisten und vaterlandsfeindlichen Gesellen. Ein großer Teil des Volkes lebt zwar apathisch und politisch gleichgültig dahin; diesen ist die Hauptsache, daß das Geschäft geht, und daß man unter jeder Konjunktur, auch bei gleitender Mark, seinen Vorteil findet; vielen derselben ist und war angst vor jeder Besserung des Markkurses, weil er das Geschäft des einzelnen einzuschränken drohte. Ein nicht minder großer Teil des deutschen Volkes empfindet aber die Schmach, Unwürdigkeit und Unmöglichkeit der jetzigen Zustände. So, wie die Marxisten in jahrelanger Arbeit, haben auch diese Leute sich in Organisationen gefunden und zusammengesellt; die einen dieser Organisationen huldigen mehr dem Ideal von Aufrechterhaltung „der Ruhe und Ordnung", von dem Schutz der jeweiligen legitimen Regierung, — andere sind mehr aktiv eingestellt und wollen mit Plan und Ziel das Reich aus den verfahrenen Zuständen herausziehen und neuer, wenn auch in der Ferne liegender und durch Dornenwege gehender völkischer Erstarkung nach innen und außen zuführen.

Diese Umstände haben längst die Einheit des „Reiches" zerrissen. Ein Zwiespalt geht durch das ganze Volk, der nicht mehr ein Zwiespalt politischer Meinungen ist, die in parlamentarischem Ringen und Unterliegen abwechselnd sich gefallen und ausgleichen können. Es ist der Kampf zweier Weltanschauungen, in dem es ein Vertragen miteinander nicht gibt. Der Marxist sieht in dem Nationalisten den Feind, der im Begriffe steht, die Volksmassen über den Irrsinn und den Betrug der jüdisch-marxistischen Revolutionsmacherei aufzuklären; der Nationalist weiß, daß eine Rettung Deutschlands unmöglich ist, solange jenes Gift noch Massen des Volkes ungesund hält und solange mit den Gewaltmitteln der den Marxismus stützenden Organisationen und ihrer Druckmittel und Regierungskünste eine Gesundung des politischen Denkens und des wirtschaftlichen Schaffens verunmöglicht bleibt.

Die Zeit ist nun gereift, die diesen inneren Zwiespalt gewaltsam zum Austrag bringen muß. In Thüringen und Sachsen predigen Minister offen die Diktatur des Proletariats, und hoffen, mit dieser Phrase noch weiter die ihnen ergebenen Massen hinter sich zu halten — obwohl das russische Beispiel auch den „Proletariern" gelernt haben sollte, daß unter einer solchen Diktatur nur ganz wenige Proletarier „diktieren", und daß die Freiheit des Proletariats, als Ganzes besehen, dabei rasch zum Teufel geht. Marxismus und Parlamentarismus scheinen Zwillingsbrüder zu sein, — zu gleicher Zeit sind sie in der deutschen Geschichte aufgetaucht, zu gleicher Zeit kamen sie durch ein und dieselbe Revolution zur Macht und zu gleicher Zeit merkt allmählich nicht bloß der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der in Schweinfurt hinter der Drehbank steht, sondern auch der Einödbauer, der irgendwo hinter Frauenau oder Beilngries neben der Egge geht, daß alles beides Schwindel ist, der Marxismus und der Parlamentarismus, daß beide eines gemeinsam haben, den Landtagsdiätarier und den Gewerkschaftssekretär, — weil es eben Leute geben muß, die eben auf diese Weise ihr Leben „verdienen" wollen.

Es sind heute weltgeschichtliche Augenblicke, aber es sind in der Geschichte immer nur Augenblicke, die kein langes Zögern und Verzögern vertragen, — die Geschichte Bayerns aber hat einmal ein bekannter Geschichtsprofessor bezeichnet als die Geschichte verpaßter Gelegenheiten. Die nächsten Tage müssen zeigen, — (oder haben es nicht die vergangenen schon getan?) — ob Herr v. Kahr ein Glied in dieser Beweiskette sein wird.

Die Weimarer Verfassung, das Produkt des Kompromisses zwischen marxistischen Revolutionären und parlamentarischen Parteivertretern, hat sich als unbrauchbar für das deutsche Volk erwiesen, sowohl nach der Meinung der Linken, wie der Rechten. Diese beiden Richtungen aber haben die Oberhand gewonnen. Die vormals in der Mitte gestandene, dort und da jetzt noch eine Blase aufwerfende demokratisch oder volksparteilich eingestellte Halbgesinnung wird zerrieben.

Es muß sich jetzt entscheiden, ob Herr v. Kahr sich durch gewisse hinter ihm am Werk befindliche Leute zu einer nur blauweißen separatistischen Politik mißbrauchen läßt, dann allerdings ist die Einheit des Reiches in Gefahr. Oder ob die Dinge sich, wie wir hoffen und wünschen möchten, so entwickeln, daß die Vorgänge in Bayern der Ausgangspunkt sind für die endliche Neubelebung des ganzen deutschen Volkes, für den Anfang des unvermeidlich auszutragenden Kampfes gegen die Vaterlandsfeinde, die Marxisten und Novemberverbrecher und ihre Hintermänner, das Judentum ein Kampf, in dem es nicht abgetan sein darf und wird mit Protesten oder Verordnungen, sondern, in dem gehandelt und Taten vollbracht werden müssen.

100 000 Arbeiter werden entlassen

tu. Essen, 25. Okt. Zu den bereits gemeldeten Massenentlassungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erfährt die „Telegraphen-Union" noch, daß von den Kündigungen etwa 100 000 Arbeiter betroffen werden.

Schließung der Zechen im Ruhrgebiet

Köln, 25. Okt. Wie der „Köln. Ztg." aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß vom kommenden Montag an alle Zechen im besetzten Industriegebiet ihre Tore schließen; lediglich für Notstandsarbeiten werden kleine Teile der Belegschaften weiter beschäftigt. Die übrige gesamte Belegschaft ist bei der Erwerbslosenfürsorge bereits angemeldet. Die Ursache zu diesem furchtbaren Schritt liegt in dem völlig ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen der Industrievertreter mit den französischen Behörden in Düsseldorf. In einer Bekanntmachung der Werke wird mitgeteilt, daß bei dem Mangel an Zahlungsmitteln und bei der Unmöglichkeit, die geförderte Kohlenmenge zum Abtransport zu bringen, es unmöglich sei, die Belegschaften noch weiter zu beschäftigen.

Der französische Druck auf die reichsdeutschen Pfälzer

tu. **Paris**, 25. Okt. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune" in Speyer erklärt, daß der französische General de Metz den politischen Vertreter Bayerns in der Rheinpfalz, Knock, ausweisen ließ, weil er sich dem separatistischen Plan des Majors Louis widersetzt habe.

Gestern nachmittag rief der General de Metz die Vertreter der Industrie und der Arbeitersyndikate zu sich und hatte mit ihnen eine Aussprache über etwaige separatistische Sondermaßnahmen in der Rheinpfalz. Die Industriellen und die Syndikatsvertreter haben diesen Vorschlag zurückgewiesen. Der französische General forderte sie hierauf auf, am Freitag mündlich ihre Entscheidung bekanntzugeben.

Englisch-italienischer Einspruch

tu. **Rom**, 25. Okt. Einem Gerücht zufolge sind die italienische und englische Regierung gleichzeitig in Paris in dem Sinne vorstellig geworden, daß England ebenso wie Italien eine Aufteilung oder Zerstückelung Deutschlands nicht ruhig hinnehmen könnten.

Die deutsche Bettelnote bei der „Wiedergutmachungs"-Kommission

tu. **Berlin**, 25. Okt. Der Reparationskommission ist gestern die Note der deutschen Regierung übergeben worden, in welcher festgestellt wird, daß Deutschland **grundsätzlich bereit sei, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles wiederaufzunehmen,** nachdem der passive Widerstand aufgegeben sei. Die wirtschaftliche Lage setze Deutschland tatsächlich außerstande, die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen. Die deutsche Regierung stelle daher an die Kommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des deutschen Budgets und zur Stabilisierung der deutschen Währung mitzuteilen. Weiter wird in der Note gesagt, die deutsche Regierung werde ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationskommission demnächst schriftlich mitteilen, doch dürfte es zweckmäßig sein, auch den Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, sich mündlich darüber zu äußern.

Paris zur deutschen Note

tu. **Paris**, 25. Okt. Die deutsche Note, die gestern der Reparationskommission überreicht worden ist, wird von den Morgenblättern nur wenig beachtet. Soweit nach den vorliegenden Kommentaren beurteilt werden kann, ist der Eindruck kein günstiger. Pertinax erklärt im „Echo de Paris", es könne nicht von Verhandlungen mit dem Reich die Rede sein, solange die Situation vor dem 11. Januar nicht wieder hergestellt und die Naturalleistungen wie vor diesem Zeitpunkt nicht wieder aufgenommen werden.

Im „Matin" wird ausgeführt, daß die Reparationskommission auf das Ersuchen Deutschlands höchst wahrscheinlich nicht eingehen werde.

Konferenz aller Versailler Vertragsstaaten in Paris

tu. Paris, 25. Okt. Der Berichterstatter des „Journal" in London meldet, daß Verhandlungen im Gange seien, zwischen Frankreich, England und den übrigen Alliierten, um für den Monat Dezember in Paris eine Konferenz aller Staaten einzuberufen, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, um auf dieser Konferenz die Frage der Wiedergutmachung und der interalliierten Schulden zu regeln.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 400 Millionen Mark und unter Streifband 60 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30 000 Kr., Ungarn 12 000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200 000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Von der britischen Reichskonferenz

tu. **London**, 25. Okt. Die britische Reichskonferenz vertagte gestern die Besprechungen über die Behandlung der Inder im Reiche bis zum Montag. Die Wirtschaftskonferenz verhandelte über die Forderung der Handelsbeziehungen im Reiche, und wird morgen die Handelsbeziehungen auf Gegenseitigkeit behandeln. Am Freitag soll die Währungsfrage besprochen werden und außerdem steht noch die Einführung von Lebendvieh als einziger wichtiger Punkt auf der Verhandlungsliste der nächsten Tage.

Während man offiziell nicht zugibt, daß die Arbeiten der Reichskonferenz gegenwärtig ins Stocken geraten sind, macht sich doch eine große Verzögerung bemerkbar, da man mit Spannung die Rede Baldwins erwartet, die dieser in Plymouth halten wird.

„Deutsches" Reich

Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Reich und Bayern

tu. **Berlin**, 25. Okt. Der Antrag Württembergs auf Besprechung der bayerischen Frage in einer Sitzung der stimmführenden Mitglieder des Reichsrats, die daraufhin für gestern nachmittag 5 Uhr angesetzt worden war, wurde im Laufe des Nachmittags zurückgezogen. An Stelle der geplanten Reichsratssitzung fand auf Grund eines neuerlichen Antrags Württembergs eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der einzelnen Länder in der Reichskanzlei statt.

Der bayerische Gesandte von Preger legte die bayerische Auffassung über die Entstehung und Entwicklung des mit der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes und der Ernennung des Generalstaatskommissars Dr. v. Kahr begonnenen Konflikts zwischen Bayern und Reich in ausführlicher Rede dar und brachte zum Ausdruck, daß Bayern durchaus reichstreu sei, daß es aber den Wunsch nach Minderung der Überspannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung habe, der der Urgrund von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Hierauf ergriff Reichskanzler Dr. Stresemann im Namen der Reichsregierung das Wort und legte die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt hatten, noch am Tage der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes den Reichsausnahmezustand zu erklären. Die Ernennung einer Persönlichkeit wie die des Herrn Kahr zum Generalstaatskommissar habe die Gefahr gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewaltschritten bereit waren. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmezustand als Vorbeugungsmittel entgegengestellt worden. Der Kanzler ging dann ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte des Konflikts zwischen Bayern und dem Reiche ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihren Bestrebungen nach einer Beilegung des Konflikts bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso wie der bayerische Gesandte den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, einen Weg zur Beilegung des Konflikts zu finden, ebenso wünsche die Reichsregierung, daß es gelingen möge, einen Ausgleich herbeizuführen. Zu dem von dem Gesandten vorgebrachten Verlangen Bayerns nach einer Herabminderung der Überspannung des unitarischen Gedankens wies der Reichskanzler auf die von ihm wiederholt betonten Absichten der Reichsregierung betreffend Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellem und steuerlichem Gebiete hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen. Es sei wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung der Länder rechnen könne. Die Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

In einer längeren Besprechung vereinbarten die Ministerpräsidenten und die Gesandten der Länder die einstimmig angenommene Erklärung, die der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber zur Verlesung brachte:

„In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden."

Im Anschluß hieran gab Staatspräsident Dr. Hieber dem Wunsch Ausdruck, daß sich Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um schnellstens wieder normale Verhältnisse herbeizuführen.

Der Reichskanzler erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern die Einigung herbeizuführen: die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der größeren Selbständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, den Reichsausnahmezustand vollkommen aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Am Schluß der mehrstündigen Beratungen dankte Dr. Stresemann dem Staatspräsidenten Dr. Hieber für die Initiative zu dieser Zusammenkunft der Staats- und Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder, für die — wie er hoffe, erfolgreiche — Mitwirkung zu der von dem deutschen Volke ersehnten Wiederherstellung einer völligen Einigkeit des Reiches und seiner Glieder und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichstreue Bayerns und seiner Staatsmänner die notwendige baldige Verständigung mit herbeiführen werde.

*

Vor 10 Tagen entschuldigte die Sozialdemokratische Partei vor ihren Wählern den Umstand, daß sie in das zweite Kabinett Stresemann eingetreten sei, damit, daß dies „zur Kontrolle der Reichsregierung" nötig gewesen sei. Nun verhandelt dieselbe beaufsichtigte Reichsregierung mit den Vertretern der Länder wegen einer Einigung mit Bayern. Unsere Auffassung geht dahin, daß für Bayern eine Einigung mit der Regierung Stresemann einfach unmöglich ist, weil von dieser Seite nie und nimmer Verständnis für uns vorhanden sein kann, solange dieses Kabinett, wie Herr Sollmann sich ausdrückte, sich „frei von Nationalismus" weiß. Und darum sind alle Einigungsversuche für Bayern zwecklos und unannehmbar, solange diese internationale, deutschfeindliche Richtung in irgend einer Berliner Regierung vorherrscht. Es wäre Preisgabe der bayerischen und deutschen Interessen und Verrat am Deutschtum, wenn es in dem Gegensatz zwischen dem Reich und Bayern zu einem Kompromiß käme, der einen erneuten Sieg des Marxismus bedeuten würde. Nicht mit Kompromissen wird die Reichseinheit gewahrt, sondern dadurch, daß man dem bewußten Deutschtum und dem nationalen Gedanken weiteste Entfaltungsmöglichkeit und Spielraum läßt. Das Kabinett Stresemann müßte also zum Zeichen, daß es diese Forderungen erfüllen will, erst den Staatsgerichtshof und das Gesetz zum Schutze der Republik aufheben, den Landesverräter Zeigner aufhängen lassen. Vorher kann es keine Einigung geben.

Unruhen und Plünderungen

tu. Dortmund, 25. Okt. Im ganzen Ruhrgebiet war der gestrige Tag einer der unruhigsten seit dem 23. Mai. Infolgedessen wurde an etwa 50 Stellen geplündert. Die Polizei hatte bis in die späten Abendstunden zu tun; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Mehrere Plünderer wurden verwundet. In Katternberg wurde ein Plünderer erschossen, drei verwundet. Auf dem Bahnhof Emscher wurde ein Plünderer ebenfalls schwer verletzt. Eine ganze Anzahl von Personen wurde beim Kartoffeldiebstahl verwundet. Zahlreiche Meldungen kommen aus Wattenscheid, Bochum und Herne, wo ebenfalls Plünderungen vorgekommen sind. Der kommandierende General von Gelsenkirchen hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, falls die Unsicherheit weiter um sich greifen sollte, Truppen einsetzen zu müssen.

Elberfeld, 24. Okt. Gestern abend kam es im Geschäftsviertel am Rathaus zu lebhaften Kundgebungen gegen die Lebensmittelpreise. Die Polizei versuchte zunächst, die Menge zu beruhigen. Als schließlich aber die Ansammlungen eine drohende Haltung einnahmen, ging die Polizei mit Gummiknüppeln und blanker Waffe wiederholt gegen die Menge vor, die sich aber schnell wieder in anderen Straßen sammelte. Die Unruhen dauerten bis in die Nachtstunden. Zahlreiche Fensterscheiben wurden eingeworfen, viele Personen wurden verhaftet. Die Menschenansammlungen am Rathaus begannen heute wieder in den Morgenstunden. Die Polizei zerstreute wiederholt die Menge. Um die Mittagsstunde herrschte ziemliche Ruhe. Zu ernsten Ausschreitungen kam es am Vormittag nicht.

Kiel, 25. Okt. Hier ist es gestern zu Teuerungsunruhen gekommen. Der Verkehr in den Hauptstraßen wurde vielfach durch die erregte Volksmenge behindert. Die Straßenbahnen wurden angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. Einzelne Schutzpolizeibeamte wurden überfallen und schwer mißhandelt.

Berlin, 24. Okt. Zu den Berliner Lebensmittelunruhen, die sich fast über das gesamte Gebiet Groß-Berlins erstrecken, erfährt das W.T.B., daß gestern nachmittags und abends die Schutzpolizei nach den bisher vorliegenden Meldungen in etwa 40 Fällen eingreifen mußte, und zwar geschah dies in der Mehrzahl der Fälle so rechtzeitig, daß es nicht zu Plünderungen kam. Die Objekte der Plünderungen waren meistens die Bäckereien und Schlächtereien, auch einige Straßenhändler. Eine Anzahl Plünderer und Hetzer wurden festgenommen. Ziemlich bedrohlich gestaltete sich die Lage gestern nachmittag vor der Erwerbslosenfürsorge am Stralauer Platz.

Köln, 25. Okt. In den Nachmittagsstunden kam es gestern hier zu Unruhen. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Sechs Personen wurden durch Schüsse verletzt, darunter mehrere schwer.

Dresden, 25. Okt. In Ortschaften dicht westlich von Dresden griff gestern die Reichswehr mehrfach gegen radikale Elemente ein. In Pirna wurde ein Zivilist von einem Posten erschossen und einer verletzt.

Beuthen, 25. Okt. Auf dem Wochenmarkt in Zaborze kam es gestern nachmittag zu Unruhen. Die Polizei drängte zunächst die Menge zurück, die plündern wollte. Kurz darauf kam es zu neuen Ansammlungen. In der Notwehr gab die Schutzpolizei, die von der Menge entwaffnet werden sollte, zunächst eine Salve in die Luft, dann eine zweite Salve in die Volksmenge ab. Ob Personen getötet oder verletzt wurden, ließ sich bisher nicht feststellen.

Braunschweig, 25. Okt. Die vorgestern nachmittag in Schöningen im Braunschweiger Kohlenrevier ausgebrochenen Unruhen haben weiter angehalten. Die Plünderungen wurden fortgesetzt. Gestern nachmittag kam es zwischen Polizei und der Menge verschiedentlich zu ernsten Zusammenstößen, wobei dort eingesetzte Braunschweiger Schupo zwei Verletzte zu verzeichnen hatte.

Braunschweig, 25. Okt. Auch gestern kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu erregten Ansammlungen, wobei es sich größtenteils um Erwerbslose handelte. Polizeistreifen durchziehen ständig die Stadt. Die Polizei ist bisher Herr der Lage, und es sind ernste Unruhen nicht zu verzeichnen. Im Laufe der vorvergangenen Nacht wurden aus Ansammlungen heraus etwa 250 Personen verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Bei der darauf folgenden Waffensuche wurden bei 14 Personen Schuß- und Schlagwaffen gefunden.

Marienburg, 25. Okt. Hier kam es gestern vormittags mehrfach zu Plünderungen, die sich anfangs auf Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte beschränkten, nachmittags aber auch auf Konfektionsgeschäfte übergriffen. Die Schutzpolizei mußte mit der blanken Waffe eingreifen, wobei es mehrere Verwundete gab. Es wurde eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

Allenstein, 24. Okt. Nachdem es hier bereits gestern nachmittag und abends zu größeren Ansammlungen und Ruhestörungen gekommen war, wiederholten sich im Laufe des heutigen Tages die starken Zusammenrottungen, meist halbwüchsiger Elemente, wobei auch mehrfach versucht wurde, in Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte einzudringen. Die Polizei griff mit der blanken Waffe bzw. Gummiknüppeln ein und nahm zahlreiche Festnahmen vor.

Frankfurt a. M., 25. Okt. Gestern nachmittags zogen etwa 3—5000 Arbeiter der Adlerwerke über die Mainzer Landstraße in das Innere der Stadt. Die Polizei hatte die Anweisung, den Zug, falls er sich ruhig verhielte, passieren zu lassen. An einer Wache jedoch geriet die dort aufgestellte Schutzmannschaft in Bedrängnis und mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Ein Polizeihauptmann wurde verwundet, ein Arbeiter getötet und einige andere Demonstranten verletzt. Kurze Zeit darauf bewegte sich ein zweiter Zug in gleicher Stärke in derselben Wegrichtung; er wurde aber in der Kaiserstraße von Schutzpolizei aufgehalten und zersprengt.

Hamburg, 25. Okt. Blättermeldungen zufolge kam es im Laufe des gestrigen Vormittags mehrfach zu Plünderungen im Innern der Stadt, namentlich in der Neustadt und in der Wexstraße, wo Lebensmittelgeschäfte ausgeraubt wurden. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Straßenbahn und Hochbahn verkehren noch immer in sehr beschränktem Maße. Die Arbeit im Hafen ruht auch heute völlig. In der Umgebung kam es gleichfalls an mehreren Orten zu Unruhen. — In Harburg versuchten in der vergangenen Nacht halbwüchsige Burschen einen Überfall auf das Gefängnis, der aber mißlang. In Bergedorf legten die Erwerbslosen heute morgens sämtliche größeren Fabriken still. Versuche, das Bergedorfer Schloß zu besetzen, wurden vereitelt. Nach Geesthacht, wo tausend Hamburger Kommunisten eingetroffen sein sollen, um die Arbeiter der dortigen Dynamitfabrik zum Anschluß zu bewegen, wurde ein Torpedoboot entsandt.

tu. **Hamburg**, 25. Okt. Der kommunistische Putschaufruhr, der unbeschreiblichen Schaden angerichtet hat, ist nach blutigem Ringen zusammengebrochen. Die Zahl der Gefallenen der Ordnungspolizei hat sich auf 11, die der Verwundeten auf 36 erhöht. Ein Beamter wird vermißt. Die Polizeibehörde hat mehrere kommunistische Führer vorläufig festgenommen. Unter ihnen befanden sich auch einige Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft. Der Säuberungsaktion in Schiffbeck stellten die Aufrührer sehr starken Gegendruck entgegen. Sie hatten sich auf den Höhen nördlich von Schiffbeck verschanzt, Schützengräben aufgeworfen und auf den Straßen Barrikaden errichtet. Nach kurzem Feuergefecht erlagen sie dem Ansturm der Ordnungspolizei, die von der Abteilung der im Hamburger Hafen liegenden Reichsmarine unterstützt wurde. Die Ordnungspolizei verlor auch hier einen Beamten. Die Aufrührer hatten gleichfalls einen Toten und mehrere Verwundete. Sechs von ihnen wurden mit der Waffe in der Hand gefangen genommen. Bei der Säuberung in Schiffbeck und Bergedorf sind etwa 100 Personen festgenommen worden. Zur Zeit ist die Stadt völlig ruhig. Aus aufgefundenem Material ergibt sich die umfangreiche militärische Vorbereitung des Putsches.

*

Gewerkschaftsterror wegen Stillegung der „Roten Fahne"

tu. Berlin, 23. Okt. Eine Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker beschäftigte sich gestern mit dem Verbot der „Roten Fahne" und der Stillegung der Friedrichstädter Druckerei. Es wurde ein Beschluß gefaßt, die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne" zu erzwingen durch die Drohung der Stillegung der Notenpresse und der gesamten bürgerlichen Presse. Die Gewerkschaftsführer haben sich zum preußischen Minister Severing begeben, um mit ihm zu verhandeln.

Sozialdemokratie und Reichseinheit

tu. **Berlin**, 25. Okt. Der „Vorwärts" meldet: Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit den schweren Gefahren für die Reichseinheit beschäftigt, die in Süd und Nord in Erscheinung getreten sind. Es gab keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die sozialdemokratische Partei für die Einheit des Reiches nach wie vor eintreten werde, so, wie sie es bisher tat und noch zuletzt von Aachen bis Wiesbaden im besetzten Gebiete getan hat. — Nichtsdestoweniger aber betreiben gerade die hochverräterischen Genossen die Losreißung der Pfalz am meisten!

Verschiebung der Reichstagssitzung

Berlin, 24. Okt. Der Zusammentritt des Reichstages wurde auf nächste Woche verschoben.

Geßler entschuldigt sich

tu. **Berlin**, 25. Okt. Der Reichswehrminister teilte mit, daß mit Bezug auf die Erklärung Dr. Zeigners im sächsischen Landtag festgestellt werden müsse, daß der Truppeneinsatz in Sachsen nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung erfolgte. Alle anderen Gerüchte über den Zweck der Truppen seien ungerechtfertigte Kombinationen.

Die Daitschdemokraten tagen

tu. **Berlin**, 25. Okt. Die Reichstagsfraktion der deutschdemokratischen Partei wird trotz der Verschiebung der Reichstagssitzungen zusammentreten, um zu den politischen Vorgängen, insbesondere zu dem Konflikt mit Bayern, sowie zu Ernährungsfragen Stellung zu nehmen. Der Vorstand der Fraktion hat die Mitglieder telegraphisch nach Berlin geladen.

Heute abend Kanzlerrede in Hagen

tu. **Hagen**, 25. Okt. Die Versammlung, in der Reichskanzler Dr. Stresemann und der Reichsinnenminister Sollmann über die Lage im besetzten Gebiet sprechen wollen, findet heute Donnerstag um 7 Uhr abends in der hiesigen Stadthalle statt. Der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet.

Begnadigt!

Von Maria Kahle, Olsberg-Ruhr.

In der glühenden Hölle von Cayenne
Sieben blonde deutsche Jungen
Stöhnen und keuchen im Sklavenjoch
Mit rasselnden, dörrenden Lungen.
Begnadigt! o du grinsendes Wort,
Du Wort von tausend Toten,
Wie blühst du mit giftigem, brennendem Hauch
Aus diesem entsetzlichen Boden!

In den glühenden Kerkern von Cayenne
Sieben blonde deutsche Jungen
Stammeln in schlaflos verstörter Nacht
Ein Lied, das sie einstmals gesungen.
Einer begann: Du — deutscher — Rhein — —
Da hocken sie, hochgerissen,
Und schluchzen und seufzen den jubelnden Sang
In ihre schmutzig starrenden Kissen.

Und durch des Dunkels fiebernde Nacht
Rauschen und raunen die Wogen,
Und Mädchenlachen und Becherklang
Kommt lockend hereingezogen;
Durch Gitterfenster des Mondes Schein
Malt Burgen und ragende Dome,
Und Städtchen und Dörfer so friedlich und traut
Am wallenden deutschen Strome — — —

Da springt einer auf und stürzt in die Knie
Und schüttelt zum Himmel die Hände:
„Rhein!, war umsonst denn, was wir getan!?"
— Dumpf hallen des Kerkers Wände.
Und dumpf und hallend der Wachen Schritt
Dröhnt vor des Kerkers Toren:
„So schreitet und dröhnt es am deutschen Strom!
O Rheinland, bist du uns verloren?"

In der glühenden Hölle von Cayenne
Sieben blonde deutsche Jungen
Warten und hoffen auf jenen Tag,
Wo das Joch wird niedergerungen,
Wo aus Städten und Dörfern im deutschen Land
Die stürmenden Brüder brechen,
Und die Qual und die Knechtschaft, den grinsenden Hohn,
Und auch sie, die „Begnadigten", rächen!

Die Bestien im Land

Wir entnehmen den folgenden Abschnitt mit gütiger Erlaubnis des „Deutschen Volksverlag", München, dem neuen Buch unseres Pg. Adolf Viktor v. Koerber, das denselben Titel trägt. Das Buch schildert an der Hand eines erdrückenden Tatsachenmaterials die Franzosenherrschaft, und beleuchtet damit das Verbrechen einer sog. Reichsregierung, die wehrlos unsere unerlösten Gebiete in Feindeshand beläßt.

Die Hölle ist entfesselt! Kampf gegen zwei Fronten. Franzosen und Kommunisten vereint! Die „harmlosen Kinder" des preußischen Ministers Severing sind am blutigen Werk in ganz Deutschland, an der Ruhrfront! K.P.D.-Hauptquartier: Russen, Juden, deutsche Hochverräter. Waffenverteilung an dieses Gesindel durch französische Truppen. Verpflegung durch Frankreichs Militärfeldküchen! Gemeinsam besetzen Rotgardisten und Nigger die Straßen und Brücken. Gemeinsam halten sie Paßkontrolle, gemeinsam plündern, stehlen, schänden, morden sie! Unzählige Todesopfer des, aus Bürgern und Arbeitern gebildeten, Selbstschutzes. Terror und Blutregiment ohne Beispiel in der Weltgeschichte. Die innere und äußere Entente schlägt ihre großen Schlachten. Judas Büttel vertreiben die Polizei. Die Feuerwehren greifen ein, tapfere entschlossene deutsche Männer. Dennoch: Hölle überall. 15 Oberrealschüler werden stündlich durchgepeitscht! Die Tigeraffen verhaften 600 Bürger auf einmal, die Kommunisten plündern sie im Kasernenhofe aus. Nigger belustigen sich. Einer von diesen Bestien, die stärker noch Blut geleckt als in allen Jahren zuvor, schießt aus einem marschierenden Zuge kleiner Kinder einen sechsjährigen Knaben heraus. Durch den Kopf! Zu tausenden werden Waffenscheine „verliehen". Rotgardisten exerzieren unter den Augen französischer Generäle. Russen, Franzosen, Hochverräter und vor allem das Ungeziefer der Juden. Sie waren seit jeher die Pest aller Völker, der Abscheu der großen Gelehrten, Dichter, Staatsmänner deutscher Rasse. Heute sind sie die Herren über Volk und Feind! Minister Severing wagt diesen Spruch im Landtag Berlins: „Es ist meine Überzeugung, daß 90 Prozent der Ruhrkämpfer mir ihr Vertrauen erklären würden!" Niemand im Lande weiß, welche der Kämpfenden dieser Minister meint. Die Liste der von ihm verbotenen „Vaterländischen Organisationen" gleicht wörtlich derjenigen des Würgers Degoutte! — Entfesselte Hölle! In Mülheim, Essen, Recklinghausen, Dortmund, Ruhrort, Hamborn, Gelsenkirchen, Barmen. 48 französisch-kommunistische Morde in wenigen Tagen. Ein Bergmann, verfolgt von Moskaus bezahlten Agenten, springt vom 2. Stockwerk des Zechengebäudes in die Tiefe. Zerschmettert „Fort mit Severing!" — „Verhaftet Nollet! Nehmt Geiseln! Sie laufen zu tausenden herum in Berlin!" So fordern die letzten Aufrechten in Stadt und Land. Ihre Parteien werden verboten. Ihre Abgeordneten schützt mühsam und ungern die „Hohe" und „deutsche" Volksvertretung. Auflösung der Freiheitspartei. Völkische sind vogelfrei! Roßbach verhaftet! Ehrhardt gemartert! Im Institut der Englischen Fräulein zu Regensburg erteilt Professor Huit dieses „Dictée": Der Franzose ist der sympatischste und umgänglichste Mensch der Welt! . . . O Schande und Verirrung eines ganzen bewußt mißleiteten Volkes! Berlin: Frau Wolfstein kreischt im Parlament der Schönheit und Würde: „Diese verfluchte Nationalistenbande!" Ihr assistieren die Sobottka, Scholem und Katz. Kriminalbeamte prügeln in den Tumult hinein. Novemberfrüchte, wie sind sie so herrlich gereift! — Der Ruhrfilm einer nationalen Filmgesellschaft wird entwendet. Ein Heer von Polizeibeamten wird entsendet gegen die „Saboteure". Der Reichskanzler beantwortet die „päpstliche Mahnung" betreffs der — Verbrechen an Rhein und Ruhr durch einen Erlaß gegen die „verbrecherischen Sabotageakte"! Ja, ist denn dies noch Deutschland? Ein Land, das einstmals doch Ehre besaß?! Ja, es ist's, denn als Antwort fliegt die große Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld in die Luft! Noch leben Männer . . . Wer siegt in dem Kampf, der kommen muß? —

Schlageter fiel! Görges fällt; Sieben Helden fallen! Wie höhnte einer der Grabredner, der Jude Stephan Großmann, doch? — „Und wenn noch zweitausend Schlageters erstünden, es würde an Deutschlands Schicksal nichts mehr geändert werden!" Gemach! Gemach! Heult eure Weltjuden- und Verräterpresse auch „Waffenstillstand", als sei es denkbar, einmal erdolchten Widerstand nochmals . . . „später" . . . . „bei Gelegenheit" neu zu entflammen, es gibt Hunderttausende im deutschen Volke, die sind des Spieles matt! Die haben gelernt, die haben das eine zu tiefst im Herzen behalten, was ihr nicht besiegt und euch niemals werdet erschachern können mit allen geraubten Schätzen der Welt: Deutsche Herzen, deutsche Ehre, deutschen Mut! Hunderttausende sind sehend geworden in der ungeheuren Elementarschule des deutschen Leidens! Weitere Hunderttausende wachen auf an jedem Tage der Gegenwart, an denen ihr uns euer Schandspiel vorzuspielen wagt! Millionen werden auf der Schanze stehen, wenn der Mann rufen wird, den des deutschen Volkes deutsch gebliebener Teil unter täglichem Gebet inbrünstig ersehnt!

Seiner Wegbereiter einen könnt ihr sehen! Mögen eure Nacken das Kitzeln verspüren, derweil des deutschen Volkes Herzen höher schlagen, derweil Millionen in dieser Gegenwartsstunde an seinen Lippen hängen!

Adolf Hitler spricht: „Das deutsche Volk ist wie ein Bauer, der drei Kartoffelfelder besitzt, dem man zuerst das eine, dann das zweite und schließlich das dritte zu nehmen unternimmt. Der Bauer gäbe das erste ohne viel Murren her — er hat ja noch zwei Felder. Beim zweiten schon, da wehrt er sich. Doch schließlich, er läßt sich einschüchtern und beschwatzen von seinen falschen Freunden, nachzugeben um des „lieben Friedens willen" und im Glauben an die Gutmütigkeit und Ehrlichkeit der Diebe. Hat er doch noch das dritte Feld. Nun aber kommen die Freunde wieder und nehmen ihm mit Gewalt dieses letzte. Der Bauer ist wehrlos. Er gab alles her. Er steht vor dem Nichts, vor dem Untergang. . .

Die Kartoffelfelder des deutschen Volkes sind seine Kohlenlager. Erst das Saarbecken, dann das schlesische Gebiet, und nun das Ruhrland! Und dann?"

Was ist dieses Gleichnisses Sinn?

Ein Volk, das sich internationalem Irrwahn ergibt, das auf Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern baut, das in der Stunde höchster Not noch immer auf die Solidarität des Proletariates hofft, ein solches Volk ist dem Untergang geweiht!

Kann irgendwer überhaupt die Welt „friedlich erobern"? Ist der ungeheure Fehlschuß: „Wirtschaft über Politik" nicht furchtbar in unsern Tagen ad absurdum geführt worden?! Wahrlich: Für ein Wirtschaftsziel gibt niemand sein Leben hin! Selbst der Jude nicht! Aber gerne stirbt der deutsche Mensch für ein politisch-völkisches Ideal!

Adolf Hitler spricht: „Nicht die große Front der Schwächlinge wird uns Befreiung bringen, sondern die Kampffront der Fanatiker! Nicht die Mehrheit parlamentarischer Schwätzer, sondern die Minorität fanatisch-national eingestellter Männer!"

„Erst wenn die deutschen Freiwilligen und Soldaten nicht Söldner im Dienste Judas mehr, wenn das große völkische von allem Aussatz gereinigte nationale Freiheitsheer wieder am Rhein und an der Ruhr steht, frei vom Feind im Rücken, dann, ja dann wird Deutschland frei!"

Über den Trümmern der Gegenwart sinkt in die Knie ein großes gläubiges Volk. Millionen erheben die Arme. Millionen rufen laut in die vier Richtungen der deutschen Heimat: Retter des Vaterlandes! Steh auf, daß wir dir folgen können! Führe uns, denn sonst — versinkt die deutsche germanische Welt! — — —

Schmarotzer

Forstrat Escherich erzählt in seinem bei G. Stilke, Berlin, 1923 erschienenen trefflichen Buche „Quer durch den Urwald von Kamerun" — er bereiste 1913 unsere Kolonien, im amtlichen Auftrage — von einem Schmarotzervolke, den „Haussas", die er bei vielen Lagern, so auch in einem Bukongodorfe, traf. Diese Haussas sind nämlich Händler, die geradezu schamlos auf den armen Negern herumschmarotzen, den besten Teil der Dörfer für sich in Anspruch nehmen und so tun, als wären sie das auserwählte Volk. Escherich schreibt Seite 201 f.:

Sie erzielen für ihren Plunder unerhörte Preise.

Das Übervorteilen ihrer Mitmenschen hindert die Haussas aber nicht, sich nach außen hin wenigstens den Anschein tiefreligiöser Moslim zu geben... Mit dem Munde sind sie fromm, in der Tat aber Betrüger. Ihre ganze Art und Weise zeigt großen Hang für Äußerlichkeiten in aufdringlichster Form. Sie wollen sich wohl dadurch schon von weitem von den Buschleuten, deren Aussaugung sie übernommen haben, die sie über trotzdem im Innern kaum höher als ihre Haustiere bewerten, unterscheiden. Begegnen sich zwei Haussas im Dorfe, so begrüßen sie sich mit tiefen Bücklingen und langem Händedruck, und in endlosem Schwall fließt Rede und Gegenrede über die Achtung, die sie vor einander empfinden, und das Glück, das sie zusammengeführt. Dabei sind sie aber alle auf einander neidisch und gehässig, und keiner gönnt dem andern auch nur das geringste.

Diese Haussas sind, was der wissenschaftlich sonst so beschlagene Herr Forstrat leider übersehen hat, Bluts- und Gesinnungsverwandte der Hebräer, die sich in Europa genau so benehmen, und die alle Nichtjuden, d. h. Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner, einfach für Tiere erklären, die ihnen dienen müßten, und die sich auch an leerem Gesetzeskram nicht genug tun können. Herr Escherich sollte daher auch mal eine Reise in amtlichem Auftrage „Quer durch Deutschland, Frankreich usw." unternehmen, und dabei jene europäischen Schmarotzer recht ordentlich charakterisieren, die seinem völkerpsychologisch geschulten Blick gewiß nicht entgehen können, weil sie sich zu Hunderttausenden, ja zu Millionen aus Ost und West in den Großstädten und auf dem platten Lande herumtreiben und die eingesessenen Bevölkerungen an Leib und Seele namenlos schädigen. Rußland haben sie z. B. zum größten Teil schon aufgefressen, die anderen Länder sind schon sehr stark angefressen und werden ebenso verludern, wenn sie sich nicht rechtzeitig wehren. Wir zweifeln nicht, daß eine solche Tour dem bedeutenden Forscher in völkischer Beziehung außerordentlich gut tun und zugleich von segensreichen Folgen für die Heimat sein würde.

Hänseln

Als der Hanseatische Bund nach und nach ganz bedeutend und mächtig wurde, war unter anderen Städten die Stadt Bergen in Norwegen nicht nur eine angesehene Teilnehmerin von dieser Handlungskompagnie, sondern es war daselbst auch der vierte große Comtoir, welcher nach und nach in eine solche Hochachtung kam, daß fast niemand ein rechtschaffener Kaufmann sein konnte, der nicht zu Bergen seine Lehrjahre ausgestanden hatte. Als aber der Zulauf aus allen benachbarten Ländern nach und nach allzugroß ward, führten die eingesessenen Kaufleute daselbst eine Novität ein, welche ganze acht Jahre

Der Staatsgerichtshof in Tätigkeit

Leipzig, 25. Okt. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik war gestern gegen eine Anzahl Redakteure kommunistischer Zeitungen sowie gegen die Mitglieder der Zentrale der K.P.D. des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte eine Verhandlung anberaumt wegen des von der „Roten Fahne" und anderen kommunistischen Zeitungen veröffentlichten Aufrufes vom 29. Mai 1923: „Nieder mit der Regierung und der nationalen Schmach des Volksverrates." Erschienen waren der in militärischer Schutzhaft befindliche Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung" Arthur Dombrowski, Breslau, sowie der Schuhmachergeselle Joseph Korzelnik und die jugendliche Plätterin Else Kupke, beide aus Breslau, die den Aufruf angeschlagen haben. Drei weitere Angeklagte waren zunächst anwesend, entfernten sich aber wieder. Im Namen der sämtlichen Angeklagten wurde dem Gericht ein Brief des mitangeklagten Chefredakteurs der „Roten Fahne" Dr. Thalheimer überreicht, in welchem sie es ablehnen, vor dem „sogenannten Staatsgerichtshof der Republik" zu erscheinen, ein Gericht, welches selbst nur ein Werkzeug der Konterrevolution sei und sich der Begünstigung zum Landes- und Hochverrat schuldig gemacht habe, indem es die Hochverräter Ehrhardt und Roßbach losgelassen habe. Weiter wird damit gedroht, daß sich der Staatsgerichtshof selbst einmal vor dem dereinstigen revolutionären Tribunal zu verantworten haben werde, das ihn hinwegfegen werde. Das Gericht beschloß, gegen die drei anwesenden Angeklagten zu verhandeln und gegen die übrigen Haftbefehle zu erlassen. Der Angeklagte Dombrowski wurde wegen Beschimpfung der Reichsregierung und Vergehens gegen das Pressegesetz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Korzelnik erhielt zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, die Angeklagte Kupke zwei Wochen Gefängnis.

Der Küstriner Putsch vor Gericht

Kottbus, 25. Okt. In der gestrigen Vormittagssitzung erfolgten die Vernehmungen des Kommandanten von Küstrin, Oberst Gudovius, des Stabsoffiziers Major Rascheck, des Leiters der Berliner politischen Polizei, Oberregierungsrat Weiß. Der Kommandant von Küstrin sagte über die Lage am Morgen des 1. Oktober, die ihm anvertraute Festung war in der Hand des Majors Buchrucker und seiner Mithelfer. Bei seinen Verhandlungen mit Buchrucker sei es ihm darauf angekommen, die Festung wieder in seine Hand zu bekommen und Zeit zu gewinnen, damit die alarmierten Truppen herbeikommen könnten. Er habe im übrigen den Genannten mitgeteilt, daß er sie nicht in Freiheit lassen, und daß ein eventueller Befreiungsversuch mit Gewalt verhindert werden würde. Er habe hinzugefügt, daß er dabei sein Leben aufs Spiel setzen würde, aber nicht, ohne vorher Major Buchrucker erschossen zu haben. Da er nur die Niederwerfung der erfolgten verbecherischen Aktion im Auge hatte, habe er sich im im übrigen um die Darlegungen der Angeklagten weniger gekümmert. Soweit seine Erinnerung reiche, habe Buchrucker erklärt, daß er sich angesichts des gegen ihn erlassenen Haftbefehls nach Küstrin geflüchtet hätte, um sich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen und ihr anheimzugeben, ihn zu verhaften, was ihm, Gudovius, als Ironie erschienen sei. Nach längeren Verhandlungen habe Major Herzer, da sich Buchrucker zu keinem Entschluß durchringen konnte, an seine Leute den Befehl erteilt, sich zu ergeben. Oberregierungsrat Weiß unterbreitete ein polizeiliches Material als Beweis, daß ein umfassendes aufrührerisches Unternhemen geplant war.

In der Nachmittagssitzung im Prozeß Buchrucker, die sich bis gegen 9 Uhr hinzog, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. — Morgen mittag wird das Gericht sich darüber schlüssig werden, ob die Anklage auf Hochverrat aufrechterhalten werden oder sich auf andere Delikte erstrecken soll.

Die „Frankf. Ztg." hetzt weiter

Die „Fr. Ztg." schreibt in ihrer Nr. 789:

„Die Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß ein längeres Hinausziehen des Konfliktes ihre Position dauernd verschlechtert, wenn sie nicht die Entschlußkraft findet, von sich aus **Bayern zu einer Klarstellung seines Verhältnisses zum Reiche zu zwingen.** Die Regierung muß außerdem wissen, daß sie ihre parlamentarische Basis gefährdet, wenn sie die Dinge weiter treiben läßt. Die Sprache der sozialdemokratischen Organe läßt klar erkennen, daß die Sozialdemokratie eine Kapitulation vor der bayerischen Fronde oder ein faules Kompromiß mit ihr nicht ertragen zu können glaubt. Wie wir hören, ist dieselbe Auffassung heute auch in der Besprechung zwischen Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Vertretern der Gewerkschaften und Delegierten der sozialdemokratischen Partei aus Sachsen übereinstimmend vertreten worden. In dieser Besprechung, an der auch der sächsische Minister des Innern Liebmann teilnahm, wurde vor allem die unterschiedliche Behandlung der sächsischen und der bayerischen Dinge durch die Reichsregierung beklagt und hervorgehoben, wie bedenklich die Rückwirkungen dieser Stellungnahme des Reiches auf die Arbeiterschaft ist, die ohnehin schon durch die außerordentlichen Erschwerungen ihrer Lebenshaltung sehr erregt ist."

Das Organ der Hochfinanz droht also schon offen mit seinen marxistischen Schutztruppen. Weil die Dinge den marxistischen Hochverrätern nicht passen, hat Bayern nachzugeben.

Der „Bayerische Kurier" und der Marxismus

Unser Artikel „Angstlügen des ‚Bayer. Kuriers'" in unserer Nr. 212 hat begreiflicherweise erneut das Mißfallen dieses hochedlen Blattes erregt. Wir haben in dieser Ausgabe nochmals jene Äußerung des bayerisch-volksparteilichen Zentralorgans festgenagelt, in dem dieses ein taktisches Zusammengehen mit dem Marxismus zu dessen Überwindung empfahl, welche Äußerung sich aber, wie der „Bayer. Kurier" nun behauptet, sich „auf die vorrevolutionäre Vergangenheit bezogen" habe. Als ob dadurch etwas geändert würde! Dadurch, daß das Zentrum (auch das ehemalige bayerische) den Marxismus mit Wahlkompromissen überwinden wollte, sind wir dahin gekommen, wo wir heute stehen. Der Marxismus hat sich, wie die Tuberkulose in Volkstum und Wirtschaft eingenistet und unseren Volkskörper verseucht. Das ist der Fluch dieser Kompromisse, wie sie der „Bayer. Kurier" aus denselben taktischen Gründen, aus denen er sie einst schloß, heute eben offiziell **für die Gegenwart** ablehnt. Gewiß nicht grundsätzlich, denn wir vermissen schon lange ein offenes Bekenntnis dieses Blattes, daß diese Taktik eben falsch war und ins Verderben geführt hat. Vielleicht sagt uns der „Bayer. Kurier" einmal, wie er sich **in Zukunft** zu solchen Wahlkompromissen zu verhalten gedenkt; ob die „Bayer. Volkspartei" auch wieder Plakate in den Straßen ankleben läßt, in denen zu treuer Waffenbrüderschaft mit den Marxisten aufgefordert wird.

Auf die neuesten Angstlügen des „Bayer. Kuriers" (in Nr. 297) kommen wir ein andermal zurück.

Aus Winston Churchills Kriegserinnerungen

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 18. Okt.

Die „Times" veröffentlicht gegenwärtig Auszüge aus dem zweiten Band der Churchillschen Kriegserinnerungen, welcher demnächst erscheinen wird. Die Veröffentlichung dieser Auszüge, welche der Verfasser natürlich selbst gestattet hat, führte bereits zu allerhand Streitigkeiten, Churchill ist von verschiedenen Seiten wegen seiner Darstellung gewisser Ereignisse scharf angegriffen worden, und er hat sich damit entschuldigt, daß die Auszüge aus dem Zusammenhang herausgerissen seien, daß man erst urteilen sollte, wenn das ganze Buch vorläge. Es wird sich dann vermutlich lohnen, näher auf einige Punkte einzugehen, obwohl sie Dinge betreffen, die nun einmal erledigt sind, und wir uns jetzt mit den Folgen derselben abzufinden haben, ohne an den Tatsachen selbst etwas mehr ändern zu können.

Heute mögen nur einige Bemerkungen erwähnt werden, welche Winston Churchill über Lord Kitchener macht, zu dem er bekanntlich immer in scharfem Gegensatz gestanden hat, und den er für viele der schlimmsten Mißerfolge der Verbündeten während der ersten Kriegsjahre verantwortlich macht. Was Churchill über die für die Verbündeten so unselige erste Expedition nach den Dardanellen zu sagen hat, scheint so ziemlich ganz in den von der „Times" veröffentlichten Auszügen enthalten zu sein. Der Verfasser geht von dem Standpunkt aus, daß alle Angriffe der Verbündeten auf die deutsche Front in Frankreich während der Jahre 1915 und 1916 nicht nur unnütz waren, sondern eine verbrecherische Verschwendung von Menschenleben. Die Generale hätten sich an die alte Wahrheit halten sollen, daß Frontangriffe niemals ihre Kosten bezahlt machen. Wenn man in Frankreich keine Flankenumgehung unternehmen konnte, weil der eine deutsche Flügel auf dem Meer ruhte, der andere bis an die schweizerische Grenze reichte, dann hätte man nach Churchills Ansicht weiter denken und suchen sollen, wo man trotzdem die deutschen Flanken umgehen könnte. Die eine Möglichkeit war über Holland, und der Verfasser macht da einige merkwürdige Bemerkungen, die auf alle Fälle den Eindruck hervorrufen können, wenn nicht müssen, daß Churchill bedauert, wenn man damals nicht „den nötigen Druck" auf die Regierung der Niederlande ausübte, um die Hilfe „der nicht zu verachtenden" holländischen Armee zu gewinnen. Sollte Holland aus dem Spiel bleiben, so blieb nur die andere Umgehung, nämlich durch Angriff auf die Türkei. Churchill ist der Meinung, daß die Dardanellenexpedition sofort zu dem gewünschten Resultat geführt hätte, wenn man gleichzeitig zu Wasser und zu Lande angegriffen hätte, und da macht er Lord Kitchener den Vorwurf, daß er behauptet habe, keine Truppen für die Dardanellen übrig zu haben. Verschiedene Leute, welche Lord Kitchener nahestanden, widersprechen dieser Behauptung in der schärfsten Weise, und es scheint richtig zu sein, daß, wie z. B. der Privatsekretär des verstorbenen Feldmarschalls behauptet, es die französischen Generale waren, die alles daran setzten, um zu verhindern, daß der französischen Front Truppen entzogen wurden, und die Lord Kitchener veranlaßten, alle diesbezüglichen Pläne zu vereiteln. Immerhin blieb er natürlich bis zu einem gewissen Grade verantwortlich, und Churchill zeigt keine Neigung, ihn davon freizusprechen. Er sagt, daß zu jener Zeit, wo der Feldmarschall der populärste Mann in Großbritannien war, seine Figur in London alles andere überschattete. Im Kabinett spielte er bereits als Kriegsminister während des Krieges die führende und die entscheidende Rolle. Im übrigen war er der einzige Militär von Bedeutung, der sich noch in der Heimat befand, alle anderen Köpfe von Bedeutung waren an der Front. Kitchener war der einzige Mann, auf den man Vertrauen hatte, er ragte kopfhoch über die Offiziere hinaus, die noch in der Hauptstadt waren, naturgemäß nur Größen dritter und vierter Güte. Niemand konnte es wagen, eine Meinung dem Feldmarschall gegenüber zu vertreten, alle sahen bewundernd zu dem Feldmarschall auf, „welcher sogar einen Sitz im Kabinett inne hatte", und Kitchener behandelte sie alle wie ein General die subalternen Offiziere auf dem Exerzierfeld. Im übrigen hatten die Minister noch mit allen möglichen anderen Dingen den Kopf voll und überließen die militärischen Fragen gern dem Kollegen vom Kriegsamt. So stand Kitchener allein im Sturm der Zeiten, umgeben von tosenden, brandenden Wogen, ohne einen sicheren bestimmten Plan, „ohne gut durchdachte Theorie und Berechnung", wie Churchill sagt. Er faßte selbständig seine Beschlüsse, bald in der einen, bald in der anderen Richtung, sie standen merklich unter dem Einfluß seiner täglich wechselnden Eindrücke. So kam es, daß seine Entschlüsse häufig widersprechend waren. Er schwankte dauernd zwischen zwei Kriegsauffassungen, der, welche die Entscheidung im Westen suchen wollte, und der, welche die Augen auf die südliche und östliche Front richtete. Obendrein hatte Kitchener die ganze Sorge der Rekrutierung auf dem Nacken, einschließlich der Ausbildung der neuen Armeen. Dahinter stand wieder eine ganze Reihe Probleme, die mit der Ausrüstung der Heere, mit der Munitionslieferung usw. in Zusammenhang waren. Man kann also begreifen, daß Lord Kitchener eine übermenschliche Last trug. Er selbst suchte keine Erleichterung, im Gegenteil, er gab nicht zu, daß man sich in irgendeiner Weise in seine Arbeit einmischte, er wollte z. B. die Verantwortung für die Munitionslieferungen nicht aus der Hand geben. Kurzum, sagt Churchill, Kitchener wollte den großen Krieg führen, wie er es mit seinen kleineren Expeditionen nach dem Sudan usw. gemacht hatte, er wollte alles unter seiner persönlichen Leitung behalten. Der Generalstab durfte sich nicht rühren, auch keine eigene Meinung haben, ja am Ende suchte er seinen Einfluß im Kabinett zu benutzen, um auch in anderen Fragen eine entscheidende Rolle zu spielen, in Fragen, die mit dem Krieg gar nicht einmal in Verbindung standen, in der irischen Frage z. B., mit Bezug auf industrielle Organisation und dergleichen mehr. Zum Schluß dieses Kapitels sagt Churchill, daß, wenn notwendigerweise seine Darstellung der Rolle, welche Lord Kitchener während des Krieges spielte, einer gewissen Kritik an dem „großen Toten" gleichkomme, er nicht versäumen wolle, ausdrücklich hervorzuheben, daß in erster Linie die Schuld an allem, was vielleicht zu tadeln sei, dem Umstand zugeschrieben werden müsse, daß Lord Kitchener eine Last aufgebürdet worden war, die kein Sterblicher tragen konnte, daß er aber trotz alledem in den schweren Zeiten eine bewundernswerte Geduld und einen außerordentlichen Mut an den Tag legte, die man nicht hoch genug einschätzen könnte, „und mir persönlich" so schließt Churchill, „erwies er unveränderte Freundschaft und Höflichkeit".

Neuorganisation der Fascisten

Die Neuorganisation der Fascistischen Partei ist in folgender Weise geregelt worden. Die leitenden Stellen sind der Große Rat, ein Direktorium und der Nationalrat. Der Große Rat soll wie bisher die Verbindung zwischen der Partei und der Regierung herstellen, in ihm sind Vertreter der Regierung und der Partei. Alle drei Monate soll der Große Rat eine Sitzung abhalten. Der Nationalrat wird aus der Versammlung der Provinzsekretäre gewählt, welche aus einer Wahl der Fasci der einzelnen Provinzen hervorgehen. Die Vertrauensmänner für die Provinzen sind abgeschafft worden, Vertrauensmänner für die einzelnen Fasci dagegen bleiben bestehen, jedoch haben sie nur Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, nicht mehr solche politischer Art. Der Nationalrat soll ebenfalls einmal vierteljährlich zusammentreten. Er hat das Direktorium der Partei zu wählen, welches aus neun Männern bestehen soll. Dieses wählt sich selbst aus seinen Mitgliedern den politischen Sekretär und besetzt die Verwaltungsämter. Desgleichen wählt der Nationalrat einen aus drei Richtern bestehenden Schiedsgerichtshof für innere Streitigkeiten der Partei, Beleidigungen u. dgl. Innerhalb der nächsten 2 Monate sollen die versammelten Fasci der Provinzen das neue Direktorium wählen. Bis dahin ernennen Mussolini und der Große Rat ein vorläufiges Direktorium von fünf Männern, dessen Amtszeit am 2. Januar 1924 ablaufen soll.

Mit der Verherrlichung Mussolinis wird in den italienischen Blättern fortgefahren. Das Jahr seiner Regierung seit dem Marsche auf Rom wird als „Jahr I der neuen Zeit" bezeichnet. Die Universität Bologna will Mussolini am 29. Oktober bei seinem Besuche zum Ehrendoktor der Rechte ernennen. Am 21. Oktober hat in Parma die feierliche Einweihung von 500 Standarten der fascistischen Gewerkschaften stattgefunden, woraus zu ersehen ist, wie sehr die fascistische Gewerkschaftsbewegung zugenommen hat. In Bologna fand vor kurzem auf dem Rennplatze angesichts einer gewaltigen Zuschauermenge eine Felddienstübung der Arditi mit Artillerie, Handgranaten, Maschinengewehren und Drahtverhauen statt, von welcher Lichtbilder überall zu sehen sind. Wie sehr sich das Verhältnis zwischen dem Fascismus und der katholischen Jugendbewegung gebessert hat, ließ eine Rede erkennen, die in Rom am 14. Oktober der Präsident der „Azione Cattolica" Colombo im Beisein von drei Kardinälen und anderen hohen geistlichen Würdenträgern hielt, wobei er erklärte, daß sich die Tätigkeit der „Azione Cattolica" nur auf die Angelegenheiten des Glaubens beschränken werde, sich dagegen von Politik und Wirtschaftsfragen fern zu halten gedenke.

Zur Belebung der italienischen Luftschiffahrt sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden. Auf einer Pressekonferenz in Rom wurden sie eingehendst erörtert, und die italienischen Zeitungen haben bereits eine großzügige Werbeaktion begonnen. Zur Verbesserung der Verbindung Fiumes mit Italien wird dort am 30. Oktober eine drahtlose Funkenstation dem Verkehr übergeben werden. Versuchsweise wurden bereits Begrüßungstelegramme an den König und Mussolini aufgegeben. In nächster Zeit soll die Einführung des lateinischen Unterrichts in sämtlichen Schulen Italiens beginnen. Der naturwissenschaftliche Unterricht soll dagegen erheblich eingeschränkt werden. Verteidigt wird die Einführung des Lateins damit, daß sie auch in Frankreich schon stattgefunden hat, während Italien doch mit mehr Recht als Frankreich die Pflege der Sprache der Römer übernehmen können. Der Kampf gegen die Schundliteratur, der vor mehreren Monaten mit großen Worten angekündigt wurde, ist ziemlich eingeschlafen. Eine Anfrage an den verantwortlichen jüdischen Minister Aldo Finzi hat dieser in einer vertröstenden nichtssagenden Erklärung beantwortet. Wer könnte auch glauben, daß es einem Juden ernst sei mit der Bekämpfung der Schundliteratur, wo doch seine Rassegenossen zu ihr das meiste beizusteuern pflegen.

Letzte Nachrichten

Politischer Bergarbeiterstreik in Sachsen.

tu. **Dresden**, 25. Okt. Die Belegschaft der **Hirschfelder Braunkohlengruben** ist in den Ausstand getreten. Auch im **Lubauer- und Olpnitzer Steinkohlenrevier** ist der **Streik** ausgebrochen, nachdem eine vom Bergarbeiterverband und der Union gemeinsam abgehaltene Betriebsräteversammlung einstimmig beschlossen hatte, sich mit dem **Generalstreik** der mitteldeutschen Bergarbeiter solidarisch zu erklären. Die Ursache zum Streik ist neben der Unterstützung der mitteldeutschen Bergarbeiter auch die Reichsexekutive gegen Sachsen. Durch den Streik ist auch das staatliche Elektrizitätswerk in **Hirschfeld** stillgelegt worden, das den größten Teil der Oberlausitz und Nordböhmens mit Strom versorgt. **Am Mittwoch** setzte überall der Strom aus. Die industriellen Betriebe mußten ihre Fabriken **schließen**. Die Zeitungen können nirgends erscheinen. **Am Abend** lag Oberlausitz und ganz Ostsachsen **im Finstern**. Die öffentlichen Gebäude, Bahn und Post mußten notdürftig mit Öllampen erhellt werden. Der Eisenbahnverkehr war schwer beeinträchtigt. Die meisten Geschäfte hatten schon am Nachmittag geschlossen. Abends gegen 7 Uhr setzte der Strom wieder ein, da das Werk eine noch vorhandene Kohlenreserve angegriffen hatte. Sobald diese aufgebracht sein wird, muß das Werk wieder stilliegen. Der Streik dauert unvermindert an.

Die Lage in Sowjet-Sachsen.

tu. **Dresden**, 26. Okt. Über die Lage in Sachsen wird vom Wehrkreiskommando mitgeteilt: Die in Sachsen eingesetzten Truppen sind am 24. Oktober in die Gegend von Pirna, Niedersedlitz, Pottschappel, Grimma, Lausitz, Borna und im südlichen Olsnitz und Plauen einmarschiert. In den Ortschaften südwestlich von Dresden ging die Reichswehr mehrfach gegen Radikale vor, die sich zusammenrotteten und die Reichswehr verhöhnten und verspotteten. Ein Soldat wurde durch Messerstiche, einzelne Zivilisten durch Kolbenschläge leicht verletzt. Ein Unteroffizier machte in der Not von der Schußwaffe Gebrauch und verwundete einen Zivilisten. Mehrfach wurden Verhaftungen vorgenommen, darunter in Freiberg 18 Plünderer. In Plauen wurde am 24. Oktober ein Doppelposten von der Menge beschimpft und bedrängt. Der Posten machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Zivilist wurde erschossen und ein anderer verletzt.

Die Lage in Braunschweig.

tu. **Braunschweig**, 25. Okt. Die Reichswehr hat in Schöningen die Ruhe wieder hergestellt. Der Kommandeur der Reichswehr hat alle Ansammlungen verboten. Die Reichswehr verbleibt vorläufig in Schöningen. Die mit drei Verwundeten abgezogene braunschweigische Schupo hat ihre Waffen der dortigen Hilfspolizei zur Verfügung gestellt. In der Stadt Braunschweig wurden in der Nacht 13 Mitglieder des Jungdeutschen Ordens bei der Vorbereitung einer militärischen Übung festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis überführt. Sonst herrscht in Braunschweig zur Zeit vollkommene Ruhe.

Todesstrafe für Streik.

tu. **Stettin**, 25. Okt. Die Arbeiter der Vulkanwerft sind noch ausgesperrt. Auf der Rüske-Werft und anderen Werken sind die Arbeiter in die passive Resistenz eingetreten, und es steht zu erwarten, daß die Belegschaften entlassen werden. Der kommandierende General veröffentlichte einen Aufruf, in welchem er den Streik verbietet und eventuell mit der **Todesstrafe** droht.

Weitere Unruhen in Harburg.

Hamburg, 25. Okt. In Harburg versuchte gestern ein größerer Trupp junger Burschen nach der Plünderung eines Waffenladens die Polizeiwache am Rathausplatz zu stürmen. Die Polizei erwiderte das Feuer und säuberte die Straßen. Die Kommunisten verkündeten entgegen dem Willen der besonnenen Arbeiterschaft in Harburg den Generalstreik. Es wurden bei den gestrigen Unruhen in Harburg 3 Personen getötet und 16 schwer verletzt. Die Schutzpolizei hatte keine Verluste.

Blutige Krawalle in Barmen.

Barmen, 25. Okt. Gestern kam es hier zu einer Demonstration gegen die Teuerung. Als vor dem Rathaus die Schutzpolizei von der Menge bedroht wurde und aus dieser Schüsse fielen, erwiderte die Polizei das Feuer. Vier Personen wurden schwer verletzt, zwei sind gestorben. Außerdem wurden zwei weitere Personen erheblich verletzt. Die Verwundeten wurden ins Krankenhaus gebracht. Es wurde eine Anzahl Leichtverwundeter festgestellt, die von der Menge mitgenommen wurden.

Die Verluste in Krefeld.

tu. **Paris**, 25. Okt. Wie die Pariser Blätter zur Einnahme des Krefelder Rathauses durch die Sonderbündler melden, soll die Zahl der Toten und die der Verwundeten 60 betragen.

Lebensmittelplünderungen in Gelsenkirchen.

tu. **Berlin**, 25. Okt. Vom Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck und Gelsenkirchen-Schalke werden Plünderungen von Lebensmittelsendungen durch Arbeitslose gemeldet. Polizei ist aufgeboten.

Die Aktion der graphischen Arbeiter

tu. **Berlin**, 25. Okt. Heute vormittag nahm die Funktionärversammlung des graphischen Gewerbes den Bericht der Kommission entgegen, die gestern beim Reichswehrminister das Ultimatum der Buchdrucker bezüglich des Belagerungszustandes und des Verbotes der „Roten Fahne" überbracht hatte. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Vorstände der Graphischen Vereinigung zu der Ansicht gekommen sind, daß nur die gesamten Gewerkschaften zusammen mit den politischen Parteien im Kampf gegen den Belagerungszustand Entscheidendes erreichen können. — Eine Resolution des Betriebsrates der Reichsdruckerei nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein. In der Aussprache traten einzelne Betriebsvertreter für die Durchführung des Streikes ein.

Der Stillstand der Produktion im Ruhrgebiet.

tu. Gelsenkirchen, 25. Okt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind bereits seit Montag im Ruhrgebiet die Eisenwerke stillgelegt. Ein Teil der Zechen hat gleichfalls schon im Laufe des gestrigen Tages die Förderung eingestellt. Bei dem Rest der Zechen wird heute die letzte Schicht gefahren.

12 Stunden Arbeitszeit unter der französischen Regie.

tu. Berlin, 25. Okt. Die Einstellung von deutschem Eisenbahnpersonal ist bei der Regie im Ruhrbezirk bis jetzt in ganz geringem Umfange erfolgt. Vorwiegend wurden solche Bedienstete übernommen, die im besetzten Gebiet geboren sind. Im allgemeinen ist die Arbeitszeit auf zwölf Stunden bemessen; für das Zugs- und Lokomotivpersonal ergeben sich meist längere Dienstzeiten.

Die französische Sabotage des Reichsbahnverkehrs.

tu. **Gelsenkirchen**, 25. Okt. Die Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in Mainz haben zu keinem Erfolg geführt, weil die französischen Bedingungen völlig unannehmbar waren. Von den Eisenbahnern ist kaum einer wieder eingestellt worden. Zur Zeit ist nicht damit zu rechnen, daß zollpflichtige Güter ins Ruhrgebiet kommen, da die Schwierigkeiten zu groß sind.

General Simon lügt.

Düsseldorf, 25. Okt. Die Stadtverwaltung und die Führer der Stadtverordnetenfraktionen begaben sich gestern zu General Simon, um ihn anläßlich der separatistischen Putsche um Auskunft zu ersuchen, wie die Besatzungsbehörde sich verhalten werde, wenn ähnliche Vorgänge auch in Düsseldorf auftreten sollten. Der General erklärte daraufhin folgendes: Was auch immer geschehen möge, die Machtmittel des Belagerungszustandes bleiben in der Hand der Militärbehörde, die sich allen Gewaltaten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, widersetzen werde. Waffengebrauch ist verboten.

Arbeitgeberverbände und Arbeitszeitgesetz.

tu. **Berlin**, 25. Okt. Wie die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" mitteilt, steht sie einmütig auf dem Standpunkt, daß der im Interesse der Volksgesamtheit notwendige Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn ihr die Wiederherstellung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit ermöglicht wird. Der Entwurf des vorläufigen Arbeitszeitgesetzes trage dieser Notwendigkeit keine Rechnung, und die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" müßte ausdrücklich der Regierung und den Parteien des Reichstages die Verantwortung für die Folgen dieses Arbeitszeitgesetzes, das die zur Verbilligung der Lebenshaltung des deutschen Volkes notwendige Produktionssteigerung nicht ermöglicht, übertragen.

Die Kanzlerbesprechung in Hagen.

tu. **Hagen**, 25. Okt. Seit heute vormittag 11 Uhr weilt der Reichskanzler Dr. Stresemann mit dem Minister des Innern, Sollmann, und dem Reichsminister für die besetzten Gebiete, Fuchs, in Hagen. Der Aufenthalt dient, wie bereits bekannt, Besprechungen mit führenden Vertretern des alt- und neubesetzten Gebietes, die aus verschiedenen Teilen des Rheinlandes und Westfalens hier eingetroffen sind. Gegenstand der Beratung ist die politische Lage in den besetzten Gebieten und deren nächste Entwicklung. Die Besprechung, die im Landratsamt stattfindet, dauert zur Stunde noch an und ist streng vertraulich.

Aus München

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Geldbedarf für Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge wird künftig in der Weise aufgebracht, daß **Beiträge von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern** zur Deckung der Kosten erhoben werden. Daneben leistet die Stadt Zuschüsse, und, soweit die Höchstbeträge der Beiträge mit 20 Prozent der Krankenversicherungsbeitragssätze und die begrenzten Zuschüsse der Stadt den Bedarf nicht decken, greifen noch Reichs- und Landeszuschüsse ein. Auf Grund dieser Regelung werden vom nächsten Montag, den 28. Oktober, ab für Zwecke des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge mit den Krankenversicherungsbeiträgen von den Krankenkassen im Bezirk der Stadt München und im Bezirk München-Land **20 Prozent Zuschlag** zu diesen Beiträgen eingehoben, von denen die Arbeitgeber 10 Prozent und die Arbeitnehmer 10 Prozent zu tragen haben. Im Anschluß an diese Neuregelung wird eine **Neuorganisation der Erwerbslosenfürsorge** zur restlosen Eingliederung dieses Instituts in das Arbeitsamt ausgearbeitet. Die Art, Höhe und Dauer der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter werden vom Reichsarbeitsminister vom 1. November ab durch Bekanntgabe von Höchstsätzen neu geregelt. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes hat, soweit Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer **Arbeitsleistung** abhängig zu machen, die gemeinnützigen Charakter tragen muß. Wegen Ausführung dieser Bestimmung sind die Instruktionen im Gang.

---

währte, und so grausam war, daß man dergleichen in keinem heidnischen Skribenten findet. Es bestand aber dasselbe in einem heidnischen Spiele, welches wir etwas umständlicher beschreiben wollen.

Der Anfang ward mit dem sogenannten Wasserspiele gemacht. Da mußte sich der Novitius ausziehen, darauf ward er an ein Seil gebunden, und dreimal im Seewasser unter dem Schiffe durchgezogen, und wenn dies geschehen war, wurde er jedesmal von vier starken Kerlen bis aufs Blut gepeitscht, daß er kaum in vier Wochen konnte wieder geheilet werden.

Darauf folgte das Rauchspiel. Da ward ein solcher junger Kaufmann eine halbe Stunde in einen Schornstein gehangen, unter seinen Füßen aber ward ein Feuer von Haaren, Fischgräten und andern stinkenden Materien gemacht, durch welchen Dampf die gequälten Novizen dermaßen abgemattet wurden, daß sie halb tot waren, wenn sie wieder heruntergelassen wurden. Darauf mußten sie sich abermals so lange mit Ruten streichen lassen, bis sie über und über blutrünstig waren.

Wenn diese sogenannte Kurzweile vorbei war, so folgte zuletzt das Staupenspiel. Da kam eine große Assemblee von den vornehmsten Männern, Weibern und Jungfrauen zusammen; in deren Gegenwart wurden die Kandidaten abermals nackt ausgezogen. Darauf kamen etliche vermummte Kerle, mit denselben mußten die jungen Kaufleute erstlich eine Weile tanzen; darauf zeigten sich vier maskierte Personen im Mönchshabite, mit Spießruten in der Hand; diese peitschten den armen Sünder ärger als alle Henkersbuben, und dabei wurde mit Trompeten und Pauken ein solches Geräusch gemacht, daß man das erbärmliche Winseln und Heulen der Gepeitschten nicht hören konnte. Wer nun dieses dreifache Spiel acht Jahre nacheinander ausgestanden hatte, der ward endlich für einen gebilligten Kaufmann von dem Hanseatischen Bunde erklärt.

Viele nun blieben gar davon, welche sich dergleichen grausame Marter nicht auszuhalten getrauten, und das war auch wohl das ganze Absehen mit diesen Spielen. Viele liefen im andern oder dritten Jahre wieder davon. Viele vergingen auch darüber, oder blieben lebenslang ungesunde Leute. Und dabei blieb es, solange die Hanseatische Handelskompagnie im Flore war.

Als aber nach diesem die Ost- und Westindische Kompagnie aufgerichtet, und dadurch der Hanseatische Bund ruiniert wurde, so hatte auch dieses mehr als barbarische Narrenspiel ein Ende. Man rechnet es auch billig unter die himmelschreienden Sünden, welche Gott endlich gereizt haben, daß er den weltkündigen Fluch auf das Hanseatische Kommerzium gelegt hat.

Nachher hat man zwar, sowohl in Bergen, als auch anderswo, die Gewohnheit behalten, daß sich die jungen Kaufleute vorher müssen hänseln lassen, ehe sie voll angesehen worden; welches aber mit den jetzt beschriebenen Narrenspielen in keine Vergleichung kommt.

Aus Hübners Erdbeschreibung (Hamburg 1742).

Die graphische Ausstellung der Neuen Sezession

(Galerie Tannhauser.)

Eine Krankheit kann nur von dem bekämpft werden, der sie beobachtet; gesunde Bestrebungen dürfen nur von dem gefördert werden, der sie kennt. Darum soll man nicht an unserer „modernen Kunst" vorübergehen, denn — ob negativ oder positiv — birgt sie doch Vorgänge, die eng mit der großen Linie unserer Kunstentwicklung zusammenhängen.

Es kann fraglos nicht ein jeder auf diesem Gebiet Förderer oder Arzt sein, es kann aber vom Künstler wie vom kunstliebenden Laien erwartet werden, daß er zum mindesten anerkenne oder ablehne — also kennen lerne. Damit allein ist schon die Verbindung geschaffen, die jede Kunst mit dem Boden haben muß, aus dem sie wächst. Ohne diese lebendige Beziehung muß jede Kunst verdorren oder entarten und wird, nach dem Ausdruck Edmund Steppes', zum „Spiegel" ohne Spiegelbild, sie verliert Sinn und Berechtigung.

Auch die Ausstellung der neuen Sezession sollte nicht mit einer allgemeinen Bemerkung, sie sei eigenartig, langweilig, schön oder verrückt, abgetan werden, sondern es sollte auch Lebendiges und Gift erkannt und voneinander geschieden werden. Hier treffen wirkliches, oft unbewußtes Streben und äußerliche, fremde Machtansprüche zusammen, gesunder Wille zum Aufbau und krankhafte Freude am Zerstören.

Für einen jeden dieser Zustände stellt die Ausstellung einen Vertreter — es gibt hier auch solche, in denen alle diese Wirkungen zusammentreffen.

Zu den Ausgeglichenen gehört **Otto Kopp**, dessen angenehme Landschaften schmückend wirken wie japanische Holzschnitte.

Daneben **Unold**. Seine Zeichnungen suchen den Ausdruck und verfehlen ihn oft, „trotz" wohlgemeinter Vorzeichnungen. In den einfach konstruierten und oft kindlich-gesunden Landschaften zeigt er die Kraft, ohne Tradition, aus sich heraus aufzubauen.

W. **Pöttner** wird in seinen Köpfen von der Liebe zur Plastik übermannt — sie zerfallen in Einzelformen. Die Konturen seiner Frauenaktzeichnungen sind so wahr und warm, wie man sie nur selten sieht.

Karl Arnolds seine Zeichnungen fallen aus dem Rahmen der allgemeinen „Fernwirkungen" der Ausstellung und leiden unter den Nachbarn; sein stilsicherer Humor käme anders besser zur Geltung.

Gött überrascht in dieser Umgebung durch die Biederkeit der Zeichnung.

Die Landschaften von **Eberz** in ihrer kaleidoskopartigen Buntheit stammen irgendwoher aus den Tropen und zeigen die ganze Zerrissenheit und die Unselbständigkeit unserer Zeit. Seine Radierung eines Frauenkopfes ist romanisch gefaßt, am nächsten erscheinen uns „der Tänzer" und „Frau am Klavier" — einfach, ursprünglich, fein.

Die „modernen" Erfordernisse der Kindlichkeit und des orientalischen Gesamteindrucks finden sich in **Schrimpf**.

Kubin hat seine frühere eindrucksvolle Art aufgegeben, eine Technik, mit der er zwar nicht die letzten Tiefen schürfte, wohl aber packende Stimmungen vermittelte. Hier bringt Kubin Neues, mir scheint, gewollt Neues: einen dekorativen, monumentalen Stil, der die Grenze zwischen Größe und Lächerlichkeit nicht zu kennen scheint.

In diese peinliche Lage kommt auch sein Moses mit den vier Kindern Israel, die um das goldene Kalb tanzen. Den keuschen Joseph kann man angesichts **dieser** Potiphar leicht verstehen, weniger aber den sonderbaren Geschmack der Dame. Hoffentlich bleibt es bei diesem Versuch und der Zeichner findet sein eigentliches Gebiet wieder.

Die Porträtzeichnungen **Großmanns** zeigen starke Charakteristik. Das Dämonische in Liebermann ist fraglos subjektiv gesteigert (dort dürften andere Anlagen stärker sein), doch ist das kein Fehler, da nur subjektives Schaffen künstlerisch sein kann. Corinth ist zum Vorweltmenschen „gesteigert". Vor allem aber erscheint mir die „Aufmachung" gar zu übertrieben: es wird auf allerhand besondere Techniken und Papiersorten hingewiesen, die nur begrenztes Interesse haben dürften und ein wenig an die Luxusbände in „Pharaonenleder" erinnern.

Immer wieder kehrt hier, wie auf anderen modernen Ausstellungen, der Zug zum Südlich-Schwülen wieder. Auch in **Seewalds** Landschaften macht sich dieser Einfluß bemerkbar. Die andere neuzeitliche Richtung — der Hang zum Dada — spricht aus seinen Tieren.

Hugo Conelle ist scheinbar altdeutsch, **Röbrich** überraschend kräftig, seine Impressionen unmittelbar frisch und in einzelnen Farbenzusammenklängen prachtvoll.

Von **Schaefler** ist ein wunderbar märchenhafter Wald zu sehen, von E. **Dirklage** ein in warmen Farben gehaltenes Porträt. Auch hier ist die „altdeutsche" Note zu spüren, doch dürfte es nicht altdeutsch sein, mit der Form in dieser Weise umzuspringen!

Sehr geschmackvoll ist der „Saumpfad" von **Dora Brandenburg-Polster**. Unbegreiflich erscheinen die Ziele, die sich **Otto Lange** mit den großen, schmerzhaft bunten Flecken in seinen Bildern setzt. Harmonischer und organisch geordnet könnten sie teppichartig wirken, so aber scheinen Ziel und Mittel verfehlt.

Karl Albika sucht in naturalistischen Akten expressionistische Ziele. **Schülein** gibt Eigenes in starken und schönen Impressionen.

Eines der anziehendsten Bilder ist mir der Mädchenkopf von **Brüne**, in dem kein Widerspruch zwischen Ausdruck und Mittel zu spüren ist. **Mense** kommt mit Sorgfalt — bald kindlich, bald chinesisch — zu wenig erfreulichen Resultaten. Von **Schinnerer** sind Zeichnungen da in seiner bekannten einfachen, ehrlichen Weise, von **Thömp** eine psychologisch feine Beethovenserie.

Die Ausstellung im ganzen hat den Vorzug, daß von jedem Künstler eine Reihe seiner Arbeiten zusammengehängt ist — so tritt die einzelne Persönlichkeit plastisch hervor. Und gerade deshalb ist der Eindruck eines bunten Durcheinanders besonders stark, denn entweder läßt sich im ganzen irgendeine bestimmte Zielsetzung herauslesen, oder in den meisten der Einzelfälle: es sucht und versucht ein jeder auf seine Weise das Heil — zum großen Teil in fremden Idealen (wie überall bei uns), zum Teil im ungeklärten Eigenen.

Anders kann es nicht sein — wie wollte man von dem Künstler, der doch nur das Wesen des Volkes verkörpern kann, erwarten, er solle klar sein, wo alles um die Wahrheit ringt? Nein, es soll brodeln und kämpfen und es sollen Tradition und Umsturz aufeinander prallen; erst im Kampfe kann sich Lebendiges bewähren und Echtes sich von Fremdem scheiden.

Vielleicht kommen wir auf diese Weise auch wieder zu Malern, die nicht soviel malen, im einzelnen Bilde aber mehr geben. Heute ist aller Wert in kleine und kleinste Münze eingewechselt: flüchtige Skizzen, Entwürfe, Versuche einiger Minuten. Früher wurden diese im Atelier verborgen und „Werke" gezeigt, jetzt hängen sie an den Wänden und wollen selbst „Werke" sein. Wie aber die völkische Idee in Politik und Wirtschaft greifbare Formen zu gewinnen beginnt, so geht ein Ahnen auch durch das Schaffen in der Kunst.

D. v. K.

Kleine Nachrichten

Nationaltheater. In der Aufführung „**Aida**" am Sonntag, den 28. Oktober, singt Herr **Reinfeld** zum ersten Male die Partie des „**Radames**", Frau **Willer** zum ersten Male die Partie der „**Amneris**". Die Aufführung wird „**Außer Platzmiete**" gegeben, der **Vorverkauf** beginnt am Donnerstag, den 25. Oktober, an der Tageskasse der Staatstheater und deren Kassestellen.

Die Galerie Paulus bringt den interessanten Nachlaß des jüngst verstorbenen Kunstmalers Ernst **Schüler** (Malerei und Graphik) ab 20. Oktober zur Ausstellung.

Buchbesprechung

Ladislaus Adam R. Olschowy, „Der unlösbare blutige Bund der Juden mit Jehova-Gott und deren irdisches und ewiges Schicksal". Erfreulicherweise mehren sich die Stimmen überzeugter **Katholiken** gegen das Judentum. So hat Olschowy in der vorliegenden Schrift aus der Bibel höchst eindrucksvolles Material gegen die Juden gesammelt, welche er „unbelehrbare, unverbesserliche, geborene Gewohnheitsverbrecher seit uralten Zeiten" nennt. Den politischen Deutungen der Bibel durch Olschowy können wir uns zwar nicht restlos anschließen, im übrigen aber ist seine in der Hansa-Buchdruckerei in Leipzig R. verlegte Schrift höchst verdienstvoll. Es täte besonders der „Bayerische Kurier" gut, seine Nase einmal in dies Büchlein zu stecken.

Br. Dr. Schoettke, „Ruhrbesetzung und Freimaurerei". Heft 7 der „Bausteine", Schriftenreihe des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne". Daß die Freimaurer Verrat am Vaterland üben, wissen wir seit langem, finden es aber neuerdings wieder bestätigt in der Schrift des Bruders Dr. Schoettke. Er benutzt sein Heft über die Ruhrbesetzung dazu, sich für die Lumpen v. Gerlach, Förster, Nicolai, Eisner usw. einzusetzen und stellt sich dadurch auf die gleiche Stufe. Bei solcher Gesinnung ist es nur natürlich, daß er jegliche Abwehr der französischen Gewaltaten durch Gegenmaßnahmen und selbst durch Wort und Schrift verurteilt. Er faselt von dem „besseren Frankreich" und wärmt die Lüge von den deutschen Greueln in Belgien wieder auf, er spricht von dem „sogenannten Heldentode" und bedauert die „armen, erbarmungslos verfolgten Israeliten". Und solche Schufte bekennen sich noch als Deutsche und reden von Vaterlandsliebe. Darauf gibt es nur eine Antwort: den Strick.

Münchener Beobachter

Ausbau des Luftverkehrs

Der 22. Okt. ist ein Markstein und Wendepunkt für den internationalen Luftverkehr in Europa. Es handelte sich am 22. Okt. darum, daß die endgültige Gründung der Trans-Europa-Union vollzogen wurde. Es fanden sich zu dieser Gründung in München folgende Luftverkehrsgesellschaften ein: aus dem Reiche: Aerolloyd, Berlin; Rumpler, Luftverkehr, A.-G., Berlin; Junkers Luftverkehr, Berlin; aus Bayern: der Bayer. Luftlloyd; aus der Schweiz: die Ad Astra Aero, Zürich; aus Österreich: die Österreichische Luftverkehrs-A.-G.; aus Ungarn: die Aero Expreß R. T.

Direktor Gotthard Sachsenberg beleuchtete die bisherige Tätigkeit der Trans-Europa-Union. Es ist notwendig, bei den in diesem Jahre im südeuropäischen Luftverkehr erzielten Erfolge nicht stehenzubleiben, sondern vorwärtszuschreiten. Es ist deshalb für 1924/26 ein großzügiges Luftverkehrsprogramm aufgestellt, das ganz Europa, bis hinauf nach Archangelsk im Norden, bis London, Lissabon und Casablanka im Westen, bis Sibirien, und China, bis Taschkent und Zentralasien im Osten und im Süden bis Teheran, Ägypten, Zentralafrika, Tripolis und Nordafrika ausgedehnt werden soll. Das vollkommen Neue im nächstjährigen internationalen Luftverkehr in Europa wird die Einführung eines Nachtfluges im Anschluß an die Strecke London—Köln—Fürth von Straubing bis Budapest im Wasserflugzeug über der Donau sein, mit Anschluß zunächst bis Belgrad, so daß also London—Belgrad im nächsten Jahre innerhalb 24 Stunden mit Hilfe des Land- und Wasserflugzeuges wird bewältigt werden können, ein Fortschritt, der jede Konkurrenz des Nachtschnellzugsverkehrs überholt und in den Schatten stellt.

Die Versammlung nahm mit größtem Interesse von diesen gewaltigen internationalen Luftverkehrsplänen der nächsten Jahre Kenntnis, billigte sie und beschloß, daß baldigst auf der Strecke Straubing—Budapest Nachtversuchsflüge mit Scheinwerfern durchgeführt werden.

In den ersten Verwaltungsrat wurden gewählt: Oberst Schwarzenbach, Rechtsanwalt Dr. Wirth und Direktor Pillichody, alle drei Herren von der Ad Astra Aero, Zürich; Dr. Rumpler, Augsburg, und Direktor Schleissing, Dessau, für die Rumpler-Luftverkehrs-A.-G.; Mierzinski, Dessau, und Rechtsanwalt Dr. Coblenzer, München, für den Bayer. Luftlloyd; Dr. Heinsheimer und Hofrat Dr. von Bardas, beide aus Wien, für die Österreichische Luftverkehrs-A.-G.; Direktor Hans Sachsenberg aus Dessau und Graf Jankovich, Budapest, für die Aero Expreß R. T. Ungarn; Exz. Geheimrat Dr. v. Miller, München, und Reichstagsabgeordneter Dr. Kuhlenkampf, Berlin, für den Aerolloyd Berlin; Prof. Dr. Junkers, Dessau, und Direktor Gotthard Sachsenberg, Berlin, für die Junkers-Werke, Abt. Luftverkehr.

An die Wahl des Verwaltungsrates schloß sich unmittelbar die erste Verwaltungsratssitzung, bei der Herr Prof. Junkers den Vorschlag unterbreitete, zum ersten Vorsitzenden den Schöpfer des Deutschen Museums, Geheimrat Dr. von Miller, zu wählen. Exzellenz Oskar von Miller nahm die Wahl an und gab seiner Freude Ausdruck, nun an seinem Lebensabend auch noch der größten Idee unserer Zeit und der nächsten Zukunft, soweit der Verkehr in Betracht kommt, dienen zu können.

Prof. Dr. Hugo Junkers konnte die für den internationalen Luftverkehr bedeutsame Gründungstagung der Trans-Europa-Union mit dem hoffnungsfreudigen Bekenntnis schließen: „Wir wollen zeigen, daß wir nicht zu denen gehören, die die Köpfe hängen lassen. Ich hoffe, daß der heutige Tag ein Markstein zu einer besseren Zukunft sein wird."

*

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Das Regengebiet der nördlichen Depression, welches gestern über Pfalz und Nordbayern angelangt war, ist dort stationär geworden. Gestern nachmittag hat es vorübergehend auch auf Südbayern übergegriffen, doch fanden die Niederschläge noch im Laufe der Nacht ihr Ende unter dem Einfluß eines starken Druckföhns. Die Überflutung des Kontinents mit warmen ozeanischen Winden wird auch morgen noch anhalten. Die Bewölkung wird raschen Wechseln unterworfen sein. Die Niederschläge in Pfalz und Nordbayern werden morgen ihr Ende finden.

Wettervorhersage für Freitag, den 26. Okt.: Pfalz und Nordbayern zunächst noch weitere Niederschläge, für Nordbayern Hochwassergefahr. Südbayern Verschlechterung durch Föhn aufgewogen.

*

Der „Brotpreisschlüssel". Die Preisprüfungsstelle München versendet an die Presse eine lang geratene Mitteilung, die sich bemüht, die Einführung einer Schlüsselzahl für die Brotpreisberechnung und die daraus resultierenden hohen Brotpreise zu rechtfertigen. Eine Veröffentlichung dieses arithmetischen Kunststückes wäre zwecklos, da mit ihm der Verbraucherschaft in nichts gedient ist. Die Tatsache bleibt nach wie vor bestehen und tritt immer unverhüllter in Erscheinung, daß die jetzt sogar für das notwendigste Nahrungsmittel üblich gewordene Goldmarkberechnung mit den Einkommensverhältnissen der städtischen Verbraucherschaft im schroffsten Widerspruch steht. Daran ändert auch die kunstvoll aufgemachte Rechnungsaufstellung einer sog. Preisprüfungsstelle nichts.

Die Erwerbslosenunterstützung wird rückwirkend ab 15. Oktober wie folgt erhöht: Männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 1 200 000 000 M., b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 1 200 000 000 Mark, c) unter 21 Jahren 720 000 000 M. Weibliche Personen: 960 000 000 bzw. 960 000 000 bzw. 560 000 000 M. Familienzuschläge für: a) den Ehegatten 440 000 000 Mark, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 360 000 000 M. Die in der vergangenen Woche ausbezahlten Vorschüsse in der Höhe einer Wochenunterstützung werden bei der Nachzahlung auf die ab 15. Oktober gültigen Sätze angerechnet. Ab Freitag, 26. Oktober, erfolgt neuerliche Anweisung auf Vorschußzahlung in der Höhe des letzten Wochenunterstützungsbetrages.

Das Trinkgeldunwesen. Man schreibt uns: Dem öfteren Besucher des Kaffeehauses Arkadia fiel merklich auf, daß das bisherige Prozentsystem gewissermaßen über Nacht abgeschafft worden ist. Die angestellten Kassierinnen bekundeten, daß sie ein Verbot von seiten des Arbeitgebers streng befolgen müßten, keinerlei Prozente mehr für die Bedienung zu berechnen. Auf Grund von Erkundigungen konnte dann festgestellt werden, daß wegen Einführung der Betriebssteuer man wieder zum Trinkgeldbettel überging, um auf diese Weise diese Steuer zu sparen. Bekanntlich fallen die Trinkgeldempfänger nicht unter die Lohnsteuerabgabe gemäß § 46 des E.St.G., aber die Prozentempfänger. Es ist tief bedauerlich und zeigt von wenig vaterländischem Geist, aber von einer großen sozialen Rückständigkeit, sich auf diese Weise vom Steuerzahlen zu drücken.

Jüdische Wohltätigkeit. Es ist auffallend, welchen Wohltätigkeitssinn jetzt auf einmal die Hebräer entwickeln. In Berlin veranstalten die Börsenbanditen eine „Sammlung für die Minderbemittelten", in München haben die Judenbanken beschlossen, dem städt. Wohlfahrtsamt einen Billionenbetrag in Goldanleihe zur Verfügung zu stellen. Die Juden glauben wohl, die Volksstimmung, die sich mit Recht gegen sie aktiv zu kehren beginnt, damit besänftigen zu können. Jahrelang haben sie das deutsche Volk begaunert und ausgeplündert. Aus dem in Sicherheit gebrachten Raub werden nun Almosen hingeworfen. Darauf fällt aber niemand mehr herein, höchstens noch der marxistische Münchner Stadtrat, der es nicht versäumen wird, für die Judenspende seinen ehrerbietigsten Dank auszusprechen. — Bei dieser Gelegenheit sei übrigens im Hinblick auf die jetzt schwebenden Ausweisungen von Juden bemerkt, daß es mit einer Ausweisung allein nicht getan ist. Diese geborenen Nomaden empfinden ein solche nicht besonders hart, solange sie im Besitze ihres zusammengerafften Geldes ihren „Betrieb" einfach wo andershin verlegen. Was nottut, ist eine gründliche Vermögenskonfiskation.

Wenn Hebräer aus der Schule schwätzen. Ein Pg. schreibt uns: Am 8. Oktober saß ich im Wartesaal 1./2. Klasse auf dem Bahnhof in Fulda. Am Nachbartisch befand sich der Schuhwarenhändler Salomon Tannenbaum aus Hünfeld mit zwei weiteren Hünfelder Bürgern. Im Verlauf des geführten politischen Gesprächs der drei Hünfelder äußerte sich Tannenbaum, er wolle einen praktischen Vorschlag zur politischen Lage machen, der dahin gehe, aus Deutschland, Frankreich, England usw. eine Aktiengesellschaft zu machen. Diese Äußerung ist der beste Beweis für die Unverschämtheit und Unverfrorenheit der jüdischen Rasse und liefert erneut den Beweis dafür, wohin der Kurs führt.

Gebührenerhöhung bei der Gasanstalt. Die Gebühren für Aufstellung und Abnahme von Gasmessern und Gasverbrauchsapparaten wurden ab 18. Oktober erhöht. Es kostet nun das Aufstellen bzw. Abnehmen eines 3flammigen Gasmessers 580 Millionen, eines 5flammigen 680 Millionen, eines 10flammigen 780 Millionen, eines 2flammigen 97 Millionen Mark usw. Das Zustellen für jeden Kocher, jede Herdplatte und Brathaube sowie für ein oder mehrere Bügeleisen mit Zubehörapparaten nunmehr 288 750 000 Mark, das Abholen 236 250 000 M., Umtausch, Abholung und Anlieferung mit demselben Gang 393 750 000 Mark. Für eine Gaslampe einschließlich Anbringen bzw. Abnehmen wird in Anrechnung gebracht: Zustellen 393 750 000 M., Abholen 288 750 000 M., Umtausch, Abholung und Anlieferung mit demselben Gang 472 500 000 Mark. Für Umtausch, welcher in 2 getrennten Gängen erledigt werden muß, ist Abholungs- und Anlieferungsgebühr zu entrichten. Werden Bügeleisen oder Zubehörapparate bei demselben Benützer zugleich mit Herden oder Lumpen abgeholt, so wird keine eigene Abholungsgebühr verrechnet.

Die Gebühren in den städt. Bade- und Bedürfnisanstalten erhöhen sich ab Donnerstag, den 25. Oktober, um etwa das Dreifache.

Bei den Gebühren für bewegliche Vorrichtungen (d. s. Nasenschilder, Firmen- und Reklameschilder, Schaukästen, Transparents usw.) an Gebäuden und Einfriedungen wurde kürzlich vom Stadtrat die Anpassung an die Geldentwertung durch Berechnung der Grundgebühren mit der jeweils geltenden Personenverkehrs-Schlüsselzahl im Eisenbahnverkehr beschlossen. Im Interesse der Pflichtigen wird der Gebührenberechnung bis einschließlich 27. Oktober nur eine Personenverkehrsschlüsselzahl von 120 Millionen Mark gegenüber tatsächlich 600 Millionen Mark zugrundegelegt. Es empfiehlt sich, daß die Pflichtigen von dieser Vergünstigung Gebrauch machen und ihre Schuldigkeit im Laufe dieser Woche begleichen, weil ab 29. d. M. jeweils die am Zahltage gültige Personenverkehrs-Schlüsselzahl, die natürlich ein Vielfaches der jetzt der Berechnung dienenden ausmacht, zugrundegelegt wird.

Ausweisung reicher Jüdinnen. Man schreibt uns: Am 12. Okt. wurden mir vom Wohnungsnachweis die seit Juni d. J. (!) beschlagnahmten Räume, Adelheidstr. 32/I, bei dem Juden Grünewald zugewiesen. Ein zweimaliger Versuch bei dem Wohnungsinhaber, die Räume (2 Zimmer, Kammer, Küche) zu besichtigen, mißlang, weil sich die Inhaber weigerten. Selbst der Wohnungskontrolleur konnte uns keinen Zutritt verschaffen. Seit 16. d. M. habe ich Zwangsmietvertrag beantragt, kann aber keinen Bescheid erhalten; vielmehr verweist mich der Wohnungsnachweis an die Rechtsstelle (Jakobsplatz), diese wieder an das Referat VII im Rathaus. Nirgends bekomme ich Auskunft, infolgedessen kein Recht, eine rechtskräftig beschlagnahmte Wohnung zu beziehen. Seit 7. Juli sind wir: Mann, Frau und ein 13jähriger Junge, in einem Zimmer eingepfercht, das uns eine Dame aus Liebenswürdigkeit und Mitleid überlassen hat, da sie selbst nur noch ein Zimmer hat, keine Küche, keine Nebenräume. Meine Frau ist außerstande, ihren Beruf auszuüben (Gesangstunden), muß hinter einem Verschlag kochen, im Klosett waschen und abspülen. Bemerkenswert ist, daß in der Wohnung Adelheidstr. 4 Jüdinnen mit 9 Zimmern, 3 Kammern, 2 Bädern usw. wohnen, welche nach Aussage der Hausmitbewohner von Devisenspekulation leben. Der Vater der Jüdinnen, Getreidejude Grünerwald, ist seit Februar 1922 gestorben. Angeblich brauchen die Jüdinnen einige Räume für Geschäftszwecke, was aber nicht wahr ist. Das Wohnungsamt spielt wieder einmal eine klägliche Rolle. Dr. Zeiß weiß auf meine Vorstellungen nichts anderes zu antworten, als daß dieser Fall bekannt sei, und die Damen um „Handelserlaubnis" nachsuchten (!!). Gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit, eine Familie in 1 Zimmer zu pferchen, wobei die Frau ihren Erwerb einbüßen muß, während 4 Hebräerinnen 12 Räume mit Übermut und Arroganz behaupten, rufen wir in unserer Not die Hilfe der Öffentlichkeit an!

Ich bin Bayer, habe den Krieg mitgemacht, dabei Gesundheit und Stellung eingebüßt und kämpfe mit meiner Frau rechtschaffen und ehrlich für die Familie. Der Stadtrat hat uns ohnehin bloß 2 Zimmer und Kammer und Küche zugewiesen, obwohl meine Frau ein Unterrichtszimmer braucht, und nun verhilft uns das Wohnungsamt nicht einmal zu diesem bescheidenen Rechte!"

Soweit die Zuschrift. Dieser Fall erscheint uns als besonders kraß, und die Öffentlichkeit kann verlangen, daß mit einem bayerischen Landsmann nicht derart zugunsten devisenspekulierender Jüdinnen umgesprungen wird. Das Wohnungsamt tue also diesfalls seine Pflicht!

Vom neudeutschen Bürokratismus. Ein Leser schreibt uns: „Die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Starnberg schickte mir eine Gebührenrechnung über 338 000 M. Das Porto für die Mitteilung betrug 800 000 M. Ein Zeichen, wie heute in unserem Freistaat von den Behörden gearbeitet wird. Es ist doch ein Skandal, daß wegen 338 000 M. schon allein 800 000 Mark Porto hinausgeworfen wurde, ohne Berücksichtigung der durch das Buchen dieser Summe verursachten Arbeitsleistung eines Beamten, ferner das Porto für die Zusendung dieser Summe, die notwendigen Formulare, die ja teurer sind, wie die ganze zu zahlende Summe. Dabei kam ausgerechnet die Karte, die am 9. Oktober aufgegeben wurde, am 10. Oktober an, also am Tage der neuen Portoerhöhung mit der geringsten Gebühr von fünf Millionen Mark für einen gewöhnlichen Brief."

Galizisches Judendeutsch. In Tuttlingen hat sich ein „Internationaler Schriften- und Kunstverlag" aufgetan, der das Land mit Zirkularen eines Inhalts überschwemmt, den wir unseren Lesern zur Erheiterung im Wortlaut wiedergeben:

„Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, Sie auf eine neue Publikation aufmerksam zu machen, durch welche sie ihren Zweck der Bekanntmachung des In- und Ausland und Übersee voll und ganz entsprechen dürfte.

Die Propaganda

erscheint in einer Auflage von 20 Millionen Exemplaren in deutscher Sprache und wird in alle anderen Sprachen des Continents übersetzt und soll den Zweck haben, auf Grund von Patente, dieselben in allen Staaten der Erde auszubeuten.

An dieser Gründung sind viele besser situierte Personen interessiert, die sich mit wenig Kapital als Aktionär beteiligen können, weil durch die Fabrikation im Kalkulationsplan ein hoher Gewinn nachgewiesen ist.

Bereits jede Arbeiter-Familie ec. hat Interesse, daß möglichst an Ihrem Ort eine Hausindustrie eingeführt wird, mit der gleichzeitig die Gründung einer Wohlfahrts-Vereinigung verbunden ist.

Auf diese Weise verschafft sich diese Schrift den Eingang in alle Volksschichten und der Unternehmer, im eigenen großen Interesse die Leitung des Vertriebs- im In- und Ausland und Übersee selbst übernimmt, deshalb ein gesicherter Erfolg bei **Anbahnung von Geschäftsverbindungen, Warenbezug, Warenabsatz und Stellen-Gesuche** z. B. für Vertreter, Reisende, Bürobeamte, Handwerker, Landwirte, Dienstboten u. s. w.

Der Preis der Schrift ist so gering, daß selbst der weniger Bemittelte dieselbe kaufen kann.

Ein beigelegter Wandkalender erhöht den Absatz bedeutend, indem schon der Kalender den Wert besitzt, was die Schrift im Verkauf kostet.

Durch die Massenauflage ist es möglich, die Insertions-Gebühren weit unter den üblichen Tarif zu setzen. Dadurch ist jedermann in die Lage versetzt, die geringe Ausgabe für eine größere Anzeige zu leisten.

Eine weitere Gelegenheit bietet sich zur Bekanntmachung Ihrer Interessen, daß in wenigen Wochen eine Zeitschrift erscheint in 6 Lieferungen und ist ebenfalls eine Auflage von 16—20 Millionen vorgesehen.

Das erste Heft wird gleichzeitig mit der Propaganda-Schrift in deutscher wie in fremder Sprache des In- und Auslandes und Uebersee in den Verkehr gebracht.

Der Titel der Zeitschrift wirkt verblüffend auf das Publikum und der Inhalt aufklärend über das Sein oder Nichtsein um Wahrheit, Freiheit und Recht. Eine Anzahl von Inseraten sind für die Propaganda-Schrift und Zeitschrift vorgemerkt.

Beeilen Sie sich von meinem Angebot Gebrauch zu machen, denn von keiner anderen Seite wird Ihnen eine solche günstige Gelegenheit nie wieder geboten, wo Sie viele Millionen Insertions-Gebühren ersparen und Ihre Interessen mit dem besten Erfolg erfüllt werden."

Ein Münchener Empfänger dieses Zirkulars gab darauf die richtige Antwort, nämlich: „Ich erhielt Ihr Rundschreiben und teile Ihnen mit, daß Sie jedenfalls keinen Erfolg haben werden, denn das Deutsch, das Sie in Ihrem Rundschreiben verbrechen, stinktförmlich nach galizischem Knoblauch und schmierigem Kaftan".

Ein Judenblatt verboten. Die „Münchener Allgemeine Zeitung" und mit ihr die „Münchener Sonntag-Zeitung" wurden bis auf weiteres verboten. — Lange genug hat's gedauert.

Die verjudete Heilsarmee. Seit einiger Zeit treibt auch in München die Heilsarmee ihren Unfug und läßt sogar gruppenweise ihre bedauernswerten Mitläufer durch die Stadt marschieren. Daß es sich bei ihr um eine Judenschutztruppe erster Ordnung handelt, beweist ihre Wochenschrift, die in der Nummer vom 6. Oktober einen Aufsatz „Verachtet die Juden nicht!" bringt. Zum Schlusse heißt es: „Meine lieben Leser, wollt ihr nicht freundlich sein gegen die Juden? Sie werden niemals Christus und sein Heil erkennen, wenn ihr es ihnen nicht durch euer Leben zeigt."

Da wären wir also wieder angelangt bei der berühmten „christlichen Nächstenliebe", mit der bekanntlich auch die berüchtigte Bayer. Volkspartei ihre Judenfreundschaft bemäntelt. Wir haben daran schon genug und verzichten voll und ganz auf das Gesalber der Heilsarmee. Sie soll hingeh'n, wo sie hergekommen ist.

Zugsverkehr. Auf der Privatlokalbahn Schaftlach—Gmund—Tegernsee fallen ab Montag, den 22. Oktober, folgende Personenzüge aus: Züge 2/1 täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Züge 6/7 täglich mit Ausnahme der Vorabende von Sonn- und Feiertagen, Züge 25/22 an Sonn- und Feiertagen. Die an Sonn- und Feiertagen zwischen München und Bad Tölz verkehrenden Sportzüge 1295 und 1292 haben keinen Anschluß mehr nach und von Tegernsee.

Modell des Doppelschraubendampfers „München". In der Kuppelhalle der Schiffelpassage ist zur Zeit ein großes, vorzüglich gearbeitetes Modell des Doppelschraubendampfers „München" ausgestellt. Der Dampfer ist für den Norddeutschen Lloyd in Bremen in den Jahren 1922/23 auf der Stettiner Vulkanwerft erbaut worden. Seine Länge beträgt 160 Meter, seine Breite 19 Meter, der Tiefgang 8 Meter. Das Schiff fährt 15 Knoten in der Stunde; es hat eine Raumverdrängung von 20 000 Tonnen und vermag 37 000 Kubikmeter Ladung aufzunehmen. Es ist zu erwarten, daß die Münchener Bevölkerung, die schon immer großes Interesse für die deutsche Seefahrt gezeigt hat, sich auch jetzt die Zeit nehmen wird, das Schiff anzusehen, welches den Namen unserer Stadt trägt. Der Norddeutsche Lloyd hat hier drei Vertretungen: in der Briennerstraße 8, Residenzstr. 3 und Ledererstr. 25. Alle Deutschen, die eine Seereise zu machen beabsichtigen, sollten sich für verpflichtet halten, wenn irgend möglich, nur deutsche Schiffe zu benutzen, um unsere Seefahrt, die schwer zu kämpfen hat, zu unterstützen.

Aus dem protestantischen Pfarrerverein. Bei der Mitgliederversammlung berichtete der Vorsitzende, daß die Gehaltsauszahlungen durch die Bemühungen des Landeskirchenrates künftig schneller als bisher erledigt werden können. Der Austritt aus dem Beamtenbund mußte endgültig für 1. Januar 1924 vollzogen werden. An Stelle der Beamtenkrankenzuschußkasse tritt eine vom Pfarrerverein eingerichtete Krankenhilfskasse, welche bei der Geringfügigkeit ihrer Verwaltungskosten bis zu 60 Prozent der erwachsenen Krankheitskosten rückerstatten wird. Die Kassenbeiträge werden von der Administration in Nürnberg durch monatliche Gehaltsabzüge vereinnahmt und an den Rechner der Kasse hinausgegeben. Der Pfarrerverein fand für die Förderung seines neuen Hilfswerkes dankenswerteste Unterstützung durch den Landeskirchenrat. Für die erwerbsunfähigen, notleidenden Pfarrerstöchter wird sofort ein Hilfswerk unternommen, für welches die Administration ebenfalls die nötigen Gehaltsabzüge besorgt. Wegen Abschluß einer Mobiliarfeuerversicherung sind Verhandlungen mit der bayer. Versicherungskammer im Gange. Am Reformationsfest wird zur teilweisen Erleichterung der großen Not der ev. Landeskinder eine Notopfer-Sammlung durchgeführt.

Verhaftete Betriebsräte. Im Zusammenhang mit einer angeblichen Aktion eines Neuner-Ausschusses wurden der Vorsitzende der Zentrale der Betriebsräte, Xaver Freiberger, und das Mitglied des Neuner-Ausschusses Schlosser Holzapfel verhaftet. Während Holzapfel in Haft blieb, wurde Freiberger nach Einvernahme wieder freigelassen.

Kleine Chronik. Bei einem Speichereinbruch in der Isartalstraße wurde eine schwarzlackierte Handbohrmaschine mit vernickeltem Zahnrad u. a., Wert 70 Milliarden, gestohlen. — Aus einer Villa in Großhadern wurden 5 Zentner Zement, 100 Schwammsteine, 45 Meter Kupferdraht, 3 Stangen Bleirohre u. a., Wert 40 Milliarden, gestohlen. — Gelegentlich einer Haussuchung bei einem in Haft befindlichen Ausgeher fand man 14 neue Konfektionsherrenhosen und 1 Anzug, die sicher gestohlen sind. Mitteilung Polizeidirektion, Zimmer 237. — In einem Fahrradgeschäft schwindelte ein Unbekannter ein Mars-Motorrad II Z. 1442, Gestell Nummer 1533, heraus. — Von einem Auto weg wurde am Kapuzinerplatz ein Autowerkzeugkasten, eingraviert „Tiedemann", enthaltend eine amerikanische Blitzzange, einen vernickelten Schraubenzieher, 6 Revisionsschraubenzieher, einen mechanischen Wagenheber u. a. gestohlen; Wert 153 Milliarden. — In der Khidlerstraße wurde am Dienstag abend der ehemalige Gastwirt Lorenz Engel tödlich vom Schlag getroffen. — Im Ostbahnhof wurde am Mittwoch nachts der 41 Jahre alte Oberlokomotivführer Paul Scheibelhuber von einer Lokomotive erfaßt und getötet.

Münchener Pfadfinder. Ein buntes Leben entfaltete am vergangenen Sonntagnachmittag in Dachau eine Münchener Pfadfindergruppe vor dem Schlosse. Mit flatternden Wimpeln und frischem Sang zog diese Schar durch den Markt. Am Schloßberg angelangt, gaben sie eine Reihe alter Volkslieder zum besten. Wie ein Gruß aus alten Zeiten klangen diese Weisen an das Ohr der nicht in geringer Zahl erschienenen Zuhörer. Neben einigen Violin- und Gitarrevorträgen erweckte besonderes Interesse ein Schwank „Der Roßdieb von Fünsing" unseres alten Volksdichters Hans Sachs. Mit hübscher Darstellung gelang es den Spielern, allgemeine Heiterkeit zu erwecken. So gab dieser Nachmittag durch das frische, fröhliche Auftreten dieser jungen Leute manchen wieder den Glauben an unsere deutsche Jugend, die, trotz unserer wirtschaftlichen Notlage, noch den Mut aufbringt, frohen Herzens der Zukunft unseres bedrängten Vaterlandes entgegenzustreben.

Mannschaftskampf im Geräteturnen. Gewaltig waren die Eindrücke, die das Deutsche Turnfest hinterlassen. Durch den steten Wechsel der Ereignisse war aber ein ruhiges Genießen nicht immer möglich, so besonders bei den Wettturnern. Wie mancher Besucher kam mit dem Wunsch, einen der Besten bei der Arbeit verfolgen zu können. Wer in dieser Hinsicht sich einen stillen Genuß gönnen will, der halte sich den 3. November für den Männerturnverein München von 1879, Häberlstr. 11, frei, an welchem Tage ein Abend von besten bayerischen Turnern bestritten wird. Mit T.-V. Nürnberg von 1846 und Tgd. Würzburg von 1848 führt der M.-T.-V. v. 1879 einen Mannschaftskampf durch, der größtes Interesse für sich beanspruchen darf; drei sehr starke Mannschaften treten in Wettbewerb. Der Kartenvorverkauf beginnt am Donnerstag, 25. Okt. Vorverkaufsstellen: Sekretariat, Häberlstr. 11; Karl Völkel, Zigarrengeschäft am Promenadeplatz; Sporthaus Metzeler, Neuhauserstr. Der Eintritt ist auf 5 Goldpfennige festgesetzt; er beträgt bis Samstag, 27. Okt., noch 300 Millionen.

Frontkriegerbund, e. V., München. 27. Okt. 1923, abds. 8 Uhr: im Löwenbräukeller Vorabend Eisenbahner und Minenwerferfeier. — 28. Okt. 1923, früh 7½ Uhr: Treffpunkt im „Goldenen Lamm" zum Abmarsch mit Fahne zur Türkenkaserne (Eisenbahner und Minenwerfer). — 30. Okt. 1923: Herrenabend (Abschiedsabend) im „Goldenen Lamm"; abends 8 Uhr mit Konzert. — Voranzeige: 4. Nov. 1923: Totengedenkfeier und Grundsteinlegung, Armeemuseum. — 7. Nov., abends ½8 Uhr: Damenabend mit Konzert, Königmünzenverleihung und Verleihung einer goldenen Tapferkeitsmedaille an Kameraden Blond im neuen Heim, Zunfthaus Bürgersängerzunft, Schwanthalerstraße 35, Gartenbau. — Fahnenweihe der Bezirksgruppe Neuhausen: Tag noch nicht festgelegt.

*

Bestattungen

am 26. Oktober.

Ostfriedhof: Fanny Rhein, Schneidermeistersgattin, 42 J., 2½ Uhr; Otto Schötz, Kaufmann, 18 J., 4 Uhr; Marg. Greve, Rektorstochter, 50 J., Feuerbestattung.
Nordfriedhof (Schwabing): Berta Wenban, Kunstmalerswitwe, 75 J. 8 Mon., 2½ Uhr; Maria Sick, Försterswitwe, 83 J., 2¼ Uhr; Marjory Jaffe, Buchhändlersgattin, 26 J., 3 Uhr.
Westfriedhof (Moosach): Sophie Schäftlmeier, Näherin, 19¾ J., 3 Uhr; Max Krehle, Obersekretär, 55 J., 3½ Uhr; Emma Sperling, Zuschneidersgattin, 26½ J., 2½ Uhr; Hans Datzmann, Bankbeamtenskind, 8 Tage, 2¼ Uhr.
Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Kath. Deschauer, Privatierswitwe, 70 J., 4 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal

„Die Schlacht in Neuhausen"

Vor dem Schöffengericht in der Au hatten sich am Donnerstag eine Reihe von jungen Leuten, darunter die Hälfte Nationalsozialisten, die anderen Marxisten, nämlich der Tapezierer Franz Weinzierl, der Schreiner Fritz Rudell, der Schreiner Albert Schneider, der Arbeiter Heinrich Schneider, der Schneider Johann Winkler, der Schlosser Anton Eberle, der Werkhelfer Martin Steer, der Hilfsarbeiter Johann Etterer, der Schlosser Thomas Eschbaumer, der Schreiner August Gillitzer, der Kaufmann Johann Bucher, der Verlagsangestellte Werner Liebermann, der Gürtner Max Steter, der Buchdrucker Lorenz Bertl wegen einfacher und gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, verbotenen Waffentragens u. a. m. zu verantworten.

Der Anklage liegen die bekannten Vorgänge zugrunde, die sich am 25. und 26. April in Neuhausen abgespielt haben, und bei denen es durch die herausfordernde Haltung einiger marxistischer Bürschchen — sie regten sich künstlich über das Tragen des Hakenkreuzes auf — zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien gekommen ist. Der Anklageschrift zufolge bestand in Neuhausen schon seit längerer Zeit eine Spannung zwischen Nationalsozialisten und Marxisten. Am Abend des 25. April wurde der Nationalsozialist Bosch von Etterer in herausfordernder Weise wegen seines Hakenkreuzes angesprochen. Es entwickelte sich eine Auseinandersetzung zwischen beiden und ihren zu Hilfe eilenden Freunden, wobei die Marxisten unterlagen. Die Gruppe Weinzierl ging nun mit Zaunlatten neuerlich gegen die Nationalsozialisten vor, W. schlug dabei grundlos auf Rudell ein. Die Nationalsozialisten waren in Verteidigung, Revolver besaßen sie nach der sofortigen polizeilichen Untersuchung nicht.

Die Gruppe Weinzierl, beschloß, sich für die Niederlage zu rächen. Sie bewaffnete sich am folgenden Tage in der Wirtschaft „Zur Deutschen Eiche" an der Blutenburgstraße mit Prügeln — zugerichteten Stuhlfüßen — und drohte den Nationalsozialisten Rudell und Schöner, die in die Wirtschaft „Prinz Alfons" zu einer Hundertschaftsversammlung gingen, Schläge für den Abend an. Führer Rauscher ordnete deshalb geschlossenen Heimmarsch der Hundertschaft an. Rudell und die Brüder Schneider gingen durch die Hindenburganlagen heim, wurden hier von Freunden Weinzierls aufgehalten, der in umliegenden Wirtschaften mit seinen Genossen Verstärkungen holte, und tätlich angegriffen. Auf Pfiffe flohen die Gegner, während das Gros der Hundertschaft den Nationalsozialisten zu Hilfe kam. Die Marxisten wurden bis zur Schlörstraße verfolgt, wo sich ihre Spur verlor. Drei sich bedroht glaubende Passanten flüchteten in die Wirtschaft „Zur Volkshalle", wo eine Gruppe der marxistischen Arbeiterjugend versammelt war. Die für die geflüchteten Gegner gehaltenen Leute beschloß die Hundertschaft herauszuholen und der Polizei zu übergeben.

Die Nationalsozialisten Rudell, die beiden Schneider und Winkler sollen versucht haben, mit Gewalt in die Wirtschaft einzudringen, und Drohungen ausgestoßen haben.

Zu weiteren Vorfällen kam es nicht mehr, da inzwischen Schutzleute eingriffen. Es sammelte sich aber vor der Wirtschaft eine größere Menge an, die eine drohende Haltung gegen die Nationalsozialisten einnahm. Die Kunde davon drang auch in die Wirtschaft „Baugenossenschaft" an der Donnersbergerstraße, wo die Sektion „Wimbachtal" der „Naturfreunde" Gesellschaftsabend hielt. Eine Anzahl dieser Marxisten begab sich, mit Stöcken bewaffnet, zur „Volkshalle", Steber und Eberle forderten dort zum Vorgehen gegen die Nationalsozialisten auf, sollen auch aus Revolvern oder Pistolen geschossen haben, wenigstens trug Steber eine Armeepistole und außerdem ein Stilett.

Die Nationalsozialisten zogen sich durch die Schulstraße zurück, wobei u. a. Rudelt verwundet wurde. Der nachdringende Eberle wurde ebenfalls verwundet. Keinem der Nationalsozialisten konnte indes der Besitz einer Schußwaffe nachgewiesen werden. Am gleichen Abend hatte Steber dem Nationalsozialisten Kaufmann Hermann Hüller mit Gewalt sein Hakenkreuzabzeichen entrissen; Hüller wurde von Etterer dabei mit einem Gummischlauch mißhandelt.

*

An unsere Verlags-Bezieher!

Um keine Unterbrechung im Bezuge der Zeitung zu erleiden, ersuchen wir unsere Verlags-Bezieher heute schon, bei der nächsten Postanstalt zu bestellen, da Einweisungen vom Verlag nicht mehr erfolgen können.

„Völkischer Beobachter" · Bezieher-Abteilung

Opfer des Wahnsinns

14 **von J. A. Rodionoff.**

Es waren zum größten Teil noch ganz grüne Schuljungens, die unter unglaublichen Strapazen sich vor den Lynchgerichten des wütenden, wahnsinnigen Pöbels aus allen Ecken des riesengroßen, kopflosen, dem Tode geweihten Rußlands hierher geflüchtet hatten.

Hier waren Jünglinge aus Petersburg und Moskau, aus Tambow und Orel, Nischni-Nowgorod und Kasan, aus Tschernigow und Poltawa und sehr viele vom Don.

Viele ihrer unglücklichen Altersgenossen waren schon unterwegs durch den losgelassenen roten Teufel qualvoll hingemordet.

Wer waren sie denn, und wessen waren sie schuldig?

Zu ihrem Unglück stammten diese armen, gemarterten Kinder aus den zahllosen Familien, welche die „humanen" Sozialisten im Namen ihrer sozialistischen Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" erbarmungslos bis aufs letzte Glied auszurotten gewillt waren.

Darin bestand ihre ganze Schuld. Selbst der strengste Richter würde keinen anderen Fehler an ihnen entdecken können.

Die durch schamlose Lügen ans Steuer gelangten Sozialisten hatten diese Familien in eine fürchterliche, trostlose Lage gebracht.

Jeder einzige der müßig herumlungernden Proletarier konnte auf die einzelnen Glieder dieser Familien, die hilflosen Greise und die vollständig unschuldigen Kinder nicht ausgenommen, Jagd machen wie auf wilde Tiere.

Diese zweibeinigen Geschöpfe mit dem Instinkt blutgieriger Bestien, diese desertierten Soldaten, rohen Matrosen, arbeitsscheuen Arbeiter, betrunkenen Bauern, aus Verbannung und Gefängnissen befreiten Verbrecher, Übeltäter, Verräter, Spione und Heimatschänder — all dieser menschliche Unrat — erklärten sämtliche gebildeten, fleißigen, selbständigen Leute für Vampire, die dem Volke das Blut aussaugten, jagten sie in die Gefängnisse, verhöhnten sie, quälten sie durch Hunger und Kälte, folterten, prügelten, bestahlen sie. Und niemand war da, der für sie eintrat. Die Welt war befriedigt und schwieg.

Die rote sozialistische Regierung im Zeichen des blutigen fünfzackigen Sternes, diese Uljanows, Bronsteins, Apfelbaums, Zederbaums, Nachamkes, Joffees, Liberows, Dans und Sobelsons ... all diese patentierten Erbauer des „sozialistischen Paradieses" auf russischem Boden ... doch genug von diesem unreinen Geschmeiß (man kann sie doch nicht alle aufzählen) — diese himmelschreiend-grausame, fanatisch-rachsüchtige und auf russische Reichtümer und russisches Blut erpichte Regierung, die sich, aller Religion spottend, schamlos hinter den verlogenerweise immer als Ideale ausgegebenen sozialistischen Losungen versteckt, verrichtet nun schon seit mehreren Jahren ihre teuflische Arbeit, macht sich über das Russengeschlecht lustig, plündert es aus und richtet es zugrunde.

Über einem Sechstel des Festlandes unserer Erde, das vor noch nicht langer Zeit das große Russische Kaiserreich hieß, ist schon seit Jahren die Sonne verdunkelt.

Dort klingen keine Glocken, dort sind die Kirchen verpestet, die Heiligtümer verunreinigt, die Gottesdiener gekreuzigt und erschlagen.

Dort haben fremdblütige Vagabunden die Volksseele bespuckt, und da sie Macht, Recht und Reichtümer an sich gerissen haben, vergießen sie dort stündlich unschuldiges Blut, treten alles in Staub und Schmutz.

Dort hat es keinen Zweck, daß russische Leute für nichts und wieder nichts arbeiten, dort hat es keinen Sinn zu säen, zu mähen und das Korn auszudreschen, wenn die gierigen, blutbefleckten Hände der Müßiggänger und Taugenichtse es doch vor den Mündern von Millionen verhungernder Kinder wegreißen. Dort lohnt es sich nicht, zu spinnen und zu weben, der rote Peiniger reißt doch die letzten Lumpen von denen, die sich, halb nackt und barfüßig, mühen.

Dort ist Kunst und Wissenschaft erloschen, das Handwerk verschwunden.

Bei der trostlosen Existenz, da man zitternd jeden Augenblick auf gewaltsamen Tod gefaßt sein muß, haben alle die Hände sinken lassen. Dort ist nur ein allgemeiner unstillbarer Schrei nach „Brot", aber statt dessen verabreichen die roten Machthaber bleiernen Kugelregen aus Flinten und Maschinengewehren und Folterqualen in Gefängnissen und Tschreswitschaiken[1].

Dort gibt es nichts als rote Lappen und lügenhafte gotteslästerliche Reden, rote Feuersbrünste und stickigen Rauch, krachende Kanonen, ratternde Maschinengewehre, knatternde Flinten und eklige Flüche der triumphierenden Gotteslästerer und Charlatane, dort weinen die hungrigen, vor Entsetzen wahnsinnig gewordenen Kinder, verwünschen die Brüste, die sie nährten und den Mutterschoß, der sie gebar, dort stöhnen die vergewaltigten Frauen, dort fluchen die Männer, dort ist Heulen und Jammern und sind Berge, unzählige Berge von Leichen ... Dort ist Zähneknirschen und erbarmungsloser Kampf ums Leben, dort würgt man das Leben.

Der purpurrote blutlüsterne Teufel, von gestohlenen Speisen und Getränken aufgequollen und fett geworden, mit kostbarer Kleidung von den Schultern der zu Tode gequälten russischen Menschen geputzt, mit Gold, Brillanten, Saphiren und Rubinen von erkalteten Leichen der Märtyrer behängt, feiert dort öffentlich, in aller Unverschämtheit, alles verspottend und herausfordernd täglich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang vor der ganzen Welt seinen ekelhaften Schabbes, hinterläßt entsetzliche Spuren seiner blutbefleckten Hufe, brüstet sich mit seinen Scheußlichkeiten und taucht den Kopf tief in den ununterbrochen fließenden Strom von heißem, russischem Blut.

Die Ausgelassenheit bei dem wilden Gelage dieser Räuber, Diebe und Henker kennt keine Schranken und Grenzen.

Und diese ganze, maßlos raffinierte Frechheit, dieser blutige Alpdruck, diese fürchterlichste Hölle, in der sämtliche Gesetze niedergetreten, in der Fleiß und Leben keinen Platz haben, existiert unter dem roten Aushängeschild „Russische föderative sozialistische Räte-Republik!"

Und diese beispiellose, seit Urzeiten noch nie dagewesene langwierige Verhöhnung des großmächtigen russischen Volkes vollzieht sich vor den Augen der ganzen Welt.

Und die Völker der Erde — stumm bleibende Zeugen, geheime und öffentliche Mitbeteiligte an den in solcher Abscheulichkeit und Unmenschlichkeit noch nie dagewesenen Missetaten, stecken sich, wie in eine richterliche Toga, hinter die heuchlerische Erklärung: „In Rußland herrscht Bürgerkrieg. In die häuslichen Angelegenheiten des Nachbars hat kein Außenstehender das Recht, sich einzumischen."

Aber von der Toga fließt in Strömen unschuldiges rotes Blut, sie ist gänzlich durchlöchert und läßt das schwarze Gewissen ihrer Besitzer hindurchscheinen. Doch was kümmert sie das?!

Dabei sind sie keine Dummköpfe, sie wissen, daß, wenn eine Räuberbande des Nachbarn Haus überfällt, man dem Unglücklichen zu Hilfe eilen muß, sonst kann es einem selbst übel ergehen. Aber hier ist für sie, die Kurzsichtigen, Satten, Abgestumpften und Habsüchtigen, die die göttlichen und menschlichen Gesetze vergessen haben und nur blind den Einflüsterungen ihres eigenen unersättlichen Bauches und ihrer eigenen bodenlosen Tasche folgen, die Auflösung, die Todesqualen und die gänzliche Ausraubung eines Gliedes der großen Völkerfamilie nicht ohne Vorteil.

Da schläft ihr Gewissen, da tauchen sie ihre Hände in Blut, da nehmen sie selbst an der schwarzen Henkerarbeit teil, da stoßen sie selbst ganz zufällig an dem Messer, das dem unlängst noch so drohenden, jetzt aber ganz ungefährlichen und kaum mehr atmenden Riesen an der Kehle sitzt.

Einst war er mächtig und zu fürchten. Mehr als einmal hat er ihnen geholfen. Mehr als einmal sie gerettet. Er hätte sie dabei selbst zerdrücken können. Darum muß man ihm danken für seine Dienste, ihn totschlagen, seine Reichtümer wegschleppen, sonst steht er womöglich noch einmal auf und verlangt das Seine zurück.

Denn seht, aus den überfüllten Taschen der Räuber und Gewalthaber sind ja doch auch für sie einige fette gestohlene Bissen abgefallen. Geld hat ja keinen Geruch. Das habt ihr ja selbst festgestellt.

Riecht nur an den gestohlenen Bissen, ihr Völker!

Strömen sie nicht am Ende doch einen Leichengeruch aus, riechen sie nicht doch nach den Tränen und dem Blut der Millionen zu Tode gequälter russischer Kinder und Erwachsenen?

Ihr seid nicht eklig ... Das habt ihr ja schon mehr als einmal bewiesen. Ist euer Geruchsinn abgestumpft? Euer Geschmack verdorben?

Ihr Stumpfsinnigen, ihr beklagenswerten Blinden, ihr werdet ihn bald wiedergewinnen.

Ihr ahnt nicht, welch fürchterlich maßlosen Preis, mit wieviel Elend und wieviel Leid ihr für eure verbrecherischen Unterlassungen, für eure geheime und öffentliche Teilnahme werdet bezahlen müssen.

Geschichtliche Vergeltung gibt es auf Erden sowohl wie im Himmel! Hört es, ihr blinden und tauben Völker! Es gibt sie! Sie kommt! Und das Gottesgericht findet statt zu seiner Zeit!

Ihr habt euch getäuscht. Entgegen all euren gemeinen, niedrigen, geschäftlichen Berechnungen wird der heute ohnmächtig darniederliegende Recke aufspringen. Euer Verbündeter aber — der von euch unterstützte rote Satan mit all seinen teuflischen Helfershelfern — wird mit Lärmen und Toben, mit Donnern und Krachen in die Unterwelt versinken.

Und es kommt der Zeitpunkt, wo der blutige Vorhang fällt — dann werden der schamlosen, verbrecherischen Menschheit die Augen aufgehen und sich ihr das raffgierige, übeltäterische Angesicht der heutigen Welt voll nie geahnter Häßlichkeit in seiner ganzen Blöße enthüllen — das entsetzliche, übelriechende Angesicht des apokalyptischen Tieres. Dann wird das Weltgewissen erwachen und seine ganze unwiderrufliche und unabstreitbare Abscheulichkeit und Grausamkeit, die ganze Schändlichkeit seiner Handlungen wie in einem unverhüllten, klaren Spiegel erkennen ...

Betrachtet euch und weidet euch an dem Anblick, ihr „aufgeklärten" und „humanen" Völker. Seht, das sind die Taten eurer raubgierigen Hände.

Ihr entsetzt euch, ihr wendet euch ab, ihr versucht euch zu rechtfertigen. Es gibt keine Rechtfertigung. Aber das wißt: Das in Strömen vergossene russische Blut wird bis auf den letzten Tropfen von den Schuldigen zurückgefordert werden. Es ist nicht Wasser.

Und windet sie sich auch in Krämpfen, windet sie sich noch so sehr, die gekränkte Mutter aller Völker — die Erde, euren eklen Verrat, euer Pharisäertum, eure Gemeinheit duldet sie nicht.

Und ihr werdet zittern und klagen, ihr Völker, wie selbst das viel leidende und alles erduldende russische Volk nicht gezittert und geklagt hat.

Doch vergeblich!

Erbarmungslos ist die Rache des gerechten und strengen überirdischen Richters.

Und wehe den Verbrechern!

XV.

Ununterbrochen gab es Gefechte und Vormärsche, nur selten von kurzen Erholungspausen unterbrochen.

Sie waren nur eine kleine Zahl Kämpfer, nicht mehr als 800. Ihnen gegenüber standen zahllose feindliche Banden, die gleichzeitig an mehreren Punkten auftauchten. Und überall mußten sie rechtzeitig eingreifen.

Die Tschernezowzer machten nur ab und zu äußerst flinke, kurze Fußmärsche, für gewöhnlich fuhren sie in mit Kanonen und Maschinengewehren bewaffneten Zügen.

Der Krieg wurde längst den Eisenbahnstrecken geführt.

Die Bolschewisten konnten sich nicht entschließen, sich weiter ins Land hineinzuwagen.

Gewehr- und Artilleriefeuer wechselte mit fürchterlichen Handgemengen ab.

Und die an Zahl viel schwächeren Abteilungen der stolzen, disziplinierten und von glühender Heimatsliebe erfüllten Jünglinge gingen jedesmal als Sieger aus dem ungleichen Kampfe hervor.

Tschernezow hatte einen ganz großartigen Nachrichtendienst eingerichtet.

Er war über die Konzentrationspunkte der roten Banden, ihre Gefechtsbereitschaft, ihre Anzahl und Bewaffnung immer ganz genau im Bilde.

(Fortsetzung folgt.)

[1] Ein durch die Revolution neu gebildetes Wort der russischen Sprache. Abkürzung für „Außerordentliche Kommission", auch einfach „Tscheka" genannt.

Bei diesen Vorfällen wurde weiterhin festgestellt, daß Eschbaumer, Gillitzer, Bucher, Liebermann und Rudell unbefugt Waffen bei sich führten, als da sind ein Revolver, ein feststehendes Messer, ein Gummiknüttel und eine Schreckschußpistole.

Zur Verhandlung sind 17 Zeugen geladen. Das Verhör des Angeklagten bestätigt, soweit die Marxisten als Angreifer in Betracht kommen, im allgemeinen die Darstellung der Anklage. Im übrigen stellen die Angeklagten fast durchwegs jedes Verschulden in Abrede. Es ergibt sich, daß die „Münchener Post“, die seinerzeit über die Vorfälle berichtete, die Dinge maßlos übertrieben und in gröblicher Weise aufgebauscht hat. (Das ist eigentlich selbstverständlich, wenn man sich den bekannt traurigen „Charakter“ der Altheimereckerin vergegenwärtigt. D. Red.) Das einzige ernstlichere Opfer der Zusammenstöße wurde durch eigene Schuld der Schlosser Eberle, den die ganze Geschichte von Haus aus nichts anging: zweifelhaft erscheint, ob Eberle nicht von seinen eigenen Genossen angeschossen wurde, nachdem die Nationalsozialisten nachweislich keine Waffen besaßen.

Das verschwundene Schmuckkästchen. Ein interessanter Fall beschäftigte diese Woche eine Strafkammer des Landgerichts München II. Eine Schriftstellerswitwe in Weilheim übergab dem Bankgeschäft Georg Simader in Weilheim eine Kassette mit Schmucksachen im hohen Werte zur Aufbewahrung, nachdem sie diese schon früher einmal dort aufbewahrt hatte. Als sie nun im Oktober 1922 die Kassette wieder zurückhaben wollte, hieß es, daß sie ja diese bereits abgeholt habe, was von ihr aber mit aller Entschiedenheit bestritten wurde. Erwähnt sei hierbei, daß die Frau sich keinen Hinterlegungsschein geben ließ, und daß der Schlüssel zum Tressor nicht an sie hinausgegeben, sondern im Simaderschen Bankgeschäft verwahrt wurde. In der Folgezeit erhob die Frau gegen das Bankgeschäft Klage auf Herausgabe der Schmuckgegenstände, eventuell deren Werteersatz. Den Wert gibt sie jetzt auf 50 Billionen an. Im Verlauf des Prozesses gab nun vor dem Notariat Weilheim der Inhaber des Bankgeschäftes Georg Simader und dessen früher bei ihm angestellter Bruder August Simader, zur Zeit in Hamburg, eine eidesstattliche Versicherung ab, daß sie die Kassette mit den Schmuckgegenständen an die Frau hinausgegeben hätten. Auch der bei Simader angestellte Bankbeamte Karl Ruckdeschel versicherte an Eides Statt, er habe gesehen, wie die Frau mit der Kassette in der Hand das Geschäft verließ. Im weiteren Verlauf des Prozesses behauptete Simader, daß das Vorgehen der Frau sich als Erpressung qualifiziere und erstattete auch gegen sie Anzeige wegen Erpressung. Umgekehrt erstattete die Frau gegen die beiden Simader und gegen den Bankbeamten Ruckdeschel Anzeige wegen falscher Versicherung an Eides Statt, mit dem Erfolg, daß gegen die drei Genannten Anklage hierwegen erhoben wurde; außerdem erstattete sie gegen Georg Simader Anzeige wegen Unterschlagung. Die Genannten hatten sich vor dem Landgericht München II zu verantworten. Die Angeklagten erklärten in der Verhandlung, daß sie vor dem Notariat die volle Wahrheit angegeben hätten. Die Frau habe den Schmuck tatsächlich abgeholt. Die als Zeugin vernommene Frau gab dagegen unter Eid an, daß sie den Schmuck nicht bekommen habe. Es wurde nun der Regierungsrat Hermann Eder der Polizeidirektion München als Zeuge vernommen. Dieser bekundete, daß Georg Simader bei ihm erschienen sei und ihm mitgeteilt habe, er hätte vor einigen Jahren einen sehr kostbaren Schmuck zur Aufbewahrung übernommen. Als die Eigentümerin den Schmuck wieder haben wollte, sei er nicht mehr vorhanden gewesen; er habe Verdacht gegen seinen Stiefbruder August Simader, der ein sehr flottes Leben führe. Dabei habe er eine Festnahme und Haussuchung bei seinem Bruder angeregt.

Hierzu erklärte der Angeklagte Georg Simader, er habe gerade geschäftlich in München zu tun gehabt und sei dann auf die Polizeidirektion gegangen, um eine volle Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. Er habe dabei seinen Stiefbruder nicht ernstlich verdächtigen wollen, sondern habe den Verdacht nur deshalb ausgesprochen, um die Polizeidirektion zu veranlassen, in die Angelegenheit Licht zu bringen.

Das Gericht verurteilte die sämtlichen Angeklagten wegen falscher eidesstattlicher Versicherung und zwar Georg Simader anstatt der verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer **Geldstrafe von 1000 Milliarden = 1 Billion**, August Simader statt zu 3 Wochen Gefängnis zu einer Geldstrafe von 100 Milliarden und Karl Ruckdeschel statt 2 Wochen Gefängnis zu 50 Milliarden Geldstrafe. Von der Anklage der falschen Anschuldigung wurde Gg. Simader freigesprochen. — Der anhängige Zivilprozeß wegen Herausgabe bzw. Schadenersatz, der bis zur Erledigung des Strafprozesses ausgesetzt wurde, wird nun wieder aufgenommen werden.

Eine jugendliche Brandstifterin. Im Mai ds. Js. hatte eine hiesige Rechtsanwaltsfamilie aus Mitleid das vom Arbeitsamt zugewiesene 18 Jahre alte Dienstmädchen Karoline Drechsler aus Nürnberg in ihre Dienste aufgenommen. Da das Mädchen beim Eintritt vollständig verarmt war, wurde es von ihrer Dienstherrin vollständig neu ausstaffiert. Das Mädchen hat die gute Aufnahme seitens ihrer Herrschaft schlecht belohnt. Als diese nämlich anfangs September eine längere Ferienreise angetreten hatte, verkaufte das Mädchen die auf dem Speicher befindlichen Lebensmittel, machte Schulden auf Schulden. Als das Mädchen von der Herrschaft einen Brief erhielt, daß diese am 5. September hier eintreffen werde, ging sie auf den Speicher der Wohnung und legte Feuer. Durch den Brand wollte sie aus Furcht der sofortigen Dienstentlassung den Verdacht auf eine andere Person lenken. Dadurch brannten außer dem Dachstuhl drei Speicherabteilungen vollständig aus; auch wurden durch das Eindringen des Wassers in die Wohnungen bei den Löscharbeiten diese in einen geradezu unbeschreiblichen Zustand versetzt. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren, sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Das Volksgericht München I verurteilte die Angeklagte wegen eines Verbrechens der Brandstiftung zur Zuchthausstrafe von einem Jahr drei Monaten, ab sechs Wochen Untersuchungshaft.

Eine unglückliche Automobilfahrt. Auf einer Autofahrt nach München wurde vom Grafen v. Bismarck-Schönhausen in der Landsberger Straße ein Eisendreher überfahren, als dieser hinter einem leerstehenden Straßenbahnwagen Ecke Landsberger und Barthstraße die Straße überschreiten wollte. Hierbei wurde der Mann schwer verletzt und hat noch heute an den Folgen des Unfalles zu leiden. Gegen den Autobesitzer wurde Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung erstattet, da er kein Warnungssignal gegeben. Das Schöffengericht München verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 150 000 M. eventl. ein Jahr Gefängnis. Gegen dieses Urteil erhob er Berufung zum Landgericht, vor dem die Sache erneut verhandelt wurde. Der Angeklagte ist zur Verhandlung nicht erschienen, dagegen stellte sein Rechtsbeistand den Antrag, es wolle die Verhandlung in dessen Abwesenheit durchgeführt werden, mit Rücksicht auf die weite Entfernung seines Wohnsitzes Kiel. Das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab und wies die erhobene Berufung zurück, so daß es bei der Strafe von 150 000 Mark, die nach der neuen Verordnung heute viele Milliarden ausmacht, verbleibt. Die geladenen, aber unentschuldigt ausgebliebenen Zeugen, Gräfin Fugger und Prinz Hohenlohe wurden in eine Ordnungsstrafe von je 10 Milliarden eventl. 5 Tagen Haft verurteilt.

Der deutsch-marxistische Konflikt

Dr. v. Kahr über die Lösungsmöglichkeiten mit dem Reich

München, 24. Okt. Der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr ist heute von einem hervorragenden Politiker gefragt worden, wie er sich persönlich eine **Lösung des Konfliktes zwischen Bayern und der Reichsregierung denke.** Herr von Kahr hat darauf eine Antwort gegeben, die hier mit seiner Einwilligung veröffentlicht wird:

„Der Ausgang? Prophezeien ist eine undankbare Sache; aber für jemand, der deutsche Geschichte und deutsches Wesen kennt, sollte es in diesem Falle nicht allzu schwer sein. **Mit einer Reichsregierung, die einen Zeigner weiter amtieren läßt, die Parteifreunde des pfälzischen Hochverräters Hoffmann als Mitarbeiter duldet, ist eine gedeihliche Lösung nicht zu erreichen** . . . denn ihr fehlen die Kraft und die Überzeugungstreue, Deutschland durch die jetzige Katastrophe hindurchzusteuern. Mit einer entschlossen vaterländisch handelnden Reichsregierung wird sich die Lösung von selbst ergeben. Man gebe wieder den Bundesstaaten, was den Bundesstaaten gehört, dem Reiche, was des Reiches ist. Befreien wir das Eigenleben der deutschen Länder von den **erstickenden Fesseln, in die sie marxistischer Unitarismus geschlagen hat!** Nur so wird unserem deutschen Vaterlande aufs neue seinen wieder der lebendige Reichsgeist entstehen, der Platz an der Sonne erobert.“

Aufruf der Vaterländischen Verbände

München, 21. Okt. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns haben heute einen Aufruf erlassen zum Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, worin es heißt, es handle sich um die Befreiung Deutschlands. Bayern kämpfe gegen die Internationale für den großen deutschen Einheitsgedanken, gegen den Marxismus und Bolschewismus für den sozialen Gedanken, für die freie Arbeit am großen Vaterlande. Berlin solle wieder eine deutsche Stadt werden, im Reichstag sollen wahrhaft deutsche Männer die Gesetze beschließen, der Armee sollen die schwarzweißroten Fahnen voranwehen.

Was Geheimrat Held fordert

München, 25. Okt.

Nach dem „Bayer. Kurier“ hat der Abgeordnete Held auf der Kreisversammlung der Bayer. Volkspartei der Oberpfalz erklärt: Sollen Konflikte für die Zukunft vermieden werden, dann sei es notwendig, die Quelle dieser Konflikte zu verstopfen. Eine grundsätzliche Änderung der Weimarer Verfassung sei das vordringlichste Gebot der Stunde. Die bayerische Staatsregierung müsse von der Reichsregierung verlangen, daß so rasch wie möglich in die Behandlung dieser Frage eingetreten werde. Bayern müßte vor allem einmal verlangen, daß die Finanzhoheit der Länder restlos wiederhergestellt werde, und daß jenen Ländern, die eigene Verkehrsnetze unterhalten haben, auch wieder Post und Eisenbahn in eigene Verwaltung gegeben werden. Schließlich müßte auch die Militärhoheit der einzelnen Länder, soweit sie vor dem Kriege bestanden habe, wiederhergestellt werden.

Keine Verfassungsänderung kann Deutschland retten sondern nur die nationale Diktatur! Helds Rede beweist wieder einmal, daß der Herr Geheimrat aus seiner parlamentarischen Einstellung nicht heraus kann.

Sachsen protestiert gegen Bayern

Dresden, 24. Okt. In Bayern wurden kürzlich Verordnungen über die Ausfuhr von Milcherzeugnissen erlassen, die auf die völlige Unterbindung der Ausfuhr hinauslaufen. Dadurch müssen die Ernährungsschwierigkeiten Sachsens noch gesteigert werden. Die sächsische Regierung hat daher gegen die Maßnahmen Bayerns bei der Reichsregierung schärfsten Einspruch erhoben und die sofortige Wiederaufhebung der bayerischen Absperrungsmaßregeln gefordert.

*

Bayern

Schweyer als Dichter

Den Männern und Frauen an der Ruhr, am Rhein!

Männer und Frauen an der Ruhr, am Rhein!
Ihr werdet Deutschlands Erlöser sein.
Harret aus im Trotze! Sprenget die Ketten!
Ihr werdet Deutschland vom Tode erretten.
Harret aus! Harret aus! Stehet fest ohne Wanken
Deutschland, ganz Deutschland wird es euch danken!
Männer und Frauen an der Ruhr, am Rhein,
Ihr werdet Deutschlands Erlöser sein.

Aus dem Buche: „Drei deutsche Dichter ihren bedrängten Stammesbrüdern an Rhein und Ruhr.“ Das abgedruckte Gedicht stammt von

Dr. Schweyer,
bayer. Staatsminister d. Innern.

Wie wir wissen, haben die Politiker unseren braven Schweyer von jeher für einen großen Dichter gehalten, die Dichter dagegen für einen großen Politiker. Wir halten Herrn Dr. Schweyer selbstverständlich für einen ebenso großen Dichter als Staatsmann.

Beginnende Ostjuden-Ausweisung

München, 25. Oktober.

Wie wir erfahren, beginnt man endlich mit der Ausweisung des Ostjudenpacks aus Bayern. Eine ganze Anzahl von Ostjuden hat bereits die Ausweisungsbefehle erhalten. Warum man aber dabei so geheimnisvoll tut, verstehen wir nicht recht. Der Herr Generalstaatskommissar hat doch bei seinem Bestreben, Bayern von dieser schandervollen Landplage zu säubern, nicht nur das ganze bayerische Volk hinter sich, sondern überall im Deutschen Reiche wird man ausrufen: Ach! Wären wir doch auch hier schon so weit!

Daß der Vorstand des hiesigen Ostjudenvereins, Reich, der sattsam bekannte marxistische Rechtsanwalt Löwenfeld und noch andere führende jüdische Persönlichkeiten alles tun, um die Behörden zur Zurücknahme der Ausweisungsbefehle und der Einstellung weiterer Ausweisungen zu bewegen, versteht sich von selbst. Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß diese Bestrebungen nicht nur erfolglos bleiben, sondern den Anlaß zu noch schärferem Vorgehen bilden werden.

Weiter halten wir es für selbstverständlich, daß diesen Juden auch ihr Vermögen restlos beschlagnahmt wird, denn sie haben es sich doch nur durch Schieberei, Wucherei und Gaunerei von den Deutschen erschlichen.

Wäre es aber nicht angezeigt, vor allem auch die Reich, Löwenfeld und Konsorten hinauszuwerfen? Warum, möchten wir ferner noch fragen, werden nicht die Namen der Ausgewiesenen veröffentlicht?

Die „beleidigten“ Arbeiterführer

* Ulm, 25. Okt.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Ulm hatte sich in diesen Tagen ein bewährter Parteigenosse, der Fabrikant Heinrich Becker von Geislingen, wegen „mehrfacher Beleidigung“ zu verantworten. Der Anklageschrift zufolge wird diese darin gesehen, daß Becker am 12. Mai im Gasthaus zur „Sonne“ in bezug auf den Kaufmann Max Weil und den Oberbürgermeister Harrer, beide von Geislingen, die Äußerung gebrauchte: „Jetzt kommt der richtige Vertreter, pfui!“ und: „Es ist ein Skandal, mit solchen Kerlen an einem Tisch zu sitzen!“ Weitere Beleidigungen, und zwar in der Richtung gegen den Schriftleiter Jakob Rehm in Geislingen und den Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordneten Ernst Reichle von Göppingen und den Kaufmann und Gemeinderat Max Weil von Geislingen werden erblickt in der Verteilung eines Flugblattes, das Mitte Mai von Becker unter Mitarbeit anderer Personen verfaßt und unter dem Titel: „Vor der Katastrophe!“ verbreitet worden ist.

Das Flugblatt richtet sich gegen das internationale Großkapital und die Börse als die Wurzeln allen Elends und gegen das Judentum. Zur Illustration der volksschädlichen Einflüsse der Börsen- und Judenwirtschaft wird in dem Flutblatt besonders das Verhalten der Arbeiterführer beleuchtet, jener „Novemberverbrecher, die im Dienste der Juden das Geschick des arbeitenden Volkes führen und es in die Versklavung hineintreiben“. Das Flugblatt macht Reichle die Verhöhnung der verheirateten Arbeiter zum Vorwurf, weil dieser Gewerkschaftssekretär in einer Betriebskonferenz der Betriebsräte erklärte: „Sprung- und Bettgelder gibt es nicht!“

Im Flugblatt ist davon die Rede, daß „solche Charaktere nur Abscheu und Verachtung verdienen“. Dem Reichle wird in dem Flugblatt weiterhin vorgeworfen, daß er am 1. April 1919 gegen seine eigenen Genossen Flugblätter habe drucken laten, und daß er sich mit Handgranaten gegen seine eigenen Arbeiter bewaffnet habe. Weiterhin wird dem Reichle eine korrupte Handlungsweise durch widerrechtlichen Empfang von Diäten als Landtagsabgeordneter unter gleichzeitiger Diätenerhebung für Anwesenheit in einer Sitzung des Metallarbeiterverbandes zum Vorwurf gemacht. Schließlich ist dem Reichle noch eine Wohnungsschiebung zugunsten einer Judenfamilie vorgeworfen, sowie Ausnützung seines Landtagsmandates zu rein privaten und Parteizwecken.

In bezug auf den Kaufmann und Gemeinderat Max Weil behauptet das Flugblatt die Beteiligung an der dem Reichle vorgeworfenen Wohnungsschiebung, ferner die Absicht einer Kapitalsverschiebung ins Ausland, insbesondere daß Weil im Bunde mit dem gegen die wahren Arbeiterinteressen handelnden Reichle „als jüdischer Börsenbandit“ ein ihm gehöriges Wohnhaus und Bankgeschäft in Geislingen habe verkaufen und das Geld ins Ausland verschieben wollen.

In bezug auf den Schriftleiter Rehm vom „Allgemeinen Anzeiger“ ist in dem Flugblatt erwähnt worden, Rehm habe die Arbeiterschaft einen „Sauhaufen“ genannt und dabei geäußert, er — Rehm — müsse eben reden, wie es die große Masse gerne hören wolle. Eine letzte Beleidigung in der Richtung gegen den bereits genannten Oberbürgermeister Harrer erblickt die Anklage noch in einer am 27. Mai in Geislingen gefallenen angeblichen Äußerung des Beklagten Becker, in der Harrer als moralisch minderwertig bezeichnet wurde.

Im Rahmen der Prozeßführung trat ein wesentlicher Umstand aus rein formalen Gründen in den Hintergrund. Da nämlich die Möglichkeit einer privaten Widerklage gegenüber der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklage mangelt, fällt der gegen den Beklagten Bäcker in der dortigen marxistischen Presse beliebte Sauhirtenton nahezu völlig unter den Tisch, wird es nicht genügen deutlich, daß sich **Becker neben der Verfechtung seiner politischen Aufgaben vielfach in ausgesprochener persönlicher Abwehrstellung** befunden hat.

Die Beweiserhebung hat in wesentlichen Punkten das bestätigt, was Becker in seinen Flugschriften in Richtung gegen die dortigen Arbeiterführer behauptet hatte. Im einzelnen läßt sich darüber sagen: Unter Eid wird bestätigt, daß man gegen den nachdrücklichen Widerspruch des Heeresunterkunftsamtes einen damals schwerkranken, aus seiner Heimat vertriebenen verheirateten Elsäßer **mit allen möglichen schikanösen Mitteln aus seiner Wohnung** zu vertreiben versucht und schließlich auch **vertrieben** hat; des weiteren, daß sich in dieser Angelegenheit vor allem die Nebenkläger Weil und Reichle hervorgetan haben. Ersterer, Jude, Marxist und damals Gemeinderat, letzterer Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordneter. Diese „Arbeiterführer“ haben die behauptete Wohnungsschiebung betrieben zugunsten eines Schwagers des Weil, eiens Juden, der zwar Eigentümer des in Betracht kommenden Hauses war, dieses aber vor dem Streitfall viele Jahre hat leer stehen lassen und auch nach der Zuweisung nur vorübergehend und ganz kurz bewohnt hat, weil er meistens bei Verwandten Unterkunft nahm. Statt des Elsäßers mit Frau und Kindern hat man eine alleinstehende Witwe mit in die strittige Wohnung gesetzt, weil diese den Juden „pflegen“ sollte; daß diese Pflege kaum in Anspruch genommen wurde, nur nebenbei. Recht charakteristisch für das soziale und menschliche Empfinden weiter dortiger Kreise ist, daß den Elsäßer niemand in der Wohnung haben wollte, weil er — ein schwachsinniges Kind hat!

Es ist selbstverständlich, daß sich Herr Weil vor Gericht als reiner Unschuldsengel gebärdet, und daß er es verstanden hat, seien mannigfache Tätigkeit so zu gestalten, daß sie auch im Gerichtssaal noch undurchsichtig blieb. Immerhin war es Weil, der sich in Geislingen für die **Entfernung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals** einsetzte, natürlich nur „aus ästhetischen Gründen“. Dieser einzige Jude in Geislingen war bei Revolutionsausbruch selbstverständlich auch **Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates** und ist heute noch stolz darauf, damals so kräftig „für Ruhe und Ordnung“ gesorgt zu haben. Der inzwischen abgesetzte Herr Gemeinderat hatte auch das Glück, zu einer Zeit, da die normalen Lieferanten versagten, für private Zwecke von der Stelle mit Koks beliefert zu werden, der die gemeindliche Lieferung oblag. Immerhin hat der Oberbürgermeister von Geislingen für diesen Glücksfall nicht volles Verständnis gehabt.

Eine wesentlich weniger gewandte, im Grunde armselige Persönlichkeit ist der Nebenkläger Jakob Rehm von Geislingen. Man glaubt es diesem **verantwortlichen Schriftleiter, Geschäftsführer und Inseratensammler (!)** eines vor Gericht wiederholt als Schmutzblatt bezeichneten Marxistenblättleins, man glaubt es diesem Vielseitigen, der seiner eigenen Aussage nach **nicht nur die als rot bekannten Mitbürger, sondern alle Geschäftsleute um Inserate** anschnorrt, daß es ihm nicht wohl in seiner Haut ist, daß er — wie er sich ausdrückt — einen sehr gefährlichen Standpunkt hat und reden muß, wie es die große Masse gerne hört. Und wenn er wirklich einmal von der Arbeiterschaft als von einem „Sauhaufen“ gesprochen hat, so ist das vielleicht nicht einmal so tragisch zu nehmen, wenn man sich die Leute, diese Rehm und Weil und Reichle, genauer ansieht, denen die irregeleiteten Massen nachgelaufen sind.

Ernst Reichle von Göppingen ist der dritte der „beleidigten“ Arbeiterführer. Dieser Nebenkläger geht aus der Beweisaufnahme wohl am meisten zerpflückt hervor. Es bestätigt sich, daß dieser Radikalinski und Schönredner die gegen die verheiratete Arbeiterschaft gerichtete Äußerung **„Sprung- und Bettgelder gibt es nicht“**, gebraucht hat; es bestätigt sich der doppelte Diätenbezug durch Reichle, und mehrere Zeugen bleiben unter Eid auf ihrer Aussage bestehen, daß sich Reichle **gegen seine eigenen Parteigenossen mit Handgranaten bewaffnet** hat. Reichle freilich will von all dem nichts wahr haben. Aber der Oberbürgermeister Harrer von Geislingen bezeichnet den Abgeordneten Reichle als eine **verantwortungslose Persönlichkeit, als einen Augenblicksdiener,** als einen Menschen, der es **mit der Wahrheit nicht genau nimmt,** was man diesem Marxistenführer auch schon im Landtag vorgeworfen habe. Sogar der Polizeibeamte, der in der Diätensache gegen Reichle recherchieren sollte, hat laut seiner eigenen dienstlichen Meldung weitere Erhebungen nicht gemacht (!), weil **„es sich um einen Abgeordneten handelt und ein Betrug evtl. doch vorliegen könnte . . . .“**

Ohne dem noch ausstehenden Urteil, das vielleicht in einigen Punkten an der Tatsache rein formaler Beleidigung nicht vorübergehen kann, irgendwie vorgreifen zu wollen, kann jedenfalls das gesagt werden: der Parteigenosse **Becker** hat in seinem schweren Kampf gegen den Marxismus in Württemberg mindestens den Nebenklägern, den Weil, Reichle und Rehm, die Maske vom Gesicht gerissen und die Sinnesart dieer Herren enthüllt, die mit Arbeiterfreundlichkeit aber auch gar nichts zu tun hat.

*

Bayer. Rundschau

Sontheim. (Novemberlinge.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch haben unbekannte Täter an den Obstbäumen an der Niederstotzinger Straße eine furchtbare Verheerung angerichtet. Sie haben 57 junge Obstbäume vollständig abgeknickt und 26 andere schwer beschädigt.

Neu-Ulm. (Die gefährliche Schußwaffe.) Der Gastwirtssohn Hermann Schrag zeigte einigen Freunden seine Browningpistole. Dabei hatte er anscheinend übersehen, die geladene Waffe zu sichern. Plötzlich ging ein Schuß los und traf den nebenstehenden 22 Jahre alten Drahtweber Schmid in den Bauch. Schmid ist gestorben.

Wittislingen. („Weidmannsglück.“) Bei der am Montag hier veranstalteten Treibjagd der Herren Langenmayer und Wörrat wurde ein ganzes Häslein erlegt.

*

Stimmen aus dem Leserkreise

(Für diese Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Pg. Hansjörg Maurer übersendet uns die Abschrift folgender Eingabe an das Bayerische Justizministerium, München.

Betreff: Beschwerde gegen den beiliegenden Beschluß des Oberstaatsanwalts Augsburg.

Meine an das Justizministerium unterm 13. Aug. 1923 gerichtete Beschwerde wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen Bernhard Hille ist vom Oberstaatsanwalt Augsburg abgewiesen.

Ich erhebe gegen diese Abweisung neuerliche Beschwerde, weil die Gründe der Abweisung unstichhaltig sind.

In der Abweisung wird als Begründung ausgeführt, daß meine Beschwerde keine nach § 210 Str.P.O. vorgeschriebenen neuen Tatsachen und Beweismittel angebe. Im Hinblick auf die unvollkommene und daher unzweckmäßige Voruntersuchung erscheint es eigentümlich, daß es einer neuen Tatsache bedürfe, um den verbescheidenden Beschluß aufzuheben. Dabei ist gerade die Tatsache der Fälschung bereits eidlich erhärtet am 20. Februar 1922, ebenso die Absicht des Betruges. Bedarf es also einer neuen Tatsache, wenn die alte noch lange nicht bis zum Ende abgehandelt ist? Was die Anführung neuer Beweismittel betrifft, so habe ich solche sehr wohl und ausdrücklich angegeben: Einvernahme des Zeugen Zöllner in Gegenwart eines vereidigten Büchersachverständigen unter Beziehung der Bücher. Man stelle doch endlich die in Frage kommenden Personen gegenüber und führe ein offenes Verfahren, statt dieser leicht zu beeinflussenden und auf tote Geleise schiebbaren Verhandlungen hinter verschlossenen Türen.

Die Angabe des Oberstaatsanwalts, daß die angegebenen Beweismittel dem Landgericht bekannt gewesen sind, klingt eigentümlich genug, wenn sie doch nicht herangezogen werden, um die dadurch mit umso größerer Leichtigkeit zu klärende Tatsache endlich in das Licht der Wahrheit zu setzen. Außerdem steht der Schlußsatz der Abweisung in diametralem Gegensatz zu der erstmaligen Ablehnung durch den Staatsanwalt in Augsburg. Während dort die Abweisung der Klage gegen Hille damit begründet wird, daß diese fragliche Buchung zu Recht erfolgt sei — damit also jeder Grund zum Einschreiten entfiele —, betont der Oberstaatsanwalt, um den Aufsichtsrat zu entlasten, daß dieser keinerlei Erlaubnis gegeben habe. Wie sich dieser schreiende Widerspruch mit einer sorgfältigen und genauen Prüfung der Sachlage verträgt, muß ich dem Ermessen des Oberstaatsanwalts überlassen. Ich jedenfalls und jeder Kenner der Angelegenheit haben von der ganzen bisherigen Behandlung der Sache den Eindruck, daß mit sehr viel Täuschungen, Lügen und Sophistik durch die Hintermänner Hilles die Gerichte getäuscht werden, und ob das gerade wieder eine besondere Empfehlung der Gerichte in Augsburg ist, möchte ich doch sehr bezweifeln.

Ich beantrage daher, daß die sämtlichen in Frage kommenden Personen eidlich in einem offenen Verfahren vernommen und gegenübergestellt werden. Ich glaube hoffen zu dürfen, daß die oberste Justizbehörde in die Laxheit und Verzögerungsmanöver bei der Behandlung dieser Sache mit rücksichtsloser Schärfe eingreifen wird. Ich betone nochmals, daß die Hintermänner Hilles dieses Verfahren mehr für sich scheuen als für Hille selbst, der für die ganze Clique im Grund genommen gar nichts anderes ist, wie ein Blitzableiter, um die eigene Hehlerschaft für unsaubere Sachen nicht offen und eideserhärtet werten zu lassen. Um solche zu ermöglichen, sind aber die Gerichte nicht da.

Mit der Bitte um beschleunigte Abhilfe der Beschwerde gez. Hansjörg Maurer.

*

Zu der Beschwerde des Herrn Hansjörg Maurer sei noch einiges hinzugefügt:

Untersuchungsrichter Kraft (Augsburg) sagte in der Voruntersuchung zu der Frau des Tat- und Hauptzeugen Zöllner, als er sie wegen der Unterschlagung des Hille vernahm, Aufsichtsratsmitglied Schmid habe Hille erlaubt, den den Lechwerkangehörigen und von der Dresdener Bank an diese überwiesenen Geldbetrag auf sein Konto zu buchen.

Einige Stunden später sagte er zu dem Zöllner, es soll ein Geheimkonto in den Lechwerken existieren. Also ein ganz anderer Grund!

Zöllner stellte dies in Abrede. 18 Jahre sei die Bilanz der Lechwerke durch seine Hände gegangen; von einem Geheimkonto wüßte er nichts. Hätte ein solches wirklich bestanden, müßte es in der Gesellschaftsbilanz besonders in die Erscheinung getreten sein. Der von Hille unterschlagene Geldbetrag fehle jedoch in der Bilanz des betreffenden Geschäftsjahres.

Hat Aufsichtsrat Schmid Hille tatsächlich nicht gedeckt, hätte sich also die Staatsanwaltschaft Augsburg dann auf das verlassen, was ihr der Beklagte Hille weisgemacht hat.

Wir können nicht so ohne weiteres an das Nichtbeteiligtsein des Aufsichtsrates glauben, nachdem der Gesamtaufsichtsrat bis heute, nach drei Jahren, keinerlei Schritte unternimmt, seinen Vorsitzenden Salomon endlich vor die Alternative zu stellen, zu verschwinden, oder sich in einem offenen Verfahren am hiesigen Schöffengericht zu reinigen.

Die Bilanzfälschung wird von den Lechwerken bis heute noch gedeckt.

Aber dafür renommiert Hilles Rechtsanwalt im Zivilprozeß Hilles wegen Unterlassung bei jeder Gelegenheit mit den guten Beziehungen des Hille zu seinen Aufsichtsräten Schmid und Frommel. Möchte jedem mit Hilfe dieser Unterlassungsklage, die in Wahrheit nur noch für Salomon von seinen Beauftragten Strauß und dessen Helfershelfer Öhler weitergeführt wird, auf Kosten der Wahrheit den Mund verbieten, der von der Unterschlagung des Hille überhaupt zu sprechen wagt.

Aufsichtsrat Frommel hat vor drei Jahren in einer Augsburger Stadtratssitzung auf Anfragen, warum Hille nicht mindestens zur Disposition gestellt würde, nachdem ein Strafverfahren gegen ihn anhängig sei, erklärt, die Beschuldigungen seien nur Gehässigkeit. Wäre es nicht besser gewesen, Frommel hätte sich erst in seiner Eigenschaft als Aufsichtsrat von den „Gehässigkeiten“ überzeugt, dafür ins Zeug gelegt, daß sie einwandfrei und rücksichtslos geklärt würden, ehe er so kurzerhand voreilig und leichtfertig über die Interessen der Firma hinwegging?

Wir werden nicht eher ruhen, bis sich auch im Salomon-Hille-Skandal das Recht, die Wahrheit im Interesse des deutschen Volkes durchgesetzt hat.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Achtung Sanitäter

Sämtliche Sanitätsmannschaften des Regiments München, 1., 2. und 3. Batl., haben sich am Freitag, den 26. Oktober, abends ½8 Uhr, in der K. P., Winzererstraße und Ecke Elisabethenstraße, pünktlich einzufinden.

Gedenkt der erwerbslosen Mitglieder der N.S.D.A.P.

Während es den unausgesetzten Bemühungen der Parteileitung und des Erwerbslosenausschusses gelungen war, während der Sommermonate allen Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, ist jetzt die Zahl derselben wieder auf zirka 150 gestiegen. In einer Zeit, in der selbst vollbeschäftigte Parteigenossen sich kaum über Wasser halten können, erübrigt sich die Schilderung des Elends und der Not unserer Erwerbslosen. Der unterzeichnete Ausschuß richtet daher in erster Linie an völkisch gesinnte Arbeitgeber und Großbetriebe die herzliche Bitte, bei Vergebung von Stellen unsere Erwerbslosen zu berücksichtigen. Ferner bitten wir alle Parteigenossen dringendst, zur Linderung dieser Not mit allen Kräften beizutragen. Gerade unsere Mitglieder und Gönner, die außerhalb Deutschlands sich aufhalten, könnten uns in hervorragendem Maße unterstützen. Es ist euer aller heiligste Pflicht, hier helfend einzugreifen; denn nur in der Tat äußert sich der wahre Nationalsozialismus. Spendet uns, was ihr entbehren könnt. Sehr willkommen sind getragene Kleider, Schuhe, ebenso Brot, Mehl, Kartoffeln. Geldspenden bitten wir entweder im Parteilokale (Schalter 1) einzubezahlen, oder an Ludwig Völkl, Postscheckkonto 44075, Postscheckamt München, zu richten. Der fortwährend steigenden Portosätze wegen, können wir leider nur über größere Spenden eine schriftliche Empfangsbestätigung erteilen; dagegen sprechen wir jetzt schon allen unseren Spendern im voraus unseren herzlichsten Dank aus.

Der Ausschuß der Erwerbslosengruppe
der N.S.D.A.P., Corneliusstraße 12.

Ortsgruppe Pasing

Sprechabende alle Donnerstag im „Gasthaus zur Post“.

Geschäftsstelle für die Oberpfalz

Die Ortsgruppe Weiden (Opf.) hat nunmehr eine Geschäftsstelle für die Oberpfalz errichtet. Anschrift: Geschäftsstelle Weiden der N.S.D.A.P., Nikolaistr. 9 1/13, Rückgeb.

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Der „internationale“ Weg

Oberfinanzrat Dr. Bang schreibt in der „Deutschen Zeitung“:

Herr Scheidemann hat recht behalten, daß „das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt“ habe, und köstlich ist eingetroffen, was die württembergische Volksregierung seinerzeit aller Welt kundtat: „Die gegenwärtige Entwicklung der Dinge wird zu einem bisher nicht gekannten Zustande der Freiheit und Wohlfahrt des ganzen Volkes führen.“

Wie sieht diese Wohlfahrt aus?

Das Kabinett Cuno wurde mit Hilfe der Straße gestürzt, zwecks „Sanierung“ unserer Wirtschaft und Finanzen. An seine Stelle trat am 13. August als „letzte politische Reserve“ die „bisher stärkste Regierung“, die „Regierung der Tat“ des Herrn Dr. Stresemann. Herr Hilferding erklärte zur Einführung namens des heiligen St. Marx, daß er zwecks „Verknappung des Geldmarktes“ und „Verringerung des Warenvorrats der Wirtschaft“ eine „brutale Steuerpolitik“ betreiben werde und verkündete als Erfolg: „Die Herrschaft über den Devisenmarkt“. Der Erfolg war glänzend. Als die „Regierung der Tat“ begann, kostete der Dollar 3 Millionen Mark. Vierzehn Tage später kostete er 11 Millionen. Da erklärte Herr Hilferding (31. August zu den Gewerkschaftsführern), er sei im Begriffe, „Herr“ des Dollars zu werden: „Die Gefahr eines Marksturzes halte ich für überwunden.“ Acht Tage später kostete der Dollar 70 Millionen. Da „stützte“ man wieder, indem man Reichsbankgeld à la Marx „produktiv“ machte. Strahlender Erfolg: nach acht Tagen kostete der Dollar 128 Millionen. Ende September kostete er 220 Millionen, heute können wir ihn uns schon für 65 Milliarden leisten!

Noch glänzender die Erfolge im Reichshaushalt. Der hat nämlich, obgleich beim Ausdrucken der Nullen die Seiten mit Allongen versehen werden müßten, keine Einnahmeseite mehr! In der ersten Dekade der „Regierung der Tat“ deckten die Einnahmen die Ausgaben in Höhe von — 0,7 v. H., in der nächsten Dekade in Höhe von 0,73 v. H., in der letzten Septemberdekade in Höhe von 0,2 v. H.! Der Rest der Ausgaben wird durch schwebende Schulden „gedeckt“. Ein wahrhaft großartiges Resultat der „brutalen Steuern“, die hiernach nur noch die eine Wirkung haben: einen riesenhaften unproduktiven Apparat versteckter Arbeitslosigkeit als notwendig erscheinen zu lassen und die Wirtschaft durch Steuerquälerei noch töter zu machen als sie schon ist. Jede Papiergeldwirtschaft führt zur Sinnlosigkeit jeder Steuer! Das Verhältnis sämtlicher Steuern und Abgaben zur Einnahme aus der heimlichen Enteignung mittels Gelddruckens ist folgendes: 11. bis 20. August: 1,77 Billionen Steuern und Abgaben zu 246 Billionen Noten; 21. bis 31. August: 6,4 Billionen zu 883 Billionen; 1. bis 10. September: 50 Billionen zu 1184 Billionen; 11. September bis 20. September: 83 Billionen zu 4962 Billionen; 21. bis 30. September: 80 Billionen zu 39 374 Billionen! Aus welchem anderen Grunde, als um „brutal“ zu sein, man heute überhaupt noch Steuern erhebt, ist unerfindlich.

Wir leben also von schwebenden Schulden, d. h., wir fressen uns selbst auf. Das ist das Wesen marxistischer Wirtschaftspolitik. Marxismus, den Herr Dr. Stresemann kürzlich ein „Schlagwort“ nannte, ist also wirtschaftlicher Kannibalismus. Als Herr Dr. Stresemann die endgültige Rettung Deutschlands auf internationalem Wege in die Hand nahm, stand die schwebende Schuld (10. August) auf 117 Billionen, nach zehn Tagen auf 364 Billionen, nach weiteren zehn Tagen auf 1235 Billionen, nach weiteren zehn Tagen auf 2381 Billionen, nach weiteren zehn Tagen auf 7342 Billionen; sie verschachte sich dann in den nächsten zehn Tagen vom 20. zum 30. September auf 46 716 Billionen 616 Milliarden. Wie hoch sie unterdessen gestiegen ist, läßt sich nicht sagen. Annehmbar auf 1—200 000 Billionen. Dazu hat der Reichstag einen weiteren Betrag von sage und schreibe: 578 416 Billionen bewilligt (in Ziffern sieht das so aus: 578 416 000 000 000 000 Mark). Und da gibt es noch Leute im deutschen Volke, die sich wundern, daß das Brot 5,5 Milliarden und bald mehr kostet!

Da „Küstrin“ nicht mehr recht zieht, wendet man ein, am Steigen der schwebenden Schuld sei der Dollar schuld. Offenbar deshalb ist, gemessen vom 20. 8. zum 30. 9., der mittlere Devisenkurs etwa um das 44fache, die schwebende Schuld aber um das 128fache gestiegen! Es ist in Deutschland nichts so dumm, daß es nicht noch Dümmere findet, die das Dumme glauben. Wenn man doch aus unserem guten Volke erst einmal den Aberglauben heraus hätte, daß die „Schuld“ unserer Preise usw. am Dollar läge. Als ob der Dollar jemals „gestiegen“ wäre und nicht selbst erheblich niedriger stände als vor dem Kriege! Die Gründe des Markverfalles liegen bei uns, bei unserer marxistischen Wirtschafts- und internationalen Rettungspolitik. Unsere Reichsausgaben betragen übrigens im Monat 1½ Milliarden Goldmark, das sind fünfmal mehr als vor dem Kriege. Nach Helfferichs Feststellung sind unsere Reichsausgaben somit höher als unser gesamtes Volkseinkommen! Trotzdem hat die „Regierung der Tat“ auch noch Angebote an unsere Feinde gemacht, die, wie Herr Dr. Stresemann selbst sagt, alles bisher Dagewesene übertreffen. Hat doch auch Herr Hilferding noch am 6. 8. 23 zum Vertreter von „Ere Nouvelle“ erklärt: „Deutschland kann und will 30 Milliarden (Goldmark) zahlen!“

Vielfach wird vergessen, daß die schwebenden Schulden seit 1918 durchaus ihren Charakter geändert haben. Sie haben nicht mehr das Wesen des Kredits, sondern das einer verschleierten Steuer. Die Entschleierung geschieht mittels ihrer Umwandlung in Giralgeld und Banknoten, in Scheingeld oder besser gesagt: in Enteignungsgeld. Als die „Regierung der Tat“ an die „Sanierung“ ging, betrug der Umlauf (Ausweis vom 7. 8.) 62 Billionen. Nach dem letzten Ausweis (29. 9.) betrug er 28 229 Billionen. Heute wird er annehmbar zwischen 1—200 000 Billionen stehen. Es gibt Kluge, die meinen, es sei doch ganz gleich, was für Ziffern wir auf das Papier drucken. Gewiß, Papier ist geduldig, fast so geduldig wie deutsche Michel, die sich heute mit einem neuen Schnuller, dem Rentenbank-Schnuller, beruhigt ins Bett legen. Die Sache hat nur die unangenehme Seite, daß jede Ziffernerhöhung, jede Umlaufssteigerung den Kreis derjenigen Menschen verengert, die sich solches Papier noch beschaffen können. Bis er schließlich so klein wird, daß er sich als Schaffkopfsklub auf den Ruinen dessen auftun kann, was sich einst Deutschland nannte.

Am Ende des „internationalen Rettungsweges“ steht der Dollar auf dem Gaurisankar und liegt das deutsche Volk im Grabe.

*

Der Reichswocheninder

Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 22. Oktober, das 3045millionensache der Vorkriegszeit; die Steigerung gegenüber der Vorwoche (691,9 Millionen) beträgt somit 340 Prozent. Die am Erhebungstage eingetretene Dollarsteigerung auf 40 Milliarden kommt in der obigen Inderziffer noch nicht zum Ausdruck.

Der Großhandelsinder

Die auf den Stichtag des 23. Oktober berechnete Großhandels-Inderziffer des statistischen Reichsamtes ergibt das 14,6millionenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 16. Oktober um 1237 Prozent gestiegen. Der Dollar wurde am 16. Okt. mit 14,1 Milliarden Mark und am 23. Oktober mit 56 Milliarden Mark notiert. Die Höherbewertung beträgt 1266 Prozent. Das Goldniveau der Großhandelsziffer (1913 gleich 100) ist daher um ein Geringes von 111,9 (Gold) auf 109,5 (Gold) zurückgegangen.

Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 1263 Prozent auf das 11,4milliardenfache, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 1342 Prozent auf das 9,8milliardenfache, die Industriestoffe um 1210 Prozent auf das 20,6milliardenfache, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 1261 Prozent auf das 21,5milliardenfache, ferner die Einfuhrwaren um 1172 Prozent auf das 19,4milliardenfache und die Inlandswaren um 1256 Prozent auf das 13,6milliardenfache des Friedensstandes.

Das wertbeständige Notgeld

Der Reichsfinanzminister benachrichtigte die Regierungen der Länder, daß für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes folgende Bedingungen gelten:

1. Das Geld muß auf Teile der Reichsgoldanleihe lauten und ein Anrecht geben, nach Aufruf in Reichsgoldanleihe oder den entsprechenden Gegenwert umgetauscht zu werden.

2. Der Gesamtbetrag des ausgegebenen Geldes ist vor der Ausgabe zu decken durch Hinterlegung eines entsprechenden Goldanleihebetrages bei der zuständigen Reichsbankstelle oder einer vom Reichsminister der Finanzen bestimmten anderen Stelle auf ein Konto, das zugunsten des Reichsministers der Finanzen gesperrt wird. Sind Goldanleihestücke nicht verfügbar, so sind Interimsscheine bei der Reichsbank zu erwerben. Jede andere Deckung als durch Hinterlegung von Goldanleihe ist ausgeschlossen.

3. Jede Ausgabe bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen. Notgeldscheine müssen den Vermerk tragen: Genehmigt durch den Reichsminister der Finanzen.

4. Der Antrag muß durch die Landesregierungen beim Reichsfinanzministerium gestellt werden. Für beschleunigte Erledigung ist Sorge getragen. Es genügt telephonische oder telegraphische Antragstellung.

Die Schatzwechselwirtschaft

In der Ausgabe von Reichsschatzwechseln gaben viele Kleinrentner und Vertrauensselige eine Möglichkeit ihre zusammengeschmolzenen Vermögen zum Teil oder ganz in derartigen Wechseln mit längerer oder kürzerer Umlaufszeit anzulegen. Die Einlösung dieser Schatzwechsel erfolgte ehedem zum Nennwerte nach dem Grundsatze Mark = Mark. Inzwischen haben die Geldentwertungsgesetze diesem Grundsatz scharf zugesetzt. Lediglich die Stellen, welche die Wechselausgabe vermitteln, halten sich ihren Schuldnern gegenüber an diese atavistische Formel.

Den Schatzwechselinhabern werden, selbst wenn sie im Besitz von Depotwechseln sind, die vereinbarungsgemäß einer vorausgegangenen Kündigung bedürfen, ihre Wechsel ohne Kündigung mit dem Nennwert zurückbezahlt.

Dieses mit dem Worte „Betrug" noch am besten zu charakterisierende „Geschäftsgebaren" hat eine Beraubung gerade der kleinen Leute zur Folge, die im Vertrauen auf Mündelsicherheit u. dgl. ihre Notpfennige immer wieder dem Staat zur Verfügung gestellt haben.

Wir fordern hiermit alle, welche durch diese Wechselpraktiken des Reiches und der Reichsbank in ihrem Besitz und Vermögen Einbuße erlitten haben, auf, uns umgehend ihre Anschriften zuzuleiten. Wir werden sie an diejenige Stelle leiten, die bei der Generalabrechnung mit dem Berliner Wirtschaftsbolschewismus auch diese Anliegen zur Sprache bringen wird.

Getreideausfuhr und Hungerkatastrophe

Der „Aufbau-Korrespondenz" entnehmen wir folgende Mitteilung:

W.P.A. Der „Ekonomitscheskaja Schisn" (bolschewistisches Organ) zufolge stehen Teile des Gouvernements Zarizyn unmittelbar vor der Hungerkatastrophe.

Mit dieser Meldung vergleiche man folgende Nachrichten:

Zur Ausfuhr nach den baltischen Häfen sind 1200 Tausend Tonnen Getreide bestimmt. Die ukrainische Getreideexport-Gesellschaft führt 750 000 Tonnen Getreide aus. Die norwegische Regierung hat mit den Russen einen Vertrag geschlossen, daß sie ihren Getreidebedarf in erster Linie aus Sowjetrußland decken wird.

Der ukrainische Mehltrust beabsichtigt 1923/24 6 Millionen Pud Mehl nach dem Ausland auszuführen.

Man beabsichtigt, aus der Krim 50 Waggons Früchte nach Finnland auszuführen.

Die „Russische Handelsgesellschaft" erhielt die Genehmigung, 10 Waggons Eier nach Riga auszuführen.

Die Wneschtorg hat die zollfreie Ausfuhr von Holz und Vieh nach Persien genehmigt.

Aus dem Odessaer Hafen werden allmonatlich 6 Millionen Pud Getreide ausgeführt.

Der ukrainische „Exportchleb" erhielt von der Konstantinopeler Vertretung des „Arkos" den Auftrag über mehrere tausend Tonnen russischen Weizen für Ägypten, Palästina und Syrien.

Gerade um die Aufdeckung der bolschewistischen Wirtschaftsmanöver hat sich die „Aufbau-Korrespondenz" (Aufbau-Verlag München) die größten Verdienste erworben. Ihr Material stammt zum größten Teil aus authentischen Quellen, die ein klares Bild von den tatsächlichen Verhältnissen im bolschewistischen Rußland geben. Als erstes Informationsmaterial sind sie Grundlage des Kampfes gegen die Sowjetherrschaft und deren politische und wirtschaftliche Auswirkungen.

*

Seit Wiederaufnahme der Getreideausfuhr sollen nach der russischen Telegraphenagentur 570 000 Tonnen russischer Getreideprodukte nach Deutschland überführt worden sein.

Wirtschaftsrundschau

Die neuen Zahlungsbedingungen im Kohlenbergbau. Durch Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 22. Oktober 1923 sind die Syndikate ermächtigt worden, an Stelle der im Schlußabsatz der Preisbekanntmachung vom 13. Oktober 1923 veröffentlichten Zahlungsbedingungen anzuwenden:

1. Die Preise sind Goldmarkpreise.

2. Die Zahlung kann erfolgen: a) in wertbeständigen Zahlungsmitteln (z. B. Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen) spesenfrei zum Nennwert; b) in Papiermark, die zum Kurse des Tages, an dem das Syndikat über die Zahlung verfügen kann, gutgeschrieben wird. Für die Kursberechnung gilt der amtliche Berliner Dollarkurs (Mittel zwischen Brief- und Geldkurs, 1 Dollar = 4,20 Goldmark).

Die Zahlung muß spätestens am 6. Werktage nach Absendung der Ware beim Syndikat eingegangen sein. Bei Überschreitung dieser Zahlungsfrist sind Zinsen in Goldmark bis auf weiteres in Höhe von 10 v. H. jährlich zu zahlen. Im Falle der Überschreitung der Zahlungsfrist gilt als Umrechnungskurs der Goldmark der amtliche Dollarkurs des Tages, an dem das Syndikat über die Zahlung verfügen kann, mindestens aber derjenige Kurs, welcher am Tage des Fristablaufs gültig war; außerdem können die jeweiligen Geldbeschaffungskosten berechnet werden.

4. Vorauszahlungen, denen der Verkäufer zustimmt oder die er fordert, werden nach 2a oder 2b behandelt.

Wie wir hören, ist in den vorgestrigen Verhandlungen über die Neuregelung der Kohlenpreise von berufener Seite auch die Rechtsfrage bejaht worden, ob es rechtlich zulässig ist, daß Zechen, die besonders rationell arbeiten, Kohlen auch zu einem unter dem Syndikatspreis abgeben dürfen. Die Entscheidung wurde damit begründet, daß die gesetzlichen Bestimmungen nur ein Überschreiten der behördlich festgesetzten Preise verhindern, nicht aber einem Verkauf zu einem niedrigeren Preise entgegenwirken sollen.

Ausgabe eines wertbeständigen Sparmittels. Die bayerischen Großkraftwerke haben Goldquittungen zur Finanzierung des Weiterbaues ausgegeben. Diese Goldquittungen gehen an die landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Landesproduktenhandel und den Viehhandel, die dafür die Verpflichtung übernehmen, Getreide, Kartoffeln, Vieh und andere Lebensmittel vom Erzeuger dem Bedarf zuzuführen. Die Goldquittungen sind gestückelt in 1, 2, 5 und 10 Dollars. Der Landwirtschaft wird dadurch das wertbeständige Sparmittel geboten, nach dem sie schon lange verlangt. Die Papiermark bleibt natürlich nach wie vor noch gesetzliches Zahlungsmittel.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, sowie eine Verordnung über die Bildung eines außerordentlichen Gerichtes in Hamburg, ferner eine Bekanntmachung zur Durchführung des Abschnittes III (gewerbliche Verarbeitung von Zucker) und eine Verordnung über Zucker.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 25. Oktober beträgt 15 Milliarden.

Im Schritt der Zeit. Die August-Thyssen-Hütte in Hamborn sieht sich infolge der durch die allgemeine Lage entstandenen finanziellen Schwierigkeiten gezwungen, die gesamten Werksanlagen einschließlich aller Nebenbetriebe bis auf weiteres stillzulegen. Betroffen werden etwa 130—140 000 Arbeiter und Angestellte, für die nunmehr die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden muß.

Amtliche Notierung ausländischer Zahlungsmittel. Der Berliner Börsenvorstand gibt folgendes bekannt: Beginnend mit Sonnabend, den 27. Oktober, werden in der Folge auch an den Sonnabenden in der Zeit von 11 bis 12 Uhr ausländische Zahlungsmittel (Devisen und Noten), um 11½ Uhr wertbeständige Anleihen und deutsche Dollaranweisungen zur amtlichen Notiz gelangen.

Ergänzung des Bankgesetzes. Die Einrichtung der Rentenbank erfordert eine Änderung im Bankgesetz, um den Geschäftsverkehr mit der Reichsbank, den Notenbanken mit anderen Banken einleiten zu können. Vom Kabinett ist eine derartige Änderung beschlossen worden. Diese dürfte heute als Verordnung zur Ergänzung des Bankgesetzes veröffentlicht werden.

An der Berliner Produktenbörse finden vom Freitag, 25. Oktober, ab die amtlichen Notierungen der Berliner Produktenbörse auf Grund des Beschlusses des Börsenvorstandes auf der Basis der Goldanleihe statt, wobei ein Dollar der Goldanleihe gleich 4,20 Goldmark gelten soll.

Der Stadt Freiburg i. Br. wurde die Genehmigung erteilt, Schuldverschreibungen von 60 000 Nadelnutzhölzern 3. Klasse auszugeben.

Die Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse vom 22. Oktober, die nach § 9 mit der Verbreitung durch das WTB. und der Veröffentlichung durch die Presse bereits in Kraft getreten ist, wird in der alsbald im Reichsgesetzblatt erscheinenden Fassung dahin klargestellt, daß auch die amtlichen oder diesen durch eine nähere Anordnung der Reichsbank gleichgestellten Notierungen der ausländischen Börsen veröffentlicht werden dürfen.

Londoner Goldpreis am 23. Okt. nach dem Gesetz über wertbeständige Hypotheken: für 1 Unze Feingold 92 Schilling 3 Pence, somit für 1 Gramm Feingold 35,5909 Pence.

Goldmarknotierung für Kartoffeln. Laut Mitteilung der Produktenbörse Würzburg vom 23. Okt. kommt als Erzeugerpreis für Kartoffeln der Durchschnittswert einer Goldmark in Betracht, wobei zu berücksichtigen ist, daß der friedensmäßige Preis ungefähr 2 Goldmark zu betragen hat und in Norddeutschland Geschäftsabschlüsse im Kartoffelhandel auch lediglich auf Goldmarkbasis zu einem Einkaufspreis bis zu 2 Goldmark getätigt werden.

Preisbewegung

Buchhändlerschlüsselzahl ab 25. Oktober: 16 Milliarden.

Die Schlüsselzahl für das deutsche **Buchdruckgewerbe** beträgt 600 Millionen ab 24. Oktober.

Schlüsselzahl zur Arzneitaxe. Für Arzneimittel- und -gefäße 95 500 000, für das besetzte Gebiet 128 900 000, für Arbeitsvergütung 7 000 000.

Die Richtpreise für Ziegeleierzeugnisse und Kalksandsteine betragen am 23. Okt. 1923 für 1000 Stück: Mauerziegel N.-F. 600 Milliarden M., Kalksandsteine N.-F. von mindestens 140 Kilogramm/Quadratzentimeter Druckfestigkeit 570, Biberpl. 1. Kl. 960, Biberpl. 2. Kl. 840, Falzpl. 1. Kl. 1380, 2. Kl. 1200, Firstziegel f. Biberpl. 3900, Firstziegel f. Falzpl. 4080, Drainröhren 5 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 720 do. 6 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 840, do. 7 l. W., 30 Zentimeter lang 960, do. 8 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 1020, do. 10 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 1500, do. 12 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 2100, do. 15 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 2700, do. 20 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 4800 Milliarden Mark. — Am 22. Okt. 1923 bestanden folgende Interimspreise: Mauerziegel N.-F. 150 Milliarden Mark, Kalksandsteine N.-F. von mindestens 140 Kilogramm/Quadratzentimeter Druckfestigkeit 142,5, Biberplatten 1. Kl. 240, Biberplatten 2. Kl. 210, Falzplatten 1. Kl. 345, Falzplatten 2. Kl. 301,5, Firstziegel für Biberpl. 975, Firstziegel f. Falzpl. 1020, Drainröhren 5 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 180, do. 6 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 210, do. 7 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 240, do. 8 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 255, do. 10 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 375, do. 12 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 525, do. 15 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 675, do. 20 Zentimeter l. W., 30 Zentimeter lang 1200 Milliarden Mark.

Warenmarkt

München, 25. Okt. (Münchener Produktenbörse vom 24. Okt.) Ab südbayerischen Stationen wurden nachstehende Großhandelseinkaufspreise je nach Qualität und Frachtlage der Abgangsstation je Ztr. in Milliarden waggonweise festgesetzt, wobei nachstehende Preise um die Vergütung an den Aufkäufer, die Umsatzsteuer, Bankprovision und Zinsen, Lagerhausspesen, teilweise Fuhrlohn, Zwischenfrachten, Gewichtsverluste, Spesen, Frachten und Abnutzung des Sackmaterials, Nutzen und Risikoprämie des Provinzhändlers bzw. der Fillallagerhäuser der Genossenschaften niedriger sein müssen: Roggen 85—90, Weizen 95—100, Gerste 85—98, Hafer 70—79, Kleie ohne Sack 30—35; Rauhfutter: Heu gut, gesund, trocken 18—20, Heu gesund, trocken 14—18, Stroh gebündelt 14—18. Multiplikator: 15 037 000 000. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise per 100 Kilogramm in Milliarden übermittelt: Weizenmehl 70proz. 400, Roggenmehl 80proz. 340, Weizenbrotmehl Nr. 4 200, Weizenfuttermehl Nr. 6 102. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot. Als Richtpreise werden genannt rheinische Weizenmehle 65proz. 448—455. Die Preise für außerbayerische Mehle verstehen sich brutto mit Sack frachtfrei München.

München, 25. Okt. (Fleischmarktbericht.) Auf dem Münchener Fleischgroßmarkt am Donnerstag waren wie auf dem gestrigen Viehmarkt auch nicht anders zu erwarten war, die Fleischvorräte wieder außerordentlich gering. Sie betrugen nur 364 Rinderviertel Frischfleisch und 27 Rinderviertel brasilianisches Gefrierfleisch, also nur etwa den dritten Teil eines früheren normalen Bedarfes an diesem Markttage. Aber selbst diese Bestände konnten infolge der abermaligen geradezu rasenden Preissteigerung nicht geräumt werden, weil, wie die Metzger ganz offen erklären, es ihnen bei den derzeitigen Preisen absolut nicht mehr möglich ist, die zu diesen Preisen nötigen Bankkredite aufzutreiben. Ganz abgesehen davon, daß die für solches Leihgeld zu zahlenden Provisionen nicht weniger als 9 Prozent je Tag betragen. Diese hohen Leihgelder tragen auch zum größten Teil die Schuld daran, daß die Preisspannung zwischen Lebend- und Schlachtgewicht eine im Verhältnis wesentlich höhere geworden ist als in der Vorkriegszeit. Die Preise für Frischfleisch, welches wieder in allen Qualitäten vorhanden war, bewegte sich zwischen 3 und 5 Milliarden; die des Gefrierfleisches welches zwar durchwegs Mastware, jedoch älterer Einlagerung war, zwischen 3,5 bis 3,8 Milliarden betrug.

Berliner Metalle.

Berlin, den 25. Oktober 1923

Raffinadekupfer	20—22
Originalhüttenweichblei	9,5—10
Hüttenrohzink im freien Verkehr	11,5—12,5
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	8,5—9
Originalhüttenaluminium	40—42
Hüttenaluminium in Walzen	—
Bankazinn	72—74
Straitszinn	72—74
Austrалzinn	72—74
Hüttenzinn	68—70
Reinnickel	40—42
Antimon	9,25—9,75
Silber	1450—1500
Elektrolytkupfer	

Die Ziffern gelten in Milliarden.

Berlin, 25. Okt. (Produktenbericht.) Wie bereits gestern erwähnt, erfolgt vom Freitag, den 26. Oktober, ab die Notierung der Berliner Produktenpreise bis auf weiteres in Goldmark der Goldanleihe und zwar werden ein Dollar der Goldanleihe gleich 4,20 Goldmark gerechnet. Als Einheitsgewicht werden bei Getreide 1000 Kg., bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln 100 Kg. zugrunde gelegt. Heute wickelte sich der Verkehr am Produktenmarkt ruhig ab, wobei die gestrigen Goldmarkpreise nicht immer zu erzielen waren. In Weizen hat der drängende Bedarf nachgelassen. Für Roggen war die Reichsgetreidestelle wieder Käuferin. In Roggenmehl ist das Angebot seit gestern wieder etwas größer, aber kaum billiger geworden. Für Gerste und Hafer hielten sich die Gebote nicht auf der gestrigen Höhe.

Berlin, 25. Okt. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 118—120; Roggen, Märkischer 100—100,2; Gerste, Sommergerste, Märkische 98—100; Hafer, Märkischer 83 bis 84,5; Weizenmehl 325—375; Roggenmehl 320—375; Weizenkleie 39—40; Roggenkleie 39—40.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 7—9; Haferstroh 6—8; gebündeltes Roggenlangstroh 5—6; Heu, gutes 7—9; Heu, handelsüblich 4—7.

Kurse

Berlin, 25. Okt. (Börsenbericht.) Am Devisenmarkt zeigte sich heute wieder größerer Begehr, so daß, obwohl die Notierungen zumeist auf gestriger Grundlage und für Neuyork etwas höher erfolgten, zum Teil wieder Zuteilungen erfolgen mußten. Diese beschränkten sich aber in der Hauptsache auf die schweren Devisen, wie London, Neuyork und Amsterdam. In Goldanleihe fanden verstärkte Umsätze bei Schwankungen von 62—69 Milliarden statt. Für Effekten war ziemliche Zurückhaltung vorherrschend, doch liegen bei den Banken nach wie vor fast nur Kaufaufträge vor. Devisen und ausländische Banknoten sowie Dollarschatzanweisungen und die Goldanleihe werden beginnend mit Samstag, den 27. Oktober, auch an Samstagen amtlich notiert werden.

Der Dollar

64 837 500 000 G 65 162 500 000 B

Zürich, 25. Okt. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 218,15, Berlin 5½ Zts. ist 1 Milliarde, Wien 0,0078¾, Prag 16,60, Paris 32,65½, London 25,21½, Italien 25,10, Brüssel 28,05, Budapest 0,03, Neuyork 5,61, Agram 6,65, Warschau 0,0002½, Kopenhagen 97,90, Stockholm 147,90, Christiania 86,00, Madrid 74¾, Buenos Aires 179,50, Sofia 5,35.

Berlin, den 25. Oktober 1923. Devisen-Kurse.

	25. 10. Geld	25. 10 Brief	24. 10. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	24,538,5r50°/o	24,661,5	24,538,5
Buen. Air. 1 Pes.	19,950	20,050	19,551
Christiania 1 Kr.	9,675,75	9,724,25	9,675,75
Kopenhagen 1 Kr.	10 972,5	11,027,5	10,873 75
Stockholm 1 Kr.	16,558,5	16,641,5	16,558,5
Helsingf. 1 f. M.	1,675,8	1,684,2	1,695,75
Italien 1 Lira	2 793	2,807	2,793
London 1 Pfd. St.	284,287,5r50°/o	285,712,5	284,287,5
New-York 1 Dollar	64,837,5	65,162,5	62,842,5
Schweiz 1 Frcs.	11,271,75	11,328,25	11,271,75
Spanien 1 Pes.	8 379	8,421	8,379
Japan 1 Yen	30,922,5	31 077,5	30,922,5
Rio 1 Milreis	5,985	6,015	5,885,25
Wien 1 Kr.	887,775	892,225	*887,775
Prag 1 Kr.	1,875,3	1,884,7	1,875,3
Agram 1 Dinar	763,087½	766,912½	763,087,5
Budapest 1 Kr.	3,491,250	3,508,750	*3,491,250
Sofia 1 Leva	602,490	605,510	602,49

Berlin, den 25. Oktober 1923. Noten.

	25. 10. Geld.	25. 10. Brief	24. 10. vor. Geldk
Amerikan. Noten	64,837,5r50°/o	65,162,5	62,842,5
Englische „	284,287,5	285,712,5	284,287,5
Italienische „	2,793	2,807	2,793
Rumänische „	289,275	290,725	299,25
Schweizer „	11,271,75	11,328,25	11,271,75
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	1,875,3	1,884,7	1,875,3
Kleine Tschechen	1,865,825	1,874,675	1,865,325
Österreich. abgest.	887,000	893,000	887,000
„ neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	21,450	22,550	31,200
Holländische „	24,538,5	24,661,5	24,538,5
Ungarische „	1,945	1,955	1,995

* Alle Devisen in Millionen Mark, mit Ausnahme von Wien und Budapest.

Inderzahlen

1 Goldmark am 24. Okt. = 15 000 000 000
Goldsteuers. 25. Okt. = 15 000 000 000
Lohnsteuer-Abz. 21. Okt. = 210 Verhältn.-Zahl
Goldzollaufg. 20. 23. Okt. = 93 599 999 900%
Großhnd.-Inder 23. Okt. = 14 100 000 000fach
Lebenshalt.-Inder 23. Okt. = 3 045 000 000fach
Güterv. -Inder ab 25. Okt. = 3 000 000 000
Perf.-Vk.-Inder ab 25. Okt. = 1 500 000 000
Buchhdl.-Schlüsselz. ab 25. Okt. = 16 000 000 000
Buchdrckg.-Schlüsselz. 24. Okt. = 600 000 000
Anzeigenschlüsselz. 23. Okt. = 12 000 000
Landabgabe 20.—23. Okt. = 936 900 000
Dollarmittelkurs 25. Okt. = 65 000 000 000

*

Literatur

Friedrich Lenz: Staat und Marxismus. Professor Friedrich Lenz, Gießen, hat in seinem Buche „Staat und Marxismus" eine Arbeit geleistet, die man nur als die wissenschaftliche Hinrichtung des Marxismus bezeichnen kann. Mit unbarmherziger wissenschaftlicher Schärfe legt Lenz die Marxistische Gesellschaftslehre in ihrer inneren logischen Unhaltbarkeit bloß, er schildert Ursprung und Geschichte des Marxismus sowie seine innen- und außenpolitische Stellung, als er in Deutschland und Rußland zur Macht kam. Lenz zeigt, wie sich der Marxismus in Rußland und in Deutschland ganz verschieden zum Staat selbst und zu dessen außenpolitischen Verflechtungen eingestellt hat. — Die wissenschaftliche Ausbeute des Buches läßt sich etwa folgendermaßen zusammendrängen: Die von Marx unterstellte Gegensätzlichkeit von Staat und Gesellschaft besteht gar nicht in dem von Marx behaupteten Sinn. Die „Gesellschaft", als der Auftraggeber für den Staat, läßt sich gar nicht definieren, der als solcher nur zum Machtinstrument in den Händen der Gesellschaft wird zur Unterdrückung und Ausbeutung der unteren Klassen. Demgegenüber schält Lenz mit großem Nachdruck heraus, daß die machtpolitischen Kraftlinien zwar außenpolitisch und innenpolitisch die weitaus wichtigeren Faktoren im Leben der Völker seien. Die Staatsgewalt bestimmt die Wirtschaft und nicht umgekehrt. Von großer Plastik und Eindringlichkeit ist die Schilderung der gesamten Weltlage unter der Konstellation von 1918. Immer mehr haben sich die staatlichen Willensträger der Zahl nach vermindert, um an Ausdehnung und Machtbereich zu gewinnen. Mit dem Ausscheiden Rußlands und Deutschlands und der Isolierung Japans teilen sich heute England, Amerika und Frankreich in die Welt. — „An dem Grundirrtum, daß sich das ökonomische Gefüge aus den staatlichen Klammern lösen ließe — meint Lenz —, ist das nachbismarckische Deutschland letzten Endes zugrunde gegangen." — Wir stimmen den Ausführungen von Professor Lenz über die außenpolitische Weltlage durchaus zu, auch insoferne, als wir die Vormacht der Staatsgewalt vor wirtschaftlichen Belangen anerkennen; wenn, und hier gehen wir mit Lenz nicht ganz einig, und solange sich die Staatsgewalt von den beherrschenden Einflüssen der wirtschaftlichen Gewalten freihält oder freimacht. Das Charakteristikum der jetzigen Zeit ist aber, daß die politischen Machtfaktoren in unheilvolle Abhängigkeit von eben diesen wirtschaftlichen Gewalten, insbesondere von dem internationalen Großleihkapital geraten sind. Dies führt uns auch zu der Bemerkung, daß das Wirken Alljudas, als derzeitiger größter weltpolitischer Machtfaktor in dem ganzen Buche nicht erwähnt ist, und daß deshalb die letzten Zusammenhänge unerwähnt und dunkel bleiben. Ohne Lösung der Judenfrage gibt es eben keine Aufhellung der Menschheitsdämmerung, die über die Welt des westlichen Kulturkreises hereingebrochen ist. — Diese unsere Anmerkung, die gewachsen ist auf dem unerschütterlichen Boden der Erkenntnis von der alles überragenden Bedeutung der Judenfrage, soll im übrigen unserer Befriedigung der Lenzschen Arbeit keinen Abbruch tun. Wir müssen all denjenigen, die unseren Kampf gegen den Marxismus an erster Stelle führen nur dringendst empfehlen, das Buch zu studieren. Nur einen Satz müssen wir dem Herrn Professor ankreiden; er schreibt: „Es bleibt ein Übelstand, daß wir dies (Wandel und Schicksal der marxistischen Bewegung) nicht aus Quellen heraus, sondern nur (!) als Miterlebende zu tun vermögen." Aber Herr Professor!

Gottfried Feder.

*

Geld, Produktivität und völkische Wirtschaftspolitik

Die Schaffung eines neuen Geldes, wie es nunmehr durch Ausgabe der sogenannten Rentenmark geschehen wird, legt nahe, darüber nachzudenken, inwieweit diese Zahlungsmittel „stabil" bleiben wird, d. h. inwieweit es seine Kaufkraft wird bewahren können. Diese Frage hat, nebenbei bemerkt, neben dem wirtschaftlichen auch noch ein hochpolitisches Gesicht. Denn der Optimismus, mit dem die Währungsreform, die an den Begriff Rentenmark anknüpft, in der Masse des breiten Volkes begrüßt wird, läßt den Schluß zu, daß eine Enttäuschung, eine neue Sachwertverwässerung durch Geldentwertung, nicht mehr ruhig ertragen werden könnte und zu schweren innerpolitischen Konflikten führen müßte. Mit der Einführung des neuen Zahlungsmittels läuft sozusagen die letzte Bewährungsfrist des heutigen Systems. Deckt diese ein neues Versagen auf dem Gebiete der Währungspolitik auf, so sind die Folgen kaum abzusehen; — eben des vorangegangenen rosigen Optimismus wegen, dem eine um so stärkere Reaktion folgen würde.

Leider ist die Meinung, daß mit der Schaffung eines neuen Geldes allein grundlegend Besserndes geschehe und nun durch die Schaffung der Rentenmark alles wieder ins rechte Geleise komme, erstaunlich verbreitet. Dies läßt sich nur erklären durch die geringe Einsicht, die der Durchschnittsbürger in das Wesen des Geldes überhaupt hat, und durch die Tatsache, daß die Frage des Geldwertes als sichtbares Zeichen ständigen wirtschaftlichen Niederganges in den ihr durchaus nicht zukommenden Mittelpunkt aller diskutierten Tagesprobleme gerückt worden ist. Man muß sich vergegenwärtigen, was es für den Werktätigen hieß und noch heißt, Werte durch die bloße Tatsache ungenutzten Besitzes binnen Tagen, ja Stunden sich „entwerten" zu sehen und man wird begreifen, wie sehr jetzt der Geist sich an den Begriff der „Wertbeständigkeit" des Geldes klammert, den er als selbstverständlich erwartet, ohne zu fragen, was denn nun diese Wertbeständigkeit gewährleisten soll, die man doch nicht als ein Wunder des Himmels erwarten darf.

Es besteht in der Wissenschaft der alte geldtheoretische Streit zwischen den Metallisten und den Nominalisten, die sich dadurch unterscheiden, daß erstere vom Gelde den Charakter einer eigenwertigen, teilbaren Sache verlangen, letztere den Stoff, aus dem das Geld gemacht wird, nicht nur für unerheblich halten, sondern teilweise geradezu der Meinung sind, daß stofflich eigenwertiges Geld schädlich sei, weil es der — obenerwähnten — gänzlich falschen Meinung Vorschub leiste, als ob der Charakter des Geldes den Charakter der Wirtschaft bestimme. Gerade das Umgekehrte ist der Fall; die Wirtschaft als Volkswirtschaft bestimmt den Wert des Geldes. Die Erscheinungen der letzten Jahre haben es unumwunden gezeigt, und die Theorie der Nominalisten ist heute diejenige, für welche sich die wirtschaftliche Entwicklung Punkt für Punkt entschieden hat.

Geldwert entsteht allein durch die Tatsache, daß irgendwo im Bereiche organisierter Gütererzeugung eine gewisse zum Verbrauch fertiggestellte Gütermenge, zum Konsum bereitgestellt wird. Geld selbst ist eine Anweisung auf Bezug dieser Gütermenge oder eines entsprechenden Teiles von ihr, eine Anweisung, die ihren Ursprung darin hat, daß der Geldbesitzer sich auf diese Gütermenge durch irgendeine wirtschaftliche Leistung ein Anrecht erworben hat. Leistung und Gegenleistung, Verbrauch und Gütermenge, bzw. Erzeugung stehen sich gegenüber. Mittler und Träger dieser Beziehung ist das Geld, nichts weiter. Es ist ein Hilfsmittel beim Übertragen von Leistungen und Gegenleistungen und hat nur als solches „Wert". Ihm Eigenwert zusprechen, es von dieser seiner Produktionsgrundlage loslösen, heißt, wie es einmal ausgedrückt worden ist, das Theaterbillett mit der im Theater gebotenen Vorstellung verwechseln.

Die Geldentwertung der letzten Jahre war die Folge einer Inflation, d. h. einer Aufblähung des Geldbestandes. Der Geldbestand hätte aber ruhig noch zehnmal so stark „aufgebläht" werden können, wenn dem Markte, sei es durch Eigenerzeugung, sei es durch Import, zehnmal soviel Konsumgüter zugeführt worden wären. Dann würde sich in den Preisen nicht das geringste geändert haben. Geldseite und Warenseite müssen sich die Wage halten. Geld darf — gleichgültig, aus welchem Stoffe es besteht — nur in Verkehr gebracht werden, wenn auf der Warenseite eine entsprechende kaufreife Gütermenge gegenübersteht. Es ist das Verdienst des heute so vielgelästerten Reichsbankpräsidenten, solange normale Vorkriegsverhältnisse herrschten, diesem heute wissenschaftlich anerkannten Grundsatz mit genialem Blick aus der Praxis heraus Geltung verschafft zu haben, und zwar dadurch, daß Banknoten auf Grund akzeptierter Warenwechsel emittiert wurden. Diese Tatsache gab der Reichsmark die Stabilität und nicht der Umstand, daß in den Gewölben der Reichsbank irgendeine Menge Goldbarren ungenutzt ruhten. Im Augenblick, da die Diskontierung, die Banknotenausgabe auf Grund unproduktiven Reichsbedarfs mittels der jeder Produktionsgrundlage entbehrenden Schatzwechselpolitik begann, war der Anfang des Markverfalls eingetreten. Das in immer neuen Massen ausgespiene Papiergeld fand auf dem Markte keine konsumfähige Ware. Dafür mobilisierte es den an sich nicht zum Konsum, sondern zur Gütererzeugung bestimmten Sachbesitz, von dessen Verwässerung und Verschleuderung Deutschland bis jetzt gelebt hat.

Nach wie vor ist die Währungsfrage — auch im jetzigen Stadium der Rentenmark — eine Produktionsfrage. Ja, sie ist es durch die Schaffung der Rentenmark verstärkt geworden. Denn da durch sie die deutsche Produktionskraft, Landwirtschaft und Industrie, direkt ohne vermittelndes Zwischenglied einer Goldwährung als Träger der Rentenmark bestimmt worden ist, wird sich, wenn nicht die Produktivität unserer Volkswirtschaft mit allen Mitteln gehoben wird, das ruinöse, buchstäbliche „Auffressen", das Konsumieren der Produktionsgrundlagen, in noch schnellerem Tempo vollziehen als bisher.

Ob die Rentenmark stabil bleiben wird oder nicht, hängt im letzten Grunde also nur davon ab, ob mehr Güter erzeugt werden können, ob die erzeugten der eigenen Volkswirtschaft zugute kommen und ob in unserer Wirtschaft Leistung und Gegenleistung sich mehr als bisher die Wage halten werden. Daß diese drei Bedingungen drei Forderungen in sich schließen: 1. Abkehr von marxistischen Wirtschaftsexperimenten, 2. Abkehr von Reparations- und Erfüllungspolitik, 3. Ausschaltung unproduktiver Wirtschaftssubjekte, wie überflüssige Zwischenhändler, Banken- und Börsenmachen usw., bedarf keiner näheren Erläuterung.

Daraus ersieht man, daß man auch beim Währungsproblem zu dem Schlusse kommt: Nur völkische Grundsätze führen zu durchgreifender Gesundung!

Dr. Julius Lippert, Berlin.

*

Briefkasten

Melchior Eirich jr., Westheim. Den Betrag vom 22. September erhalten.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayrische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Theater-Spielplan

National-Theater
Freitag, 26. Okt., abends 7 Uhr: Liebesverbot.
Samstag, 27. Okt., abends 7 Uhr: Fidelio.

Residenz-Theater
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Alles um Geld.
Samstag, 27. Okt., abends 7.30 Uhr: Zan, der Wunderbare.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 26. Okt., abends 7 Uhr: Medea.
Samstag, 27. Okt., abends 7 Uhr: Maß für Maß.

Theater a. Gärtnerplatz
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.
Samstag, 27. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.

Schauspielhaus
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Zum erstenmal: Des Esels Schatten.
Samstag, 27. Okt., abends 7.30 Uhr: Des Esels Schatten.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.
Samstag, 27. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.

Volks-Theater
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 27. Okt., abends 7.15 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Freitag, 26. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.
Samstag, 27. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Spezial-Ankauf von
Zähnen sowie alten Gebissen
Brillanten, Platin, Gold, Silber, Uhren, Doublé in jeder Form
Jakob Birkert
Sonnenstr. 27 I. Stock
Eingang der Tuchhandlung Kramer
Jeder Verkauf an mich ist steuerfrei und meine Luxus-Nr. 221

Werkzeug-Metall
Papier / Zeitung
Lumpen / Kisten
kauft stets zu höchst. Tagespr.
Alb. Katzdobler
Schleißheimer Straße 80

Zur Lieferung u. Montage von
Windjacken
empfehlen sich
Eichner & Co., G. m. b. H.
Kulmbach

Deutsche Firmen
kaufen vorteilhaft ihren gesamten
BÜROBEDARF
bei der
Holzhandels- und Büroeinrichtungs-Gesellschaft m. b. H.
Pasing, Marienplatz (Laden), Tel. 80646.
Neu aufgenommen Schreibmaschinenreinigung u. -Reparaturen aller Systeme in u. außer Haus.

Reeller, fachmänn. Ankauf von
Gold, Silber, Platin, Gebissen, Zähnen, Doublé,
Brillanten
Rudolf Nicolodi
Goldschmied
Corneliusstr. 31 (Laden)
zum höchsten Tagespr.

Ankauf von
Brillanten
Gold- u. silb. Herrenuhren
Gebisse — Zähne — Platin
Gold- u. Silbergegenstände
Hans Bermüller
Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger) gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816
Separate Ankaufsräume

Höchsten Tagespreis für
SILBER
in jeder Form, zahlt
E. Ehm, Marassistr. 2, Laden
(Ecke Zweibrückenstraße)

In der Schloßwirtschaft
WERNSTEIN
INHABER: CHR. RAMMING
treffen sich alle völkisch Gesinnten von Wernstein und Umgebung

Alte
Kriegsmarineflaggen

vorrätig à 100 × 150 cm . . 12 Goldmark
Seidene Fahrradfähnchen
Stück 0,20 Goldmark
Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages
Flaggendruckerei
Robert TRÄGER, Pirna

Alle Arten von
KORBWAREN
(Reise-, Wasch- usw. sowie Grünkörbe)
Weiden- und Rohrmöbel
liefert zu konkurrenzlosen Preisen
Bayerische Weiden- und Nutzpflanzenbau-Gesellsch. m. b. H.
München — Lauingen a. D.
Telephon 66 Lauingen a. D Brieffach 29

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann — wo?
bei Melusin, Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

„Der Sturm"
Kritische deutsche Wochenschrift
Hannover
bekämpft rücksichtslos den jüdischen Einfluß und ist die in Norddeutschland am meisten gelesene deutschvölkische Zeitschrift.
Grundpreis monatl 30 Pfennig.
Bei jeder Postanstalt zu bestellen.

Verschiedenes

Büroräume
am Bahnhof mit Telephon stellt Kaufmann zur Verfügung falls Beteilung mögl.
Angebote an
PENSION BAYERN
Bayerstraße 5/II

!! Äußerst preiswert !!
Greif- (Füll-) Ofen
mit großer Heizkraft, fast ladenneu, zu verkaufen.
Zuschr. unter 1658 an die Anzeigen-Abteilung.

Nationalsozialist!
Witwer mit Kind, 39 Jahre, prot., Geschäftsinhaber mit gut auskömmlicher Existenz in durchaus geordn. Verhältnissen, mittelgroß, untersetzt, gutmüt. reeller Charakter sucht die Bekanntschaft deutscher gebildeten Dame, mit bester Vergangenheit und reinem, sonnig. Gemüt, mittelgroß, dunkelblond, blauäugig und angenehmes Äußere
zwecks Ehe.
Gefl. Zuschr. sub. K. D. 1661 an die Anz.-Abtlg.

Stellenmarkt

Junger
Elektro-Kaufmann
26 Jahre alt, mit prakt. Erfahrungen in Hoch- und Niederspannung. Nationalsozialist, sucht baldmöglichst Stellung in Bayern, München bevorzugt, da ein Verbleiben in seiner jetzigen Stellung infolge seiner Gesinnung unmöglich ist. Zeugnisse und Bild stehen zur Verfügung. Gefl. Zuschr. unter 1662 an die Anz.-Abt.

Diener
Nat.-Soz., 23 Jahre, sucht zum 1. Dezember 1923 Stellung. Erstklassige Zeugnisse vorhanden. Gefl. Zuschriften unter 1660 an die Anzeigen-Abteilung.

Einige Korbmacher
(nur Nationalsozialisten)
auf Gestell- und geschlagenen Arbeit
stellt sofort ein
Bayer. Weiden- u. Nutzpflanzenbau-Gesellsch. m. b. H.
München — Lauingen a. D.
Tel. 66 Lauingen a. D. Brieffach 29

Kellner
Nationale Gesinnung, 26 Jahre im Saal- u. Zimmerservice gearbeitet,
sucht Stellung.
Beste Zeugnisse vorhanden. Zuschriften unter 1637 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.